

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 3.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 13. bis 19. Januar 1911.

Posen, den 24. Januar 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 1 der Filareta (Posen)

Januarheft 1911:

Gloria victis!

Der 48. Jahrestag unseres letzten Aufstandes, der letzten blutigen, dem Vaterlande zum Opfer dargebrachten Hekatombe, fällt auf den laufenden Monat.

Leider! Ähnlich wie unsere vorangegangenen kriegerischen Taten konnte auch dieser letzte bewaffnete Anlauf nicht das erreichen, was er wollte, es ist ihm nicht gelungen, das polnische Reich wiederherzustellen.

Es konnten an den Sieg der guten Sache die an allen Schlachtorten der alten Welt ihr Herzblut vergießenden Legionäre glauben. Alle Aussichten eines guten Erfolgs hatte der nationale Krieg aus den dreißiger Jahren. Der letzte Aufstand war von vornherein zu einem Mißerfolg verurteilt. Er konnte nicht anders als mit einer Niederlage enden

Dieses haben schon damals erfahrene Leute vorausgesehen. Selbst die Anführer des künftigen Aufstandes, wie Sigismund Milowski, Sigismund Sierakowski, Edmund Rozycy, Thomas Winnicki haben vom Beginn der bewaffneten Bewegung abgeraten. Und auch die nationale Regierung war gegen den Aufstand. Leider, es hat sich zu viel Bündstoff angesammelt. Die Tiraden eines Mieroslawski fanden größeres Gehör als die warnende Stimme der gemäßigeren Agitatoren. Als endlich Wielopolski den fatalen Fehler machte, auf Anraten seines Sohnes Sigismund eine Affentierung anzuordnen, um die Anhänger des Aufstandes aufzufangen und momentan unschädlich zu machen, ist der Ausbruch des Aufstandes unvermeidlich geworden.

Ein gewisses tragisches Fatum schwebte über Polen.

Man hätte meinen mögen, daß ein mißgünstiges Geschick unsern Untergang beschloßen habe.

Auf dem russischen Thron saß Alexander II., ein von seinem Vorgänger für Polen und die Polen milder gestimmter Zar, der sogar zu ziemlich weitgehenden Konzessionen bereit war, wie er es auch mit der Tat bewiesen hatte. Die europäische Diplomatie sympathisierte, obwohl sie sich nicht positiv für unsere Sache engagierte, mit uns und verbarg keinesfalls diese Sympathien. Der Statthalter in Russisch-Polen war der Großfürst Konstantin, ein Bruder des Zaren. Konstantin sprach polnisch und träumte, umgeben von einem überwiegend polnischen Hof, wenn auch nicht von der Krone der Jagellonen, so doch vom Vize-Königtum in der Residenz an der Weichsel. Die Zivilbehörden hat man von den Militärbehörden gänzlich getrennt. Das Königreich erhielt auf Grund der Ver-

ordnung vom 20. Mai 1862 eine ziemlich weitgehende Autonomie und die Macht, polnische Schulen zu gründen und einzurichten, es besaß polnische Gerichte und polnische Beamten und im Gemeinde- und Provinzialrat eine eigene Repräsentation. An der Spitze dieser Autonomie stand der polnische Markgraf Wielopolski, der — wie auch immer über ihn geurteilt werden möge — es mit der Tat bewies, daß er mit Nutzen für das Land arbeiten konnte.

Es schien also, daß für das Königreich eine gute, glückliche Ära begonnen habe. Es läßt sich nämlich nicht leugnen, daß die durch Wielopolski erhandelten Reformen für Polen eine weittragende Bedeutung hatten. Allerdings garantierten sie weder die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit, noch versprachen sie in naher Zukunft die von der Nation so sehr erwünschte Vereinigung Litauens und Weißrußlands mit dem Königreich. Doch es sei, wie es wolle, die Reformen ermöglichten eine normale Entwicklung der Gesamtheit in Russisch-Polen, und, was damit zusammenhängt, sie schienen eine für die Nation lichtere Zukunft zu eröffnen. Alle diese Hoffnungen hat der Aufstand zerstört.

Die Verzweiflung der durch die frühere barbarische Politik Rußlands gereizten Gesamtheit, die konspiratorische Tätigkeit der feurigeren Elemente unter der Jugend, die noch durch die Einflüsse der Emigration genährt wurde, nicht minder auch die fatalen Fehler des allgemein gehaßten Wielopolski — das waren die Gründe, die dazu führten, daß die Nation sich blindlings in ein in der Geschichte ohne Beispiel dastehendes Unternehmen stürzte.

Ohne Heer, ohne Waffen, ohne Führer, jeglicher äußerlichen moralischen und materiellen Hilfe bar, ging unsere heldenhafte aufständische Jugend in den hoffnungslosen Kampf, in den Tod und in ein langes sibirisches Märtyrertum, sie legte den letzten flammenden, blutigen Protest ein gegen die Vergewaltigung des Vaterlandes, dessen letzter waffenfähiger Ritter sie nach niemals verjährbaren Rechten war.

Wir haben nicht die Absicht, weder den Verlauf des Aufstandes zu beschreiben, noch die Schläge, die darauf folgten hervorzuheben und zu zählen.

Die überaus schmerzlichen nachaufständischen Geschehnisse sind bekannt. Wir alle sehen die Verluste, die die Zeiten der grausamen barbarischen russischen Reaktion gebracht haben. Wir wissen auch, daß der unter dem Schrecken der kriegerischen Vorfälle in Russisch-Polen zwischen Rußland und Preußen geschlossene Bund die Grundlage für die spätere Größe Preußens geworden ist. Also wir fühlen uns nur allzusehr veranlaßt, diese Schläge unsern Vätern vorzuwerfen und sie dafür verantwortlich zu

machen. Doch anderseits denken wir zu wenig darüber nach, ob neben den fühlbaren Schlägen uns der Aufstand nicht auch moralische Vorteile gebracht hat, welche die erlittenen materiellen Verluste mit Wucher ersetzen.

Eine kühle Erwägung ist geneigt, diese verzweifelte Bewegung, die nichts Materielles schaffte und viel vernichtete, zu verdammen. Doch eine innere Stimme warnt uns davor, auf das Grab dieser Verlorenen einen Stein zu werfen.

Man kann glauben, daß die durch Wielopolski erhandelten Reformen ein granitenes Fundament unter das künftige Wohlergehen unserer Nation gelegt haben würden. Doch ebenso gut kann angenommen werden, daß die Zeit für die süße Raft des Friedens, der nicht durch Arbeit oder Schwert erkämpft wurde, sondern nur die Frucht der geschickten Bemühungen eines befähigten Diplomaten, also etwas von oben freiwillig Gegebenes war, welches also wieder genommen und vernichtet werden konnte, noch nicht gekommen war.

Man kann sich dem Glauben hingeben, daß die Verständigung mit Rußland Polen mit der Zeit Litauen und Weißrußland zurückgebracht hätte, ja daselbe vielleicht einmal an die Spitze einer großen allgemeinen slawischen Föderation gestellt haben würde. Doch mit gleichem Recht kann der Meinung Raum gegeben werden, daß die polnische Nation, schon damals mit Rußland geeinigt, ihre ihr gebührenden Aspirationen unerhört herabgesetzt hätte, daß das in seinen breitesten Schichten noch nicht gehörig aufgeklärte Volk das gesunde Bewußtsein seiner wesentlichsten Ziele und Aufgaben verloren und Verzicht geleistet hätte auf die ihm von der Vorsehung anvertraute Mission.

Es ist eine überaus schwierige Sache, sogar auf Grund ganz bestimmter Begebenheiten aus der Vergangenheit richtige Schlüsse auf die Gestaltung der Zukunft zu ziehen. Wir wissen es nämlich nicht und können es auch nicht wissen, welche Kräfte und Bestrebungen in der Nation erwacht wären, wenn sie die ihr gegebenen Bedingungen akzeptiert hätte. Hier kann man nur mit Hypothesen operieren, und diese sind trügerisch. Weil jedoch unsere heutige Nation mit Sehnsucht nach dem seufzt, was sie damals besaßen und durch den Aufstand verloren hat, haben die Aufständischen deshalb vor dem Forum der gegenwärtig in der Gesamtheit herrschenden öffentlichen Meinung einen schweren Stand. Und wir müßten bei Gott dem Andenken unserer Väter fluchen, wenn wir dem Glauben an die Vorsehung, die die Geschicke der Völker leitet, entsagt hätten.

Dieser Glaube sagt uns indes, daß das, was geschehen, notwendig gewesen ist, sei es als eine überaus schmerzliche Lehre und Warnung für die Zukunft, sei es als eine Berufung zu einem grundsätzlich andern nationalen Dienste und einer anderen nationalen Arbeit, oder als eine neue gewaltige Erschütterung, welche die ganze Nation in ihren Tiefen aufwühlte und alle ihre Schichten und Söhne aus dem Schlafe erweckte.

Und siehe da! Während noch in der napoleonischen Epopöe und später im Novemberraufstande fast ausschließlich, in jedem Falle überwiegend nur polnische Heere für die Unabhängigkeit des Vaterlandes kämpften und das Volk an diesem gigantischen Ringen unmittelbar nicht teilnahm, wühlte der letzte Aufstand die Seele des Volkes von Grund an auf, er ergriff das ganze Land und alle seine Schichten. Und obwohl er, ähnlich wie in den erwähnten früheren Fällen, nicht die ganze Nation in den Strudel der kriegerischen Ereignisse zog, so war er doch in einem höheren Maße ein nationales Werk als die früheren Aufstände und hat auch zweifelsohne einen tieferen Einfluß auf die Gestaltung der

nationalen Seele und ihres tiefsten Inhalts ausgeübt als diese.

Wir sind weit entfernt von der Herabsetzung der großen napoleonischen Epopöe, welche von Polen und den Polen die Schande der fast passiv aufgenommenen Teilungen abwusch. Ebenso weit entfernt sind wir von der Verkennung der Bedeutung des Novemberraufstandes, welcher in der Zeit der Teilungen zum zweiten Male den Namen der Polen berühmt machte. Doch obwohl wir in Betreff unserer letzten kriegerischen Tat kritisch veranlagt sind, obwohl wir beinahe zu der Anschauung derer neigen, die, die durch ihn hervorgerufenen politischen Schläge erwägend, es lieber gesehen hätten, wenn der Aufstand niemals mit einem blutigen Schein über unseren Gefilden geleuchtet hätte, so können wir, wenn wir seinen Wert in betreff der Befreiung des nationalen Geistes abschätzen, es nicht verkennen, daß er von einer überaus großen Bedeutung gewesen ist. Das im Jahre 1863 vergossene Blut befruchtete den nationalen Boden, entfachte den Patriotismus der Gesamtheit und die kleinen Funken des nationalen Gefühls in der Brust des eigennütigen Bauers und beschleunigte auf diese Weise vorzüglich das, was wir heute die nationale Wiedergeburt nennen.

Hätte man daselbe auch auf dem durch den kühlen Verstand Wielopolskis gewiesenen Wege erreichen können? Es ist schwer, vorurteilsfrei zu bleiben — vielleicht ja — vielleicht auch nicht. Doch haben wir vielleicht nicht das Recht, zu glauben, daß die Entwicklung unserer Nation ganz andere Wege eingeschlagen hätte. Höchstwahrscheinlich würden wir diese vielen materiellen Schläge nicht zu verzeichnen gehabt haben. Doch würde auch heut derselbe Geist in unserer Brust pulsieren, daselbe Blut unsere Adern spannen? Wer kann das erraten?!

Es gibt in der Geschichte der Völker Ereignisse, die das Merkmal einer solchen Erhabenheit und Schönheit an sich tragen, daß obwohl der Verstand, der, in ihre geheimsten Winkel die Sonde der Kritik einlassend, manchmal zu einem über sie nachteiligen Urteil gelangt das Herz und das Auge, erschüttert durch die von ihnen ausstrahlende Erhabenheit und — geblendet durch den Schein ihrer leidenschaftlich glühenden Farben, trotz der kühlen Erwägungen des Verstandes ihrem blendenden Zauber unterliegen.

In einem so wunderbar lockenden und gaukelnden Lichte glüht in unseren Augen und Herzen die überaus herrliche Vision der einzelnen Episoden des hundertjährigen nationalen Kampfes, dessen schimmernder und farbenreicher Epopöe tragischer Epilog der Januaraufstand war.

Wir fühlen es, daß er ins Sanctuarium unserer Andenken übergegangen ist, daß ihn die nationale Phantasie mit dem goldenen Faden der Poesie umgarnte. Je weiter wir uns von den Zeiten entfernen, die des letzten Aufstandes blutiger Wirklichkeit Zeuge waren, destomehr schillert er in unseren Augen und nimmt jene verwandten Farben an, in welchen der Napoleoniden berühmte Kämpfe leuchten. Und mag der nüchterne Verstand hundertmal unserer Väter tragische Verblendung verdammen oder verfluchen, unser Herz wird sie absolvieren, das flammende polnische Herz, das aus ihren aus Verzweiflung wahnsinnigen und „im Wahnsinn verständigen“ Taten des nationalen Stolzes erfrischende Wasser schöpft.

Der Verstand gebietet, den Wert der gegebenen Tat nach ihrem Erfolg zu messen. Das Herz fahrt den Helden um der, wenn auch verlorenen, aber doch großen und heiligen Sache nicht mit Bewunderung und schmückt ihre Stirnen mit unverwelklichem Lorbeer.

Heute gibt es andere Zeiten und ein anderes Heldentum.

Das heldenhafte Volk hat das glänzende Schwert des Ritters zur Pflugchar und Reilhaue umgeschmiedet. Der Säbel hängt untätig an der Wand. Und wenn er noch einmal wie ein Wetterleuchten in der Faust des Polen dahinfährt und in die Brust des Gegners wie ein Blitzstrahl trifft, so bricht er nicht der eigenen, sondern einer fremden Sache siegreiche Bahn und schmückt mit Vorbeer fremde Kriegszeichen . . .

Für das eigene Schicksal blieb nur die graue Arbeit übrig, Arbeit und Mühsal, die die Völker aus dem Fall emporheben und unter die Zukunft neue Fundamente legen.

Arbeiten wir also und bahnen wir einer glücklicheren Zukunft freie Wege.

Doch vergessen wir in der Tretnühle der täglichen Arbeit nicht diejenigen, die mit Blut und Eisen ein freies Vaterland erkämpfen wollten und den vaterländischen Ruhm bis zu den Sternen erhoben haben.

Nicht umsonst ist der nationalen Helden rotes Blut geflossen.

Möge die polnische Jugend auf ihr zerfallenes Grab die Blumen der Dankbarkeit werfen und ihrem unsterblichen Andenken ein donnerndes Gloria victis singen!

Bronislaus Ruczyński.

Aus Nr. 8 des Głos Ludu (Posen)

vom 11. Januar 1911:

Einen Artikel, der eine Statistik über die Zahl der in Europa und Amerika wohnenden Polen enthält, schließt der „Głos Ludu“ mit folgenden Worten:

„Denken wir mit frischer Hoffnung daran (nämlich an die große Zahl der Polen), indem wir aus unserer ganzen Kraft an der Sache der Wiedergeburt der Nation arbeiten und wir werden das ersehnte Ziel erreichen!

Mit Recht sagt Wyspiński:

„Es gibt so viel Volk,

Möge nur der Geist in dasselbe fahren, •
Und die Schlafenden wecken!“

Georg Kamiński.

Aus Nr. 9 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 12. Januar 1911:

In der gestrigen konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion fand vor der Wahl des Vorsitzenden eine umfangreiche Diskussion aus Anlaß dessen statt, daß der Prälat v. Jazdzewski in Sachen der Erhöhung der königlichen Zivilliste keine Fraktions-sitzung einberufen hatte. Die betreffenden Abgeordneten gaben in ihren Reden dem Bedauern über das Geschehene Ausdruck. Man beschloß, daß von jetzt an jeden Mittwoch abend 8 Uhr eine Fraktions-sitzung stattfinden solle. Sodann wurden gewählt: zum Vorsitzenden Prälat Dr. v. Jazdzewski, zu dessen Vertreter R. v. Chlapowski, zum Schriftführer Dr. v. Miegolewski, zu dessen Vertreter Pfarrer Styczynski, in die Budgetkommission Prälat v. Jazdzewski, in die parlamentarische Kommission Rat Mizerski und Prälat Stychel, als Vertreter Korsanty und v. Trompczynski, in die Petitionskommission Pfarrer Rapiża.

Aus Nr. 16 des Ogródownik (Posen)

vom 20. Januar 1911:

Der Abgeordnete Graf Mielzynski ist aus dem demokratisch-nationalen Verein ausgetreten. Gott sei Dank! so können alle redlichen Anhänger des Vereins sagen. Wir bemerken, daß nach der letzten lakonischen Budgetrede des Abgeordneten Grafen Mielzynski im Hauptidee des Vereins der Antrag gestellt wurde, den Grafen Mielzynski aus dem Verein auszuschließen. Die Beratung über den Antrag wurde jedoch mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Genannten vertagt.

Aus Nr. 9 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 12. Januar 1911:

Mit Bezug auf die **Eröffnung des Landtages** meint der Dziennik u. a.:

... Wir können nicht im voraus beurteilen, welche Stellung schließlich die Regierung in Sachen der Enteignung einnehmen wird; die Tatsache aber, daß in der Thronrede davon geschwiegen wird, könnte man für eine gewisse Geringschätzung des Druckes halten, den die habsburgischen Kreise in dieser Angelegenheit ausüben. Seit langem waren wir daran gewöhnt, daß bei derartigen Gelegenheiten fast stets „die polnische Gefahr“ hervorgehoben wurde, und dieses Schreckgespenst diente als untrügliches Mittel zur Durchführung der verschiedensten Projekte. Wenn also der Ministerpräsident auf diese „Gefahr“ keinen Nachdruck gelegt hat, so ist ersichtlich, daß er sie mit ruhigeren Augen ansieht und sie zu agitatorischen Zwecken nicht ausnützen will.

Schon die nächsten Tage werden den oppositionellen Parteien im Landtage Gelegenheit zu einer scharfen Kritik der Thronrede bieten. Es sind ziemlich scharfe Zusammenstöße zu erwarten, obwohl die Opposition bei der heutigen Zusammensetzung der Kammer keine Hoffnung auf Sieg hat.

Aus Nr. 12 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 15. Januar 1911:

In Sachen der Agrarzölle.

In Sachen der Agrarzölle beginnen in den Spalten unserer Presse immer öfter Artikel aufzutauchen, die noch nicht auf eine spezielle Beurteilung der Zölle als solche eingehen, sondern vielmehr die allgemeine Anschauung darüber äußern, wie diese verwickelte und nicht leichte Sache zu behandeln sei.

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß die einschlägigen Artikel der Zeitungen einen sachlichen Charakter haben, in ruhigem Tone gehalten sind und der kriegerischen, agitatorischen Tendenz entbehren. Für eine solche und keine andere Behandlung der Angelegenheit der Agrarzölle haben wir uns das von vornherein erklärt. Wir erinnern an unsere Verwahrungen gegenüber dem unglücklichen, herausfordernden Artikel, mit welchem einer der Großgrundbesitzer des Kreises Kosten gelegentlich der Ergänzungswahl im Wahlkreise Kosten—Gräß—Schmiegel—Neutomischel hervorgetreten war.

Schon damals warnten wir davor, aus den Agrarzöllen Kampfesparolen für die Wahlen zu machen, was ein Abdrängen unserer inneren Politik auf die Abwege sozial-beruflicher Gegensätze bedeuten würde. Es fehlt zwar in diesem Falle nicht an Anhängern des politischen Kampfes unter sozialer Losung, und zwar an Anhängern gerade unter den Sphären,

die sich sonst gewöhnlich darüber zu beklagen pflegen, daß in unserm politischen Leben Standes- oder Klassenelemente sich hervordrängen. Wir zweifeln jedoch nicht daran, daß in der Volksgemeinschaft die überlegten, mit Verantwortlichkeitsgefühl begabten Faktoren das Übergewicht gewinnen werden, welche unabhängig von ihrer sozial-beruflichen Stellung und von ihren politischen Überzeugungen entschlossen sind, redlich und entschieden dafür zu sorgen, daß die Sache der Agrarzölle die Volksgemeinschaft nicht in zwei sich rücksichtslos bekämpfende Lager zerreiße, die für sich absolut kein gegenseitiges Verständnis haben, daß die Volksgemeinschaft vielmehr zu einer möglichst einträchtigen Anschauung und Stellungnahme gelange.

Dazu ist natürlich ein ruhiger, sachlicher Meinungsaustausch nötig. Ein solcher Meinungsaustausch wäre angezeigt zwischen den einzelnen politischen Organisationen und Faktoren, aber nicht minder, ja vielmehr vor allem zwischen unseren großen sozialen Organisationen, welche die Interessen der einzelnen Schichten: der Landwirtschaft, des Bauerntums, der Landarbeiter, der Industrie, des Handwerks, der Kaufmannschaft und der Industriearbeiter vertreten. Wir sind in dieser Hinsicht ganz mit dem Dziennik Kujawski einverstanden, daß die Vertreter dieser sozialwirtschaftlichen Organisationen vor allem miteinander reden sollten, natürlich in Gegenwart und unter Beteiligung der Journalisten, welche einen unmittelbaren Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben.

Wir hoffen, daß es dazu kommen wird. Und ehe das geschieht, wird die Presse zweifellos darüber wachen, daß die öffentliche Diskussion über die Sache der Agrarzölle nicht auf Abwege gerate. Die demokratischen Kreise haben keine Lust, sich auf diese Abwege zu begeben, sie werden vielmehr einen Weg suchen, welcher zum Wohle der Volksgemeinschaft als Ganzes führt. Derselbe Leitgedanke wird zweifellos den angeesehenen und gemäßigten konservativen Faktoren voranleuchten.

Wenn dieses Bewußtsein auf beiden Seiten herrschen wird, dann wird sich die Volksgemeinschaft bei gutem Willen der sozialwirtschaftlichen Organisationen in gesundem Gleichgewicht erhalten und nicht zulassen, daß aus Anlaß der Agrarzölle ein politischer Sturm unter dem Zeichen der sozialen Gegensätze entbrenne. Überlassen wir das der deutschen Volksgemeinschaft. Innere Reibereien sind bei uns unvermeidlich, mögen sie sich aber vollziehen nicht um wirtschaftliche und berufliche Interessen, sondern um die Richtung unserer nationalen Politik.

Aus Nr. 10 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 13. Januar 1911:

Ein Bürgergericht aus Anlaß der Angelegenheit Reisen.

Die Gazeta Warszawska hat heute aus Berlin das nachstehende Telegramm erhalten:

In der heutigen Sitzung der polnischen Fraktion teilt der Abgeordnete v. Dziembowski mit, er werde angesichts der Vorwürfe, die ihm aus Anlaß des Übergangs von Reisen in die Hände der preussischen Regierung gemacht wurden, für Sonntag ein Bürgergericht nach Posen einberufen, welches die nach dieser Richtung hin gegen ihn erhobenen Vorwürfe prüfen und feststellen soll, inwieweit diese Vorwürfe gerechtfertigt seien. Der Abg. v. Dziembowski hat der polnischen Fraktion vorgeschlagen, zu diesem Gericht einen Delegierten zu entsenden, welcher auf Grund der Verhandlungen des Gerichts die Fraktion über den tatsächlichen Stand der

Sache informieren würde. Die Fraktion hat diesen Vorschlag nicht angenommen.

Wahr ist, daß der Abg. v. Dziembowski in der Frage seines Verhältnisses zur Reiserer Sache ein Bürgergericht einberuft. Der Anlaß zu diesem Schritt des Abg. v. Dziembowski soll die Rücksicht darauf sein, daß die Herren Dr. v. Dziembowski und Dr. Löwenstein mit der seit nahezu zwei Jahren angekündigten Denkschrift nicht hervortreten dürfen. Die Sache stellt sich so, daß die Regierung die Rechtsgültigkeit des mit den Grafen A. Wodziecki und Potocki abgeschlossenen Vergleichs anzweifelt und sich weigert, jene 4 Millionen zu zahlen. Solange die Regierung nicht nachgiebt bzw. auf dem gesetzlichen Wege gezwungen wird, die 4 Millionen zu zahlen, gestattet Graf Wodziecki die Veröffentlichung der Denkschrift nicht.

Bisher hat man sich ständig auf jene Denkschrift als auf das Zaubermittel berufen, welches alles erklären sollte. Jetzt entfällt die Denkschrift plötzlich, und zwar ganz, denn jeder, welcher des Urteilsvermögens nicht bar ist, wird begreifen, wie man sich nicht der Täuschung hingeben darf, daß die Denkschrift tatsächlich jemals das Tageslicht erblicken sollte.

Wir zweifeln auch daran, daß bezüglich der Würdigung der ganzen Reiserer Sache die Volksgemeinschaft in Zukunft viel mehr erfahren wird, als das, was sie gegenwärtig schon weiß bzw. nicht weiß. Das Bürgergericht, welches tagen soll, wird nicht die ganze Reiserer Sache, sondern nur das Verhältnis des Abg. v. Dziembowski zu ihr betreffen. Eines der Hauptargumente der Verteidigung des Abg. v. Dziembowski wird zweifellos die Darlegung sein, daß er an der Aktion des Grafen Wodziecki und Potocki nur zum Teil beteiligt gewesen sei, daß er besonders für den Inhalt der mit der Regierung getroffenen Abmachung nicht verantwortlich sei. Mit einem Worte, das von ihm einberufene Bürgergericht wird nicht ein Gericht in der Reiserer Sache, sondern ein solches aus Anlaß der Reiserer Sache sein. Wenngleich die Kompetenz des Gerichts auf die Feststellung der Rolle des Abg. v. Dziembowski beschränkt sein wird, fühlen wir uns genötigt, mit einer Warnung hervorzutreten. Bürgergerichte streben naturgemäß gewöhnlich zu einem Kompromiß. Kein Wunder, daß da, wo es sich um weitreichende und peinliche Fragen handelt, welche endgültige Entscheidung heischen, die öffentliche Meinung zu Bürgergerichten nicht allzu großes Vertrauen hat. Um so größere Bedenken muß die Grundlage hervorgerufen, auf welche das Gericht in der gegebenen Sache gestützt sein soll: drei Richter soll nämlich der Abg. v. Dziembowski und drei die Redaktion des Dziennik Poznański wählen. Wenn ein so aufgebautes Gericht tatsächlich zustande kommen wird, dann kann der Abg. v. Dziembowski nicht darauf Anspruch erheben, daß das Urteil eines solchen Gerichts für die ganze Volksgemeinschaft maßgebend werden soll. Sofern der Abg. v. Dziembowski wünschen sollte, daß die gegnerische Seite die Presse repräsentiere, so hätte er zwecks Wahl dreier Richter die Organisation unseres Journalistentums anrufen sollen, nicht aber den Redakteur einer ihm politisch sehr nahe stehenden Zeitung. Es ist anzunehmen, daß es sich dem Abg. v. Dziembowski nicht um die Meinung der ganzen Volksgemeinschaft, sondern nur um die seiner eigenen politischen Freunde handelt.

Noch eins: Wenn das Bürgergericht ausschließlich die in den Spalten des Dziennik Poznański formulierten Vorwürfe zur Grundlage nehmen sollte, dann wird es die den Abg. v. Dziembowski am meisten belastenden Vorwürfe nicht berücksichtigen. Die vom Dziennik Poznański erhobenen Vorwürfe betreffen vorwiegend die Grafen Wodziecki und Potocki, sowie den Dr. Löwenstein. Dagegen sind außerhalb des Dziennik Poznański

Vorwürfe erhoben worden, die sich insbesondere gerade gegen die Tätigkeit des Abg. v. Dziembowski in der Reifener Sache richten.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, unseren Standpunkt zu betonen, da das Berliner Telegramm der Gazeta Warszawska die Sache hinter den Kulissen hervorgeholt hat.

Was die polnische Fraktion betrifft, so ist die Mitteilung des Warschauer Blattes nicht genau. Der Abg. v. Dziembowski hat vielmehr in der kurzen Mittwochnachmittagsitzung der Fraktion bemerkt, er werde die Fraktion um die Entsendung eines Delegierten in das Bürgergericht ersuchen, in der Abendsitzung am gleichen Tage ist er aber auf die Sache überhaupt nicht zurückgekommen.

Aus Nr. 12 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Januar 1911:

Die Krakauer Stadtvertretung und Graf Anton Wodzicki.

In der Donnerstagsitzung der Krakauer Stadtverordnetenversammlung nahm der Stadtverordnete Dajzynski das Wort, um auf die Reifener Sache hinzuweisen. Diese dürfe in der Volksgemeinschaft nicht ohne Echo bleiben, und diejenigen, die ein nationales Verschulden begangen hätten, müßten die verdiente Strafe erhalten. Zwar zirkulierten anonyme Gerüchte, wonach der Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski irgendeine geheime Denkschrift besitze, welche imstande sei, die Grafen Wodzicki und Potocki zu reinigen, aber diese Denkschrift habe niemand gesehen, und sie sollte der Volksgemeinschaft bei der Beurteilung dieser traurigen Tatsache die Augen nicht blenden. Da einer der Aktoren in dieser Sache, Graf Anton Wodzicki, Mitglied der Krakauer Stadtvertretung sei, frage Redner den Stadtpräsidenten:

1. Ist die Mitteilung wahr, daß Graf Wodzicki das Mandat zur Stadtverordnetenversammlung niedergelegt hat?

2. Erachtet es der Herr Präsident, wenn das nicht wahr ist, für angezeigt, eine Kommission aus sieben Mitgliedern zu delegieren, welche den Grafen Anton Wodzicki auffordern soll, Bescheid darüber zu geben, ob alles das wahr ist, wovon die ganze Presse ohne Widerspruch schreibt, und daß er sich von dem auf ihm lastenden Vorwurf reinige?

Dr. Leo weist in Beantwortung dieser Fragen auf die Vorschrift des § 96 des Statuts hin, welches bestimmt, daß alle persönlichen Angelegenheiten in geheimer Sitzung erledigt werden sollen.

Dajzynski: Ich bitte um Veranstaltung einer geheimen Sitzung.

Präsident Dr. Leo: Ich werde sie nach Erschöpfung der Tagesordnung veranstalten. In der öffentlichen fühle ich mich nur verpflichtet, festzustellen, daß die Sache noch nicht endgültig aufgeklärt ist.

In der geheimen Sitzung nahm Dajzynski die Sache von neuem auf und stellte folgenden Antrag:

„Es wird eine aus dem Präsidium und aus den Sektionsvorsitzenden bestehende Kommission gewählt zwecks Prüfung der vom Stadtverordneten Dajzynski gegen den Stadtverordneten Grafen Anton Wodzicki in Sachen des Majorats Reifen erhobenen Vorwürfe.“

In der lebhaften Diskussion nahmen u. a. das Wort die Stadtverordneten Doboszynski, Gertler, Staniszewski, Dajzynski und andere. Dr. Gertler brachte folgendes Amendement zum Antrage Dajzynski ein:

Die Kommission soll der Stadtverordnetenversammlung das Referat und die Anträge vorlegen.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag Dajzynski und das Amendement angenommen.

Wir bekennen, daß es einen sehr unangenehmen Eindruck macht, daß die nationalen Faktoren in Krakau ruhig gewartet haben, bis die Interpellation in der Reifener Sache in der Stadtverordnetenversammlung — der Sozialist Dajzynski einbrachte. Hat man wirklich auf das „Ende“ der Reifener Sache gewartet? Beweisen doch die letzten Tatsachen, daß die Sache wahrscheinlich niemals ein Ende nehmen wird, insofern, als die Volksgemeinschaft jene Denkschrift niemals zu Gesicht bekommen wird. Vielleicht hat man aber deshalb gewartet, weil Graf Wodzicki der konservativen Partei und der Rechtsanwalt Dr. Loewenstein dem demokratischen Lager angehört.

Einen nicht minder unangenehmen Eindruck macht das gegenwärtige Auftreten des Abg. Dr. v. Dziembowski auf der Berliner parlamentarischen Arena im Auftrage der polnischen Fraktion; hätte es sich nicht empfohlen, daß der Abg. v. Dziembowski sich in Reserve gehalten hätte, statt daß die Fraktion ihn vorschickte? Das, was geschehen ist, kann zur Hebung des Ansehens unserer parlamentarischen Vertretung nicht beitragen.

Aus Nr. 11 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 14. Januar 1911:

Von hinter den Kulissen der Ansiedelungskommission her.

Bekannt ist, wie die Ansiedelungskommission bzw. deren Agenten verschiedene Mittel anwenden, um aus polnischen Händen Land zu bekommen. Sogar von jenseits der Grenze holt man angebliche Reflektanten auf Landgüter herbei, welche sich mit Empfehlungen, ausgestellt von angesehenen Personen, ausweisen, in Wirklichkeit aber Werkzeuge der Ansiedelungskommission sind.

Vor einiger Zeit lieferte ein gewisser Herr N. aus Warschau interessantes Material über die versteckte Arbeit, welche zum Zwecke hat, durch vorgeschobene Personen Land aus polnischen Händen aufzukaufen. Herr N., der sich in einer kritischen materiellen Lage befand, entschloß sich, selbst als Figurant der Ansiedelungskommission aufzutreten. Ein gewisser Goral aus Warschau erklärte ihm, er habe ein sehr gutes Geschäft im Auge und werde den Gewinn mit N. teilen, wenn dieser ihm bei der Durchführung behilflich sein werde. N. war damit einverstanden und wurde nach Berlin gesandt, wo er von Frau Turowska aus Halensee bei Berlin erfuhr, es handle sich darum, daß er als Käufer eines gewissen Gutes im Kreise Fraustadt auftrete. N. begann wegen des Erwerbs dieses Gutes zu verhandeln, und zwar durch die Herren Wojciechowski aus Gnesen und Szymbrowski aus Stralkowo. Bezüglich der Verkaufsbedingungen wurde in kurzer Zeit eine Einigung erzielt, — der Besitzer verlangte lediglich noch Referenzen des Käufers. — N. versicherte, er würde mit angesehenen Namen versehene Referenzen ohne Mühe erhalten.

Mittel und Wege hierfür gibt es viele. In Warschau z. B. wohnen in derselben Straße zwei Bürger mit gleichem Vor- und Zunamen, Onkel und Nefte. Der Onkel ist ein bekannter angesehener Mensch, der Nefte hingegen ein Individuum ohne Wert, von dem man um einen kleinen Preis die besten Empfehlungen erhalten könnte. — Beim Lesen derselben

müßte jeder vermuten, sie stammten von dem Onkel, einem bekannten Bürger her. —

Da R. sich jedoch durch eine schändliche Handlung nicht beflecken wollte, trat er im letzten Moment vom Kauf zurück.

In der Zeit, während deren nun das Gut im Kreise Traustadt verhandelt wurde — Ende 1909 — suchte Herr Wojciechowski aus Gnesen Herrn R. zu bewegen, auch als Reflektant auf Gorzewo aufzutreten.

Gleichzeitig mit diesen Versuchen machte man den fernereren Vorschlag, größere Flächen mit Hilfe eines vorgeschobenen Skarzynski aus Warschau zu erwerben, der mit den besten Empfehlungen versehen war. Skarzynski empfahl man u. a. Herrn Biedermann als Käufer, sowie dem Bevollmächtigten der Besitzerin sehr bedeutender Güter im Großherzogtum, wobei der Agent M. Baranowski aus Berlin vermittelte.

R. erzählte, und er unterstützte seine ziemlich umfangreiche Korrespondenz damit, daß eine ganze Reihe von Personen daran arbeite, mit Hilfe verschiedener, meisterhaft angelegter Pläne Land aus polnischen Händen zu bekommen. Besonders rührig ist namentlich die Bank Moses in Berlin, und die Stelle, wo in diesen Sachen alle Konferenzen stattfinden, ist das Elite-Hotel in Berlin.

Aus Nr. 12 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Januar 1911:

Ein aufgeweckter Sokolverein.

Samter, 13. Januar 1911.

Die schöne Sokoldevise „Im gesunden Körper ein gesunder Geist“ hat unter den hiesigen jungen Leuten leider nicht viel Anhänger. In letzter Zeit besuchten immer weniger Genossen die Übungen, schließlich zeigte sich fast gar keiner. Das fühlten schmerzlich die Genossen, denen die Sokolidee am Herzen liegt und welche sich sagten, man müsse etwas tun, um den so erhabenen Verein wieder ins Leben zu rufen. In der Generalversammlung wählte man zum Vorsitzenden einen in breiten Kreisen unserer Stadt bekannten Bürger, der an allen nationalen Angelegenheiten tätigen Anteil nimmt. Dieser Mann, in welchen der hiesige Sokol seine Hoffnung setzt, ist der Kaufmann Herr Szydlarski. Als Vorsitzender des Sokolvereins wird er Gelegenheit haben, seine organisatorischen Fähigkeiten zu entfalten, und es wird eiserner Ausdauer bedürfen, um unseren Sokol zur früheren Herrlichkeit zu bringen. Herr Szydlarski kann ruhig in die Zukunft sehen, denn er wird Bereitwillige finden, die ihm in dieser mühseligen Sache helfen werden. Und solcher sollten sich recht viele finden, da unser Sokol im künftigen Jahre sein silbernes Jubiläum begehen soll. Möge also unsere Samtersche Gesellschaft zeigen, daß sie die Sokolidee zu schätzen weiß, und sie wird das zeigen durch zahlreichen Beitritt zum Verein und indem sie ihm eine recht große Zahl aktiver Turner stellt, um am Silberfest würdig auftreten zu können. Schütteln wir also die Verschlagenheit ab, bringen wir dem neuen Vorsitzenden eiligst Beistand, damit er Mut fasse und sich mit ganzer Begeisterung der Reorganisation des Sokol hingebe.

Vorwärts also, munter zu diesem fernen Fluge

haben wir die Flügel für den Geist vorzubereiten,
Nicht wird uns der Sturm brechen, nicht der Donner
uns ängstigen,
wenn die Kraft dem Willen gehorchen wird.

Hei, Sokolbrüder, verleihen wir ihm Kraft,
damit er sich nach Bewegung sehne, auferstehe
und lebe.

Ein alter Sokol.

Aus Nr. 1 der Straz (Posen) vom Januar 1911
(Monatschrift des Verbandes der „Strasz“-Vereine —
Erscheint am 15. j. M. —):

Die Monatschrift „Straz“.

Schon früher haben wir vorübergehend ein eigenes Organ herausgegeben, und zwar eine Viertelsjahreschrift. Dieses Organ ist sehr fest herausgegeben worden und stützte sich nicht auf genügend praktische Grundlage, weshalb es auch dem beabsichtigten Zwecke nicht entsprach.

Gegenwärtig geben wir eine Monatschrift heraus, und zwar in Form einer Broschüre, so daß man die Hefte bequem aufheben und am Schluß des Jahres ein Buch besitzen kann.

Der Inhalt der Monatschrift wird folgende Abschnitte enthalten:

1. Einen vornehmlich so abgefaßten Leitartikel, daß er sich zum Vortrag in den Ortsvereinen des Strasz-Verbandes und sogar in anderen Vereinen eignen wird.

2. Mitteilungen des Vorstandes, des Beirats und der Ausschüsse.

3. Der rechtspolitische Teil wird Urteile und Verordnungen in wichtigen Angelegenheiten öffentlicher Natur enthalten, ferner Fingerzeige hinsichtlich des neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes, und insbesondere Fingerzeige betr. die Gründung politischer und unpolitischer Vereine sowie betr. die Veranstaltung von Versammlungen und Abendunterhaltungen. Weiter soll dieser Teil enthalten Informationen aus dem Gebiete der Ansiedlungsnovelle und endlich Betrachtungen über die bürgerlichen Rechte und Pflichten gegenüber den Polizeiorganen, den Standesbeamten usw. Diesem Teil werden wir große Aufmerksamkeit zuwenden. (In der vorliegenden ersten Nummer konnten wir ihm nur einen sehr bescheidenen Platz einräumen.) Es handelt sich darum, daß die Urteile und amtlichen Verordnungen in der Tagespresse, die fast niemand zu einem Jahrgang zusammenlegt, nicht verschwinden, sondern sie in den Monatsheften unserer „Strasz“, die jeder ohne Mühe aufheben kann, zusammenzustellen, um im Falle der Notwendigkeit sich das ins Gedächtnis rufen zu können, was man gerade braucht.

4) Den Aufklärungsteil wird praktische Hinweise über die Veranstaltung von Abendunterhaltungen, Gedenktagsfeiern, Vorträgen und über die Verbreitung der nationalen Aufklärung im allgemeinen enthalten.

5) Die Korrespondenzen und Berichte der Ortsvereine sollen das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Vereine und lösen Mitglieder mit der ganzen Organisation wecken.

6) Das „Brot“) für die Seinen“ ist schon aus der Tagespresse bekannt.

Die Monatschrift „Straz“ kostet jährlich (außer den Portokosten) eine Mark. Dieser Abonnementsbetrag soll gleichzeitig den Beitrag für die Zentralkasse bilden. Die Ortsvereine können selbstverständlich und werden von ihren Mitgliedern einen kleinen Beitrag zur Bestreitung der eigenen örtlichen Bedürfnisse sogar einziehen müssen. Von diesen Beiträgen gebrauchen die Ortsvereine aber von Neujaahr ab nichts an die Hauptkasse in Posen abzuliefern. Auf diese Weise vereinfachen wir die Beitragszahlung. Wir schließen mit der Versicherung, daß wir der nationalen Sache aufrichtig dienen wollen und bitten als Gegenleistung

*) Ist eine von Zeit zu Zeit in der Presse erscheinende Zusammenstellung von Stellenangeboten und -gesuchen.

dieses unser Bestreben zu unterstützen und unsere Monatschrift zu bestellen. Außerhalb Posen empfiehl es sich, sie bei der örtlichen Postanstalt zu bestellen. Die Freunde und Anhänger der „Straz“ bitten wir für die Monatschrift zu agitieren, die, bei unbedingter Unparteilichkeit, ausschließlich der Verteidigung unserer gemeinsamen nationalen Interessen und kulturellen Eigentümlichkeiten dienen wird.

Aus Nr. 1 der Straz, Monatschrift des Verbandes der Strasz-Vereine (Posen)
vom Januar 1911:

Die Organisation der „Strasz“.

Es gab eine Zeit, wo über die Strasz viel gesprochen und geschrieben wurde. Das war die Zeit jener Strasz-Versammlungen, die zweifellos ihre gute Seite gehabt haben, auf denen aber mitunter auch nur schön gesprochen wurde, ohne daß die Worte in die Tat umgesetzt worden wären. Diejenigen in unserer Gesamtheit, welche die Strasz von vornherein ungern begrüßt haben, begannen die gute Seite jener Versammlungstätigkeit der Strasz zu verschweigen, aber um so schärfer und lauter die schlechten Seiten ihrer Tätigkeit zu kritisieren.

Die gegenwärtigen Leiter der Strasz finden keineswegs alles lobenswert, was zu Anfang geschehen ist, sie sind aber der Meinung, daß man in jeder Organisation an der Beseitigung von Fehlern arbeiten und gleichzeitig das entwickeln muß, was in ihr gut und gesund ist.

Übrigens haben die äußeren Verhältnisse die Strasz gezwungen, in ihrem Schoße grundsätzliche Änderungen einzuführen. Wie bekannt, wurde vor zwei Jahren jenes berühmte Maulkorbgesetz geschmiedet, das in öffentlichen Versammlungen polnisch zu sprechen überall dort verbietet, wo es im Kreise auf 100 Einwohner nicht 60 Polen gibt. Auf diese Weise ist einem bedeutenden Teil unseres Landes, und besonders in den Grenzgebieten, die Möglichkeit, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, genommen worden. Angesichts dieses Umstandes haben wir uns gesagt: wollt ihr uns nicht in Versammlungen sehen, dann werden wir den nationalen Geist am häuslichen Herd wecken. Die im Jahre 1908 in Gnesen abgehaltene Generalversammlung hat die Gründung von Orts-Strasz-Vereinen beschlossen, deren Aufgabe es sein sollte, eine nationale Organisation von Mund zu Mund im Sinne der Fingerringe des durch die Strasz herausgegebenen „nationalen Katechismus“ zu organisieren. Das war eine einschneidende Änderung. Denn bisher hatten nur die Hauptorgane der Strasz gearbeitet, während die breiten Massen der Mitglieder auf dem Boden der Strasz außer Zahlung der Beiträge keinerlei Aufgaben erfüllt hatten. Darüber hatte man sich beklagt. Um so mehr glaubten die Leiter der Strasz, daß die Schaffung von Ortsvereinen mit der Verpflichtung, den nationalen Geist am häuslichen Herd, durch Besuch von Familie zu Familie, von Haus zu Haus zu wecken, in der Gesamtheit mit einem lauten Echo der Tat widerhallen würde.

Diese Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Wir sprechen das offen aus, da wir dadurch, daß wir der Wahrheit offen ins Gesicht blicken, der Strasz die Wege ebnen wollen. Diejenigen, welche gerufen haben: schaffet Ortswerkstätten der sozialen Arbeit, haben sich kaum gerührt, als die Werkstätten zu entstehen begannen und um Mitarbeiter zu bitten angingen. Manche Vereine machen gar nichts, andere machen alles, nur nicht das, was sie vor allen Dingen machen

müßten: sie befaßten sich nicht mit der Agitation von Mund zu Mund.

Diese Arbeit ist zweifellos nicht leicht und erfordert Aufopferung, aber es ist eine dankbare Arbeit. Möge niemand sagen, daß das Volk scheel auf die Vertrauensmänner der Strasz blickt, welche die Familien besuchen und mit ihnen über nationale Angelegenheiten und Pflichten sprechen. Auf zehn Willfähige kommt kaum ein Unlustiger und Sauertöpfischer. Übrigens können wir uns auf die in Posen durch die Vertrauensmänner des Wahlkomitees gemachten Erfahrungen berufen. In dem trotz des zahlenmäßigen Übergewichts der Deutschen den Deutschen entrisenen Wahlbezirk III sind die Vertrauensmänner mit Rücksicht auf die gefährliche Lage zwei- und dreimal zu den ihnen anvertrauten Wählern hingegangen. Das dritte bzw. vierte Mal haben sie wiederum Familien besucht, die über die Volkszählung belehrt werden mußten. Und was für schöne und herzliche Beziehungen haben sich durch diese mehrfachen Besuche zwischen zahlreichen Familien des polnischen Volkes und den Vertrauensmännern des Wahlkomitees herausgebildet! Sie wurden mit aufrichtiger Freude und Dankbarkeit begrüßt; die Kinder streckten ihnen die Hände entgegen und sprachen den Segen bei ihrem Fortgehen; die Väter und Mütter baten, auch ferner an sie zu denken.

Wenn das der Fall ist und wenn wir eine derartige Agitation während der Wahlzeit und wenn es sich um die Volkszählung handelt, ausüben können, sollten wir da nicht soviel Ausdauer und Energie haben, um dieser Arbeit dauernden Fortgang zu geben, um ständig die Hand am Puls unseres nationalen Lebens zu halten — dort, am häuslichen Herd, dort, wo es sich entscheidet, ob unsere Kinder aufgeklärte Polen sein werden, dort, wo sich unsere Zukunft entscheiden wird. Nach 18 Jahren wird im Sinne des Maulkorbgesetzes die Stunde schlagen, wo in unserem ganzen Teilgebiet ohne Ausnahme öffentliche polnische Versammlungen verboten sein werden. Ob wir dann auf das Verbot der Versammlungsagitation auch dort, wo es im Kreise auf 100 Einwohner 80 oder 90 Polen gibt, nicht mit einer Agitation in den Häusern von Mund zu Mund antworten werden?

Trotz der Täuschung, die wir an den Mitgliedern der Orts-Strasz-Vereine erlebt haben, glauben wir, daß die Gesamtheit sich früher oder später dieser Arbeit unterziehen wird; wir glauben es, weil wir überzeugt sind, daß die Gesamtheit das tun muß, wenn sie nicht unsere Zukunft dem uns feindlichen preussischen System auf Gnade oder Ungnade ausliefern will. Was heute einzelne machen, das werden größere Kreise tun, wenn nicht morgen oder übermorgen, dann nach einem Jahre und sei es auch nach einigen Jahren. Wir sind überzeugt, daß, indem wir zur Agitation von Mund zu Mund mit dem Buch in der Hand auffordern, der Gesamtheit den richtigen Weg weisen. Dieser Weg erfordert anfangs eine gewisse Überwindung und Aufopferung, doch er führt zu einem guten nationalen Ziel und gewährt dem daran Mitwirkenden eine wirkliche Befriedigung. Soviel über die Ortsvereine des Strasz-Verbandes und ihre Aufgaben.

Verband polnischer Fabrikanten für das Deutsche Reich mit dem Sitz in Posen.

Auf Anregung verschiedener polnischer Fabrikbesitzer und Unternehmer ist „zum Zwecke der Wahrung gemeinsamer Interessen“ Mitte September v. J.

ein „Verband polnischer Fabrikanten für das Deutsche Reich mit dem Sitze in Posen“ gegründet worden.

Zu Vorstandsmitgliedern des Verbandes, dem z. Z. etwa 80 Firmen beigetreten sind, wurden gewählt: Cegielski, von Strykowski, K. Ruzaj, Dr. Seyda, J. Leitgeber, Fr. Glabisz aus Posen, sowie der verstorbene Prälat Wawrzyniak-Mogilno, Kasproicz-Gnesen, Samulski, von Swierkowski, J. K. Ziolkowski aus Pleschen und von Czarinski-Hohenjalza.

Die Satzungen des Verbandes der Fabrikanten für das Deutsche Reich mit dem Sitze in Posen

lauten wie folgt:

§ 1. Zweck des Verbandes.

Der Verband der Fabrikanten hat den Zweck, die einheimische Industrie, Handel und Landwirtschaft zu heben und die Interessen seiner Mitglieder zu verteidigen. Er wird diese Zwecke zu erreichen suchen durch:

- a) Prüfung der einheimischen Bedürfnisse und Ausfindigmachung von Absatzwegen;
- b) Gründung und Förderung neuer Unternehmungen, deren Mangel sich fühlbar macht, mit besonderer Berücksichtigung solcher Unternehmungen, die im Heimatlande vorkommende Rohstoffe verarbeiten;
- c) Reorganisierung bestehender Fabriken auf reellen kaufmännischen Grundlagen, soweit ein Bedürfnis vorliegt; durch Unterstützung im Verfall begriffener Unternehmungen mittelst Einführung einer eigenen Verwaltung oder — Liquidation für den Fall, daß ein Unternehmen keine Daseinsberechtigung hat, d. h. sein Weiterbestehen keinen Gewinn mehr verheißt;
- d) Prüfung und Ausbeutung von Erfindungen, durch Verteidigung der Interessen der Erfinder;
- e) Entgegenwirken jeglichen unlauteren Wettbewerbs;
- f) gemeinsame allgemeine Ausstellungen, Wanderausstellungen (Zahrmärkte), Modellausstellungen, Keflamen;
- g) Ausbildung der der Industrie sich widmenden Jugend;
- h) ein Informationsbureau für Berufsangelegenheiten, durch ein Bureau für Rechtsschutz, Patente, Kreditangelegenheiten;
- i) Stellenvermittlungsbureau für Ingenieure, Techniker, Meister und Fabrikarbeiter;
- k) Wareneinkaufsgenossenschaften.

Bemerkung: Der Verband kann in seiner Mitte auch die Gründung einer Pensionskasse für Beamte der dem Verbands angehörigen Fabriken in Erwägung ziehen, wodurch sich fähige Industriekräfte leichter in das Land hineinziehen und stabilisieren lassen würden.

§ 2. Mitglieder.

Die Mitglieder setzen sich aus aktiven, unterstützenden und Ehrenmitgliedern zusammen.

Aktives Mitglied kann sein jeder Inhaber eines Fabrik-, Industrieunternehmens oder einer größeren Werkstatt, die eigene Erzeugnisse herstellt, ferner eingetragene Handelsfirmen, Vereine und Genossenschaften.

Unterstützendes Mitglied kann jede physische oder juristische Person sein, die einen einmaligen Betrag von 100 M. für Verbandszwecke entrichtet oder einen Jahresbeitrag von mindestens 25 M. zu zahlen sich verpflichtet.

Die aktiven und unterstützenden Mitglieder müssen ihren Wohnsitz im Deutschen Reichsgebiet haben.

Die Ehrenmitglieder ernennt die Generalversammlung.

Es können dies Leute sein, die sich um die Hebung der einheimischen Industrie gewisse Verdienste erworben oder sich um den Fabrikanten-Verband besonders verdient gemacht haben.

§ 3. Mitgliedsaufnahme.

Personen und Vereine, die gewillt sind, dem Verbands beizutreten, müssen sich beim Vorstand schriftlich melden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand, der dem sich Meldenden spätestens 3 Monate nach der Anmeldung die Aufnahme oder Nichtaufnahme mitteilt.

§ 4. Verlust der Mitgliedsrechte.

Mitglied hört auf zu sein, wer:

- a) seinen Austritt bei dem Vorstand schriftlich beantragt hat;
- b) wen der Vorstand aus der Mitgliederliste streicht, wenn er:
 1. mit dem Beitrage länger als 2 Jahre im Rückstande ist;
 2. die Interessen des Verbandes schädigt;
 3. die Ehren- und Bürgerrechte einbüßt;
 4. in Konkurs gerät.

Der Austritt kann frühestens nach Ablauf von 2 Jahren seit dem Eintritt in den Verband, und zwar mit Ablauf des Rechnungsjahres erfolgen.

§ 5. Eintrittsgeld und Beiträge.

Aktive und unterstützende Mitglieder zahlen ein Eintrittsgeld von 5 M.

Die Grundlage zur Berechnung der Jahresbeiträge bildet die Gewerbesteuer. Der Jahresbeitrag muß mindestens die Hälfte der Gewerbesteuer betragen.

Der jährliche Mindestbeitrag beträgt 12 M. Das Eintrittsgeld wird im voraus bei der Mitgliedsaufnahme entrichtet. Der Jahresbeitrag soll im Laufe des ersten Vierteljahres für das ganze Jahr im voraus bezahlt werden.

§ 6. Der Verbandsvorstand.

Den Verband leitet ein aus 12 Mitgliedern bestehender, auf 3 Jahre gewählter Vorstand.

Jedes Jahr scheiden 4 Mitglieder aus, und an ihre Stelle werden neue gewählt. In den ersten beiden Jahren entscheidet das Los. Eine Wiederwahl ist zulässig. Dem Vorstand gehört außerdem der jedesmalige Bureauleiter (Generalsekretär des Verbandes) an, der gleichzeitig Schriftführer und Kassierer des Verbandes ist.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende. Die Beschlüsse des Vorstandes können bei Anwesenheit des Vorsitzenden oder eines stellvertretenden Vorsitzenden und wenigstens weiterer 5 Mitglieder des Vorstandes gefaßt werden.

Die Beschlüsse werden mit gewöhnlicher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

In dringenden Fällen trifft der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter die erforderlichen Maßnahmen; er begründet dies in der nächsten Vorstandssitzung.

Die Ämter der Vorstandsmitglieder sind Ehrenämter. Im Interesse des Verbandes gemachte Ausgaben, wie Reisekosten usw., erstattet die Verbandskasse gegen Vorlegung einer Quittung. Für Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder, die größere Zeitaufwendungen erfordern, kann die Generalversammlung eine entsprechende Vergütung festsetzen.

§ 7. Verbandssekretär.

Zur regelrechten und tatkräftigen Erledigung der in den Satzungen vorgesehenen Verbandsangelegenheiten wählt der Vorstand einen ständigen Sekretär, der mit dem Zeitpunkt der Amtsübernahme dem Vorstands beiz-

tritt. Der Sekretär wird auf unbestimmte Zeit bei halbjähriger Kündigung ernannt.

Das Gehalt des Sekretärs setzt die Generalversammlung fest.

Zu den Pflichten des Verbandsekreterärs gehören:

1. die Erledigung jeglichen Schriftverkehrs und der Verbandsangelegenheiten im Sinne der Satzungen und gemäß den Beschlüssen des Vorstandes und der Generalversammlungen;
2. die Führung der Protokolle über die Sitzungen des Vorstandes und die Generalversammlungen;
3. die Führung der Mitgliederliste.

Der Verbandsekreterär hat im Vorstand das Stimmrecht in allen Verbandsangelegenheiten außer in denjenigen, in denen es sich um seine Person oder den Verbandsfonds handelt.

Die Ausgaben vollzieht der Sekretär gegen eine Quittung, die von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter angewiesen sein muß.

§ 8. Verbandsfonds.

Der Verbandsfonds besteht aus:

- a) dem eisernen Fonds,
- b) dem Umsatzfonds.

Dem eisernen Fonds fließen Spenden oder ausdrücklich für diesen Zweck bestimmte Stiftungen sowie diejenigen Überschüsse der Jahreseinnahmen zu, die die Generalversammlung dem eisernen Fonds zu überweisen beschließt.

In den Umsatzfonds fließen die Eintrittsgelder, die Beiträge und Einzahlungen der ordentlichen und unterstützenden Mitglieder, Subventionen und alle anderen Verbandsseinnahmen.

Die Führung der Kasse wird der Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen übertragen.

§ 9. Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Jedes ordentliche Mitglied besitzt das Stimmrecht in der Generalversammlung und das Recht der aktiven Wahl. Ferner ist es ihm gestattet, an allen Vorteilen sich zu beteiligen, die sich aus § 1 der Satzungen ergeben.

Die Zahl der Stimmen des Mitgliedes richtet sich nach dem bezahlten Jahresbeitrag. Für jede angefangenen 50 Mk. Jahresbeitrag rechnet man eine Stimme.

Die ordentlichen Mitglieder müssen sich streng nach den Bestimmungen und Beschlüssen des Vorstandes und der Generalversammlung richten. Ferner müssen sie auf Verlangen des Vorstandes diesem statistische Angaben, Berichte, Preisverzeichnisse, Druckfachen und andere zahlenmäßigen Aufstellungen, die ihr Unternehmen betreffen, vorlegen.

Schließlich müssen sie überall und mit voller Energie die Ziele des Verbandes und seine einzelnen Aufgaben unterstützen.

Unterstützende und Ehrenmitglieder haben das Recht, an den Generalversammlungen mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 10. Pflichten des Vorstandes.

Zur Tätigkeit und zu den Pflichten des Vorstandes gehören:

- a) die Vertretung des Verbandes nach außen hin;
- b) die Leitung der Angelegenheiten des Verbandes im Sinne der Statuten, sowie die Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung;
- c) Verwaltung und Vermehrung der Fonds des Verbandes;
- d) Einberufung der Generalversammlungen und Festsetzung der Tagesordnung;
- e) Schaffung besonderer Abteilungen für die einzelnen Berufe innerhalb des Verbandes;

f) Organisierung von Genossenschaften zum gemeinsamen Bezug von Waren und Rohmaterialien.

g) Leitung des Informations- und Vermittlungsbureaus im Sinne des § 1 Absatz h i;

h) Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern des Verbandes sowie Vermittlung im Falle von Konflikten zwischen den Mitgliedern des Verbandes und den Arbeitern bzw. deren Organisationen.

i) Einberufung von Industrieverfassungen in allen größeren Städten und Dörfern, die innerhalb des Tätigkeitsgebietes des Verbandes liegen;

k) Herausgabe von Jahresberichten, die gedruckt und den Mitgliedern vor der Generalversammlung überhandt werden;

l) Unterhaltung zweckmäßiger Beziehungen zu den Organisationen im Lande, wie z. B. zum landwirtschaftlichen Zentralverband, zum Verbands der Industrievereine, zum kaufmännischen Verbands, zur Korporation christlicher Kaufleute usw.

§ 11. Die Generalversammlung.

Die Generalversammlungen des Verbandes finden einmal im Jahre im Monat Februar in Posen oder in einer entsprechenden Stadt der Provinz statt. Auf schriftliches Verlangen eines Drittels der Mitglieder des Verbandes muß der Vorstand auch zu jeder anderen Zeit eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, und zwar im Laufe von 4 Wochen nach Eingang des Antrages. Zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigen die Mitgliedskarten, welche man den Mitgliedern alljährlich beim Zahlen des Jahresbeitrages aushändigt.

Zu den Aufgaben der Generalversammlung gehören:

1. Prüfung des Tätigkeitsberichts des Verbandes und Erteilung der Entlastung an den Vorstand;
2. Wahl des Vorstandes und des Verbandschriftführers;
3. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnungen, welche aus 3 Personen besteht, die alljährlich von der Generalversammlung gewählt werden;
4. Die Verfügung über die Fonds des Verbandes im Sinne der Statuten;
5. Änderung der Verbandsstatuten und Beschlüsse, welche die Auflösung des Verbandes betreffen;
6. Festsetzung des Ortes und der Zeit für die nächste Generalversammlung.

Die Zeit und den Ort der Generalversammlung gibt der Vorstand mindestens 8 Tage vor der Versammlung in mindestens drei viel gelesenen Zeitungen bekannt. Die Beschlüsse der Generalversammlung gehen mit einfacher Stimmenmehrheit durch.

Die Wahl des Vorstandes findet durch Zettel statt.

Beschlüsse, welche Statutenänderungen betreffen, können nur gefaßt werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder für sie stimmen.

§ 12. Auflösung des Verbandes.

Die Auflösung des Verbandes kann mit Stimmenmehrheit der Anwesenden von der Generalversammlung beschlossen werden. Dieser Beschluß ist jedoch erst dann rechtsgültig, wenn er von der nächsten Generalversammlung, die in Posen stattfinden muß, und zwar nicht eher als 3 Monate nach dem zuerst gefaßten Beschluß, bestätigt wird.

Zum zweiten entscheidenden Beschluß ist eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Anwesenden erforderlich.

Die Liquidation des Verbandsvermögens erfolgt durch eine besondere, von der letzten Generalversamm-

lung gewählte Kommission, die aus 6 Verbandsmitgliedern besteht.

Im Falle der Auflösung des Verbandes gehen die Fonds desselben in den Besitz des Vereins der Unterrichtshilfe des Namens Dr. Karl Marcinkowski in Posen über.

§ 13.

Das Mitglied, das aus dem Verbande austritt oder gestrichen wird, hat kein Anrecht auf die Fonds des Vereins, desgleichen auch die Erben im Falle des Todes eines Verbandsmitgliedes.

Der Verband löst sich ebenfalls nicht auf, falls irgend ein Mitglied austritt, stirbt oder in Konkurs gerät.

§ 14.

Rechnungsjahr des Verbandes ist das Kalenderjahr. Organ des Verbandes ist die Zeitung „Kupiec“ in Posen.

Vereinigung junger polnischer Kaufleute

(Zjednoczenie Młodzieży Kupieckiej)

mit dem Sitz in Posen.

Am 11. August 1907 ist auf Veranlassung des hier selbst bestehenden Vereins junger polnischer Kaufleute ein Verband der Vereine junger polnischer Kaufleute unter der Bezeichnung „Vereinigung junger Kaufleute“ gegründet worden. Dieser Organisation gehören gegenwärtig 59 Vereine mit etwa 2500 Mitgliedern an, sie erstreckt sich über die Provinzen Posen, Schlesien und Westpreußen. Neuerdings sind der Vereinigung beigetreten die Vereine junger Kaufleute in Stettin und Bochum. Das Verbandsorgan Przeglad Kupiecki (Kaufmännische Rundschau) schreibt dazu: Die engen Grenzen des Großherzogtums, Westpreußens und Schlesiens reichen nicht mehr zur Ausbreitung der Wurzeln unseres Organisationsstammes, wir gehen heute über die Grenzen unserer Heimat hinaus, denn wir erfreuen uns bereits der Zugehörigkeit etlicher Vereine in der Fremde.

Die Satzungen der „Vereinigung“ lauten:

§ 1.

Die Vereinigung junger Kaufleute hat ihren Sitz in Posen.

§ 2.

Zweck der Vereinigung ist die Gründung und der Zusammenschluß von Vereinen junger Kaufleute, die Unterstützung dieser Vereine in den im § 2 der Satzungen bezeichneten Bestrebungen.

Diesen Zweck sucht die Vereinigung zu erreichen durch:

- a) Unterhaltung eines Bureaus für Stellennachweis,
- b) Gewährung von Rechtsschutz im Falle des Streites zwischen dem Handlungsgehilfen und dem Arbeitgeber,
- c) Verlag der Zeitschrift Przeglad Kupiecki (Kaufmännische Rundschau), sowie Förderung oder Unterhaltung eines Verlages von Broschüren und Werken kaufmännisch-wirtschaftlichen Inhalts,
- d) Unterhaltung einer Wanderbibliothek,
- e) Gründung einer Sparkasse,
- f) Erteilung von Ratschlägen in kaufmännischen Angelegenheiten,
- g) Wahrnehmung aller Angelegenheiten, welche die Verbesserung des Standes der kaufmännischen Angestellten zum Gegenstande haben, sowie den kaufmännischen Stand im allgemeinen.

§ 3.

Die Behörden der Vereinigung sind:

- a) die Versammlung der Vereinsdelegierten,
- b) der Vorstand,
- c) der ausführende Ausschuß.

§ 4.

Zu der Delegiertenversammlung, welche durch den Vorstand der Vereinigung einzuberufen ist, entsenden die Vereine ihre Delegierten, welche ihr Stimmrecht gemäß § 15 der Satzungen der einzelnen Vereine ausüben.

Die Delegiertenversammlung findet im Laufe der ersten vier Monate eines jeden Jahres in der vom Vorstande der Vereinigung bestimmten Ortschaft statt.

Der Vorstand hat das Recht, außer der ordentlichen Jahresversammlung eine außerordentliche Versammlung der Delegierten einzuberufen, sofern die dringende Geschäfte dies erfordern. Ebenso beruft der Vorstand eine außerordentliche Versammlung auf Antrag eines Drittels aller Vereine ein.

Die Versammlung ist beschlußfähig, sofern die anwesenden Delegierten mindestens die Hälfte der Mitglieder der Vereinigung repräsentieren. Andernfalls ist im Laufe von 8 Wochen eine neue Versammlung einzuberufen, deren Beschlüsse ohne Rücksicht auf die Zahl der Delegierten rechtsgültig sind.

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Änderung oder Vervollständigung der Satzungen ist $\frac{3}{4}$ Stimmenmehrheit erforderlich.

§ 5.

Die Delegiertenversammlung

- a) prüft die Berichterstattung der Vereinigung und erteilt dem Vorstande Entlastung,
- b) wählt den Vorstand der Vereinigung und die Revisionskommission,
- c) vollführt die Änderung oder Vervollständigung der Satzungen der Vereine und der Vereinigung,
- d) prüft die Beschwerden ausgeschlossener Mitglieder,
- e) fällt die Beschlüsse über eingegangene Anträge,
- f) beschließt über die Gewinnverteilung,
- g) bespricht die Angelegenheiten der Vereine und des Standes der kaufmännischen Angestellten.

§ 6.

Der Tag der Versammlung wird den Vereinen 6 Wochen vorher durch den Przeglond Kupiecki bekannt gegeben.

Zwei Wochen vor der Versammlung gibt der Vorstand den von den Vereinen gewählten Delegierten die Tagesordnung, sowie den Inhalt der eingegangenen Anträge bekannt.

In der Delegiertenversammlung haben die Vorstandsmitglieder nur beratende Stimme.

§ 7.

Zur Stellung von Anträgen für die Delegiertenversammlung ist sowohl der Vorstand als auch jeder Verein berechtigt.

Anträge von Vereinen hat vorerst die Mitgliederversammlung zu beschließen.

§ 8.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und 14 Mitgliedern, die mittelst Zettelwahl mit Stimmenmehrheit durch die Vereinsdelegierten auf 3 Jahre gewählt werden.

Alljährlich scheiden in den beiden ersten Jahren je 5 Mitglieder durch Auslosung seitens des Vorsitzenden aus und demnächst nach der Amtsdauer. Wiederwahl ist zulässig.

In den Vorstand können zwei außerordentliche Mitglieder gewählt werden.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte:
den stellvertretenden Vorsitzenden,
den Schriftführer,
den Kassensführer,
den Bibliothekar,
den Redakteur,
9 Beigeordnete.

Der Vorsitzende, Schriftführer, Kassensführer, Bibliothekar und Redakteur müssen in Posen wohnen, sie bilden den ausführenden Ausschuß und vertreten die Vereinigung vor Gericht und Polizeibehörde.

Legt ein Vorstandsmitglied sein Amt nieder, so findet eine Vervollständigung durch Kooptation statt. Das kooptierte Mitglied versieht sein Amt bis zur nächsten Delegiertenversammlung, welche ein neues Vorstandsmitglied für diejenige Zeitdauer wählt, welche für das ausgeschiedene Mitglied vorgesehen war.

Der Vorstand hat zur Aushilfe einen Beamten, für dessen Tätigkeit der ausführende Ausschuß verantwortlich ist.

Die Entlohnung dieses Beamten beschließt die Delegiertenversammlung.

Ein Vorstandsmitglied, welches außerhalb seines Wohnortes Pflichten zu erfüllen hat, bekommt aus der Kasse der Vereinigung die Fahrkarte III. Klasse erstattet und ebenso eine Entschädigung gemäß Beschlusses des ausführenden Ausschusses.

§ 9.

Die Sitzungen des ausführenden Ausschusses finden mindestens einmal im Monat, die Sitzungen des Vorstandes mindestens einmal im Jahre vor der Delegiertenversammlung statt.

§ 10.

Die auswärtigen Vorstandsmitglieder haben die Pflicht,

- a) die Nachbarvereine mindestens einmal im Jahre zu besuchen und hierbei Vorlesung oder Vortrag zu halten,
- b) für deren Entwicklung zu sorgen.

Nach jedesmaligem Besuch haben sie dem ausführenden Ausschusse Anzeige zu erstatten und hierbei einen kurzen Bericht über die gemachten Wahrnehmungen bezüglich des Standes des Vereins zu geben.

Der ausführende Ausschuß bestimmt diejenigen Vereine, welche von den betreffenden Vorstandsmitgliedern zu besuchen sind.

§ 11.

Mitglieder, welche in Ortschaften wohnen, in denen keine der Vereinigung angeschlossene Vereine bestehen, überweist der ausführende Ausschuß denjenigen Vereinen, welche in den am bequemsten zu erreichenden Städten bestehen.

§ 12.

Aus von den Vereinen eingehenden Beiträgen bestreitet die Vereinigung die Kosten:

- a) für das Bureau (Mietsgeld, Entlohnung des Beamten, Druckkosten, Porto usw.),
- b) für den Verlag des „Przegłond Kupiecki“,
- c) für die Wanderbibliothek,
- d) für Reisen,
- e) für Organisation.

Druckkosten, welche zur Verwaltung der Vereine erforderlich sind und von der Vereinigung vorgestreckt werden, haben die Vereine zu tragen.

§ 13.

Das Vermögen der Vereinigung wird gemäß des Beschlusses der Delegiertenversammlung lokalisiert.

Für die Schulden der Vereinigung haftet nur deren Vermögen.

§ 14.

Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 15.

Die Vereinigung wird aufgelöst, sofern hierfür die Delegierten, die vier Fünftel der Mitglieder der Vereinigung repräsentieren, stimmen. Alsdann wird das Vermögen der Vereinigung für verwandte Zwecke bestimmt, und zwar nach dem Beschlusse der Delegierten.

Sollte die Auflösung der Vereinigung infolge anderer Umstände erfolgen, ohne daß eine Delegiertenversammlung einberufen werden könnte, dann entscheidet über das Vermögen der ausführende Ausschuß. Das Vermögen darf nur für Zwecke junger Kaufleute verwendet werden.

Die der „Vereinigung junger Kaufleute“ angeschlossenen „Vereine junger Kaufleute“ haben folgende

Satzungen:

§ 1.

Der Verein junger Kaufleute (Towarzystwo Młodzieży Kupieckiej) in ist eine Abteilung des Verbandes „Vereinigung junger Kaufleute in Posen“.

Das Verhältnis des Vereins zu der Vereinigung wird durch besondere Satzungen geregelt.

Im Interesse der einheitlichen inneren Verwaltung richtet sich der Verein nach den Bestimmungen der Vereinigung.

§ 2.

Der Verein bezweckt die Hebung des Standes der jungen Kaufleute und Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder:

I. unmittelbar durch:

- a) Abhaltung von Kursen, Vorlesungen und Besprechungen,
- b) Unterhaltung einer Bibliothek,
- c) Pflege des kollegialischen Verkehrs,
- d) Zusammenwirken mit verwandten Vereinen;

II. mittelbar mit Hilfe der Vereinigung durch:

- a) Unterhaltung eines Stellennachweises,
- b) Gewährung von Rechtsschutz in Streitfällen zwischen dem Arbeitgeber und dem Handlungsgehilfen,
- c) Herausgabe der Zeitschrift „Przegłond Kupiecki“ und Förderung der Herausgabe von Broschüren und Werken kaufmännisch-wirtschaftlichen Inhalts.

§ 3.

Die Mitglieder zerfallen in:

- a) ordentliche,
- b) außerordentliche,
- c) Ehrenmitglieder.

Ordentliche Mitglieder können nur Handlungsgehilfen, außerordentliche selbständige Kaufleute und dem Kaufmannsstande wohlgesinnte Personen sein.

Mitglieder, welche sich besondere Verdienste um den Verein erworben haben, können durch Beschluß der Jahresversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Das Diplom wird durch die Vereinigung ausgefertigt.

Ein Ehrenmitglied genießt die Rechte eines ordentlichen Mitgliedes und zahlt freiwillige Beiträge.

§ 4.

Die Anmeldung zur Mitgliedschaft hat schriftlich zu erfolgen. Auf Verlangen des Ausschusses ist eine Empfehlung von zwei Mitgliedern eines der Vereinigung angehörenden Vereins beizubringen.

über die Annahme beschließt der Ausschuß, welcher im Ablehnungsfalle zur Angabe der Gründe nicht verpflichtet ist.

Die Namen der neu eintretenden Mitglieder werden in der darauffolgenden Versammlung vorgelesen.

§ 5.

Das Wahlrecht und die Führung von Ämtern im Verein gebührt mit Ausnahme des im § 13 vorgesehenen Falles nur einem ordentlichen Mitgliede.

Die Mitglieder haben das Recht, sich an den im § 2 erwähnten Einrichtungen zu beteiligen, die außerordentlichen Mitglieder jedoch mit Ausnahme des Rechtsschutzes.

Freiwillig ausgeschiedene Mitglieder können wieder aufgenommen werden und zahlen kein Eintrittsgeld, wenn seit dem Austritt noch nicht 3 Jahre verflossen sind.

Die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes ruhen während des Militärdienstes. Drei Monate vor Beendigung desselben kann es jedoch den Stellennachweis in Anspruch nehmen.

Ein Mitglied, welches sofort beim Eintritt den Stellennachweis in Anspruch nehmen will, zahlt den halbjährlichen Beitrag im voraus.

Für Mitglieder, welche den Stellennachweis, den Rechtsschutz und die Bücherei in Anspruch nehmen wollen, sind die bezüglichlichen Bestimmungen der Vereinigung maßgebend.

Jedes Mitglied des Vereins ist gleichzeitig Mitglied der Vereinigung.

§ 6.

Das Eintrittsgeld beträgt 1 M., der Jahresbeitrag 8 M., einschließlich des Abonnementsbetrages für den „Przegłond Kupiecki“. Das Eintrittsgeld ist im voraus zu zahlen. Ebenso ist der Vierteljahresbeitrag von 2 M. im voraus zu entrichten.

Von der Zahlung des Eintrittsgeldes sind diejenigen Mitglieder befreit, welche bereits einem der Vereinigung angeschlossenen Vereine angehört haben.

§ 7.

Jedes Mitglied ist verpflichtet:

- a) den Satzungen und den Beschlüssen des Ausschusses, der Versammlung, des Vorstandes und der Delegierten-Versammlung nachzukommen,
- b) für die Ehre und das Interesse des Vereins und der Vereinigung einzutreten,
- c) jede ihm bekannt werdende offene Stelle dem Verein oder der Vereinigung sofort anzuzeigen,
- d) jeden Stellen- und Wohnungswechsel, jede freiwillige Aufgabe der Stellen, sowie Eintritt in das Militär und Austritt aus diesem dem Ausschusse anzuzeigen.

§ 8.

Die Mitgliedschaft erlischt durch:

- a) freiwilligen Austritt,
- b) Tod,
- c) Ausschluß.

Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, falls es keine Beiträge zahlt, namentlich, falls solche ungeachtet zweimaliger Aufforderung länger als ein halbes Jahr nicht entrichtet sind.

Der Ausschluß eines Mitgliedes ist erforderlich:

- a) wenn es gegen die Interessen des Vereins und der Vereinigung handelt,
- b) wenn es eine unehrenhafte oder schändliche Handlung begeht,
- c) wenn es sich aus Gewohnheit der Trunksucht und dem Kartenspiele hingibt,
- d) wenn es in Konkurs gerät.

Über den Ausschluß beschließt der Ausschuß mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit.

Dem ausgeschlossenen Mitgliede steht, falls es die rückständigen Beiträge entrichtet hat, das Recht der Berufung an den Vorstand der Vereinigung zu. Der letztere entscheidet nach Einholung der Information von beiden Teilen gleichfalls mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit.

Das ausgeschiedene, ausgeschlossene oder in Konkurs geratene Mitglied, sowie die Erben verstorbener Mitglieder verlieren sämtliche Rechte an den Verein und die Vereinigung und deren Vermögen.

Eine Auflösung des Vereins oder der Vereinigung findet weder durch Austritt noch durch Ausschluß, noch durch Tod eines Mitgliedes statt.

Die Mitglieder können vor Auflösung des Vereins oder der Vereinigung eine Verteilung des Vermögens, sowie des Gewinnes nicht verlangen.

§ 9.

Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 10.

Die ordentlichen Mitglieder wählen in geheimer Abstimmung mit absoluter Stimmenmehrheit einen Ausschuß, welcher aus 4 bis 9 Mitgliedern besteht.

Die Zahl der Ausschußmitglieder der einzelnen Vereine bestimmt der ausführende Ausschuß.

Die erstmalig Gewählten führen die Ämter bis zur nächsten Jahresversammlung, welche spätestens in der ersten Hälfte des Monats Februar jeden Jahres stattzufinden hat.

In der Jahresversammlung erfolgt die Neuwahl für ein Jahr.

Ausscheidende Ausschußmitglieder sind wieder wählbar.

Im Falle einer Stimmengleichheit bei Wahlen entscheidet das Los, welches von dem Vorsitzenden gezogen wird.

Sowohl von der Wahl als auch von der Änderung der Zusammensetzung der Ausschußmitglieder ist dem Vorstände der Vereinigung innerhalb einer Woche Mitteilung zu machen.

Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, den Schriftführer, den Kassierer, den Bibliothekar und die Beisitzer.

Falls im Laufe des Jahres ein Ausschußmitglied sein Amt niederlegt, vervollständigt sich der Ausschuß durch Kooptation.

Der Ausschuß amtiert unentgeltlich.

§ 11.

Der Ausschuß hält monatlich mindestens eine Sitzung ab. Auf Antrag von zwei Ausschußmitgliedern hat der Vorsitzende binnen 3 Tagen eine Sitzung einzuberufen.

Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Im Falle der Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Falls der Ausschuß nicht beschlußfähig ist, findet eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung statt; die in dieser Sitzung gefaßten Beschlüsse sind ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden verbindlich.

§ 12.

Der Vorsitzende ist der Vereinigung gegenüber sowohl für das ihm aufgetragene Amt, als auch für die anderen Beamten des Vereins verantwortlich, er beruft die Ausschußsitzungen sowie die Versammlungen ein und führt in ihnen den Vorsitz. Er hat über die Entwicklung und das Wohl des Vereins zu wachen und hat das Recht, jederzeit die Kasse zu revidieren.

In Behinderungsfällen des Vorsitzenden übernimmt dessen Pflichten der Stellvertreter.

Der Schriftführer erledigt den Schriftwechsel, führt die Protokolle in den Ausschusssitzungen und Versammlungen, die Mitgliederlisten und verwahrt die Akten.

Der Kassensführer zieht die Beiträge und sonstigen Einnahmen ein, besorgt die Ausgaben, und zwar nur gegen Belege, welche mit einem diesbezüglichen Vermerke des Vorsitzenden versehen sind; er führt die Bücher, Rechnungen und hat die Vierteljahrs- und Jahresberichte aufzustellen.

Der Bibliothekar unterhält ein genaues Verzeichnis der Bücher, wacht über deren guten Zustand, besorgt deren Annahme und Ausgabe und führt ein Verzeichnis der ausgeliehenen Werke. Er hat, soweit es sich um die Wanderbibliothek handelt, die Bestimmungen des Vorstandes zu befolgen. Er führt auch ein Verzeichnis des zum Verein gehörenden beweglichen Zubehörs.

Die Beisitzer befassen sich mit der Veranstaltung von Kursen, Ausflügen und Vergnügungen. Zur Aushilfe hierbei kann der Ausschuss eine Kommission wählen.

Briefe und Verfügungen sind mit gemeinschaftlichen Unterschriften des Vorsitzenden und des Schriftführers zu versehen.

Mitglieder des Ausschusses, welche zum Schaden des Vereins oder der Vereinigung handeln, können von dem Vorstande der Vereinigung ihres Amtes enthoben werden; in diesem Falle hat der Vorstand der Vereinigung dem Verein die Wahl neuer Beamten aufzutragen.

Das seines Amtes enthobene Mitglied des Ausschusses hat das Recht der Berufung an die Delegiertenversammlung.

§ 13.

Nach vorheriger Übereinkunft mit der Vereinigung kann die Jahresversammlung aus der Mitte ihrer außerordentlichen Mitglieder mittels Zettelwahl mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit auf 3 Jahre einen Ältesten (Kurator) wählen.

Der Älteste hat die Pflicht, das Vermögen des Vereins zu überwachen; es steht ihm das Recht zu:

- a) jederzeit die Kasse zu revidieren,
- b) in allen Vereinsangelegenheiten mit Rat und Tat zu dienen,
- c) an den Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 14.

Die Versammlungen zerfallen in:

- a) monatliche,
- b) jährliche,
- c) außerordentliche.

Außer den Monatsversammlungen finden in der Winterzeit mindestens alle zwei Wochen Besprechungen statt.

Der Tag der Versammlung nebst Angabe der Tagesordnung ist den Mitgliedern mindestens zwei Tage vorher zur Kenntnis zu bringen.

In der Jahresversammlung besprechen die Mitglieder den Jahresbericht, erteilen dem Ausschuss Entlastung, wählen den Ausschuss, den Delegierten und dessen Stellvertreter, die Revisionskommission und evtl. auch den Ältesten.

In dringenden Fällen beruft der Ausschuss eine ordentliche Mitgliederversammlung. Desgleichen hat der Ausschuss auf Antrag des Vorstandes der Vereinigung oder von $\frac{1}{5}$ der ordentlichen Mitglieder innerhalb zehn Tagen die außerordentliche Versammlung einzuberufen. Der Antrag hat den Grund der Einberufung zu enthalten.

Die Versammlung ist beschlussfähig, falls an ihr $\frac{1}{3}$ der ordentlichen Mitglieder teilnimmt, sofern der Verein weniger als 100 ordentliche Mitglieder hat; sie ist ferner beschlussfähig, wenn $\frac{1}{10}$ der ordentlichen Mitglieder an ihr teilnimmt, sofern dem Verein mehr als 100 ordentliche Mitglieder angehören.

Die Beschlüsse in den Versammlungen werden mit Stimmenmehrheit gefasst und verpflichten auch die nicht anwesenden Mitglieder.

Wenn eine Versammlung infolge unzureichender Mitgliederzahl nicht stattfinden kann, ist die nächste Versammlung mit derselben Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder verbindlich.

§ 15.

Zum Delegierten kann jedes ordentliche Mitglied gewählt werden. Die Namen der Delegierten und deren Vertreter sind dem Vorstande anzuzeigen. Der Delegierte eines Vereins, der weniger als 20 ordentliche Mitglieder zählt, hat eine Stimme. Jede weitere Zahl von 20 ordentlichen Mitgliedern berechtigt den Delegierten zu einer weiteren Stimme. Ein Bruchteil, der die Zahl 10 übersteigt, wird als volle Stimme erachtet.

Der Delegierte kann nicht mehr als 5 Stimmen vertreten.

Falls ein Verein mehr als 100 ordentliche Mitglieder zählt, entsendet er auf jede angefangene Zahl von 100 ordentlichen Mitgliedern einen weiteren Delegierten.

Das Jahrgeld für die III. Wagenklasse von dem Wohnorte des Delegierten zu dem Orte der Delegiertenversammlung sowie die vom Verein festgesetzte Entschädigung zahlt die Vereinskasse.

Der Delegierte hat in der nächstfolgenden Monatsversammlung über die Delegiertenversammlung Bericht zu erstatten.

§ 16.

Das Vereinsvermögen besteht aus:

1. Vermächtnissen,
2. dem Reservefonds,
3. dem beweglichen Zubehör,
4. dem Barbestand.

Von den Vermächtnissen wird in deren Sinne Gebrauch gemacht.

Dem Reservefonds fließen die Eintrittsgelder und der Überschuss in der von der Jahresversammlung beschlossenen Höhe zu. Eine Verfügung über den Reservefonds erfolgt nur auf Beschluss einer außerordentlichen Versammlung. Der Reservefonds wird in der nächstgelegenen Bank gemäß der Bestimmung des Vorstandes angelegt.

Auch einen Barbestand hat der Ausschuss, soweit es die Verhältnisse gestatten, in der Bank anzulegen.

Ein Ausleihen von Geldern ist nicht gestattet.

Das bewegliche Zubehör besteht aus der Bibliothek und den Geräten, die der Verein besitzt.

§ 17.

Die Auflösung des Vereins kann nur auf Beschluss von 90 Prozent der ordentlichen Mitglieder erfolgen. Der Vorstand der Vereinigung kann gleichfalls den Verein auflösen, falls derselbe die ihm durch die Satzungen auferlegten Pflichten nicht erfüllt oder wenn die Mitgliederzahl auf 4 herabsinkt. Die verbliebenen Mitglieder überweist der Vorstand der Vereinigung einem anderen Vereine. Das Vermögen des aufgelösten Vereins geht in den Besitz der Vereinigung über.

§ 18.

Für die Schulden des Vereins haftet nur dessen Vermögen.

§ 19.

Der Verein übersendet der Kasse der Vereinigung in Posen vierteljährlich und spätestens bis zum 15. Tage nach dem verflossenen Vierteljahr in bar 1 Mark Beitrag für jedes Mitglied, den Kassenbericht, einen kurzgefaßten Bericht über die Vereinstätigkeit und das Verzeichnis der neu aufgenommenen und ausgeschiedenen Mitglieder.

Den Jahresbericht übersendet der Verein spätestens bis zum 20. Februar.

§ 20.

Eine Änderung oder Vervollständigung dieser Satzungen bewirkt die Delegiertenversammlung.

Aus Nr. 1 des Kupiec (Posen)
vom 1. Januar 1911:

**Über die Pflicht des Kaufens
aus den polnischen Fabriken und Handels-
unternehmungen.**

Es ist bei uns noch gewiß zu wenig Verständnis für das gegenseitige Sichunterstützen. Wir wenden in der Praxis noch zu wenig die elementarsten, wirtschaftlichen Grundsätze an. Wir denken nicht oft genug darüber nach, daß, wenn irgend ein Volk in fremde Hände mehr Geld ausgibt, als es aus fremden Händen erhält, immer mehr verarmen und zum Verarmen der Fremden beitragen muß. Wenn wir also als Volk nach Wohlstand streben sollen, so müssen wir um die Bewegung unserer Gelder in unserer Gesamtheit besorgt sein und möglichst dem Abgange unserer Fonds außerhalb des Kreises unserer Gesamtheit vorbeugen. Die einzelnen Konsumenten müßten die Überzeugung haben, daß sie zum Wohlstand ihrer Gesamtheit dadurch beitragen, daß sie die Waren bei ihren Kaufleuten kaufen. Aber nicht immer haben sie diese Überzeugung. Wenn sie jedoch wissen, daß jener Kaufmann sämtliche Ware von fremden Firmen bezieht, dann folgern sie richtig daraus, daß ihr bei den Eigenen ausgegebenes Geld ausschließlich die Fremden bereichert und die Bewegung unserer Gelder auf diese Weise übermäßig schnell unterbrochen wird. Es müßte ganz anders geschehen, damit sich der Wohlstand der Gesamtheit hebe. Nicht nur der Konsument soll die Waren bei dem polnischen Kaufmann kaufen, sondern auch der Detailkaufmann soll von den polnischen Großhändlern die Waren beziehen, der Großhändler wieder von der polnischen Fabrik und die polnische Fabrik beschäftigt polnische Beamte und Arbeiter, der polnische Beamte und Arbeiter kauft wiederum die Waren bei dem polnischen Detailkaufmann. In ähnlicher Weise soll auch die Bewegung des Geldes vor sich gehen; es soll wieder zu der Masse der Gesamtheit, von welcher es ausgegeben wurde, zurückkehren. Auf diese Weise und dabei durch Arbeitsamkeit und Sparsamkeit können wir einen immer größeren Wohlstand erreichen. Wenn wir uns gegenseitig nicht unterstützen werden, so wird die Gesamtheit, wenn auch einzelne unter uns es zum Wohlstande bringen, immer ärmer erscheinen, wenn sie ihre Fonds in fremde Hände übergehen läßt.

So mancher Kaufmann wird vielleicht darauf antworten, daß er von Fremden oft die Ware vorteilhafter bezieht und daß er der Konkurrenz nicht gewachsen sein könnte, wenn er die Ware von den Einigen kaufen sollte. Vielleicht kommt das hin und

wieder vor. Man kann doch aber die unvorteilhaften Umstände beseitigen. Es entstehen immer mehr kaufmännische Vereine. Mögen ihre Mitglieder sich besprechen, aus welcher polnischen Fabrik oder Firma sie die Ware beziehen wollen, dann wird die Fabrik oder jene Handelsfirma gewiß solche vorteilhafte Bedingungen festsetzen, wie die Fremden. Durch die Tätigkeit in den Vereinen können die Kaufleute in dieser Hinsicht günstige Erfolge erreichen, damit unser Handel und Industrie wirklich zum Wohlstande der Gesamtheit beitragen.

Es ist wahr, daß wir noch nicht alle Waren aus den polnischen Fabriken beziehen können, aber wir haben schon viele polnische Erzeugnisse, welche wir so viel wie möglich gebrauchen müßten, um unsere Unternehmer zur Gründung weiterer Fabriken anzuregen und zwar zu solchen, welche Waren herstellen würden, die bis jetzt durch Polen noch nicht produziert werden.

Es ist gewiß noch sehr weit bis dahin, daß wir in der Bilanz des Nationalvermögens werden nachweisen können, daß wir in fremde Hände weniger Geld ausgeben, als wir von Fremden erhalten. Deshalb ist es durchaus nötig, daß wir uns gegenseitig unterstützen, um das Ziel zu erreichen. Individuen, welche die oben erwähnten Grundsätze nicht beobachten, widersetzen sich diesem Ziele und denken nicht daran, daß der Verlust, welchen die Gesamtheit durch ihre Schuld erleidet, unmittelbar auch ihr persönlicher Verlust ist.

Aus Nr. 1 des Kupiec (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Was kann uns wirtschaftlich heben?

Wir beabsichtigen nicht, über dieses Thema in erschöpfender Weise zu sprechen, sondern wir wollen nur die Bedeutung der Errichtung neuer Fabriken hervorzuheben.

Wir haben dies an einer anderen Stelle im heutigen Kupiec nachgewiesen, weshalb man seine Kaufleute und Industrielle unterstützen und warum die Kaufleute die Ware möglichst aus polnischen Fabriken beziehen sollen.

Wie sehr wir Fabriken gebrauchen, ersehen wir daraus, daß viel polnisches Geld in fremde Hände übergeht, obwohl es in unserer Gesamtheit verbleiben könnte, wenn wir mehr eigene Erzeugnisse konsumieren würden.

Außerdem wandern ganze Scharen unseres Volkes nach dem Westen, um in fremden Fabriken zu arbeiten. Wenn sie auch dort den Verdienst aus fremden Händen erhalten, so geben sie ihn größtenteils auch wieder in fremde Hände aus. Unsere Gesamtheit würde wohlhabender sein, wenn sie die Schar des arbeitenden Volkes zurückhalten und ihnen vorteilhafte Arbeit, welche sie im Westen suchen, geben könnte.

Ein anderer Beweggrund zur Gründung von Fabriken ist die allerbeste Verzinzung von Kapitalien, welche einzelne wohlhabende Individuen in der Gesamtheit besitzen. Manche Personen legen ihre Kapitalien in fremden Banken an, wo sie unserer Gesamtheit keinen Vorteil bringen. Die Kapitalien, welche in unseren Banken untergebracht sind, könnten sich in Fabrikunternehmungen besser verzinsen. Man könnte sie wohl in einer nicht prosperierenden Fabrik verlieren. Deshalb kann man eine Fabrik nicht leichtsinnig gründen, sondern man muß vor der Gründung

die Bedingungen ihres Bestehens gründlich zu erforschen suchen.

Einen der wohlhabendsten Stände in der Gesamtheit bilden die Landwirte, welche sich mehr als bisher für Gründungen von Fabriken interessieren müßten, um so mehr, da ihnen die Enteignung droht. Die Tschechen haben ihre Industrie dadurch entfaltet, daß unter ihnen alle wohlhabenden Bürger, besonders aber die Landbesitzer, sich mit ihrem Kapital an den Industrieunternehmungen beteiligen. Bei uns kämpft so manches Industrieunternehmen mit dem Mangel an dem nötigen Kapital und findet von keiner Seite Unterstützung, weil in unserer Gesamtheit kein volles Vertrauen zu dem Gewinn besteht, welchen die Industrie gibt. Dieses Vertrauen hat vielleicht in gewissem Maße die Erinnerung an die früheren größeren Fabriken, welche vor mehreren Jahren verkracht sind, untergraben. Aber auch der Fall einer großen polnischen Bank hat einstmals großen Schreck in unserem Landesteil hervorgeufen, aber gegenwärtig haben wir zahlreiche Banken und Genossenschaften, welche ausgezeichnet prosperieren. Ähnlich wie in den Banken, so ist auch in den Industrieunternehmungen strenge Kontrolle notwendig und dann wird man auch zu ihnen Vertrauen haben können.

Aus Nr. 1 des Kupiec (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Korrespondenz aus Argenau.

Die hiesigen polnischen und deutschen Kaufleute haben beschlossen, den Abnehmern keine Weihnachtsgeschenke zu verabsorgen. Es wurde sofort eine Sammlung für Arme in Argenau veranstaltet. Polen und Deutsche haben zu 10, 15, 20 und 30 Mark gegeben. Die gesammelte Summe wurde dem deutsch-protestantischen „Vaterländischen Frauenverein“ übergeben. Wir loben es, daß sich die Polen und die Deutschen verständigt haben, den Abnehmern Weihnachtsgeschenke, welche für die Kaufleute eine unnötige Last sind, nicht zu verabsorgen. Die Polen hätten aber es unter keinen Umständen dazu kommen lassen sollen, daß ihre Gaben in die Hände eines deutsch-protestantischen Vereins gegeben werden. Wir haben doch den St. Vinzentverein, und dort, wo ein solcher Verein nicht vorhanden ist, werden sich entsprechende Leute finden, welche die Gaben unter unsere Armen verteilen, oder für sie zu den Feiertagen nützliche Artikel kaufen würden, außerdem für arme Kinder Bekleidung und Schuhe. Wir haben keine Ursache, die deutsch-protestantischen Zwecke, wenn auch wohlthätige, zu unterstützen. Wir haben genug unserer Armut, deren wir uns annehmen sollten. Es ist nicht richtig, sie protestantischen deutschen Frauen anzuvertrauen.

Aus Nr. 1 des Kupiec (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Unter der Spitzmarke: „Die Tschechen lassen sich nicht“, schreibt der Kupiec unter anderem folgendes:

Um wieviel stehen die Tschechen höher da als wir! Wir polnischen Kaufleute haben nicht den Mut, mit unseren Lieferanten in polnischer Sprache zu korrespondieren. Die Deutschen würden dann mit uns Polen ganz anders umgehen. Durch solida-

risches Auftreten würden wir vor allen Dingen das erkämpfen, daß Hunderte unserer Jünglinge ihre Stellungen in größeren Unternehmungen erlangen würden —, wir würden auch noch das erlangen, daß zum polnischen Kaufmann ein polnischer Reisender kommen würde. Mit einem Worte, die deutsche Industrie- und Handelswelt würde mit uns als Abnehmer rechnen und uns als polnische Kaufmannschaft betrachten. Wenn wir alle bloß ein Jahr so handeln würden, dann würden wir schon die großen Erfolge sehen. Wir haben doch die Macht und Kraft dazu. Für gute Abnehmer wird alles getan, man muß sich aber auch selber achten. Man muß nur den Willen haben und alles andere findet sich von selbst. Die Tschechen haben auch nicht mit einem Mal das erobert, was sie gegenwärtig haben, nur langsam aber mit Ausdauer und Einigkeit. Ahmen wir ihnen nach, dann werden sie auch uns als rein polnische Kaufmannschaft behandeln müssen.

Aus Nr. 1 der Sika (Posen)
vom 10. Januar 1911:

Gostyn.

Am Schlusse des alten Jahres gründete man hier eine Handwerker-Filiale. Wiewohl die hiesigen Arbeiter schon lange organisiert waren, haben die Handwerker das Bedürfnis, sich zu organisieren, noch nicht gehabt. Wir haben daher den Anfang gemacht und sind überzeugt, daß besonders die Bauhandwerker unserer Filiale zuströmen werden. Die Erwerbsverhältnisse sind unter den Bauhandwerkern so kläglich, daß man sich wirklich ihrer schämen muß. Kollegen, wohin werden wir gelangen, wenn wir uns, so wie bisher, nicht um unser und unserer Familien Schicksal kümmern werden! Das ist doch unsere heilige Pflicht, sich um solche Verdienste zu bemühen, damit wir unsere Familien unterhalten können. Jeder Arbeiter und Handwerker weiß heute ganz genau, daß man die Verbesserung der Existenz nur mit Hilfe der Organisation erkämpfen kann. Daher dürfte es keinen einzigen Handwerker, keinen einzigen Arbeiter in ganz Gostyn und Umgegend geben, welcher der Vereinigung nicht angehört. Daher an die Arbeit, Brüder und Landsleute.

Aus Nr. 3 des Przemysławiec (Posen)
vom 15. Januar 1911:

Die polnische Industrie in der Fremde.

Von einem unserer tapferen Arbeiter in der Fremde erhalten wir einen Vortrag, der in dem Industrieverein in der Fremde gehalten wurde. Wir geben ihn seinem Inhalte nach wieder, in der Meinung, daß in dieser Angelegenheit eine Diskussion eintreten wird.

Mit der Zeit, wo das Auswandertum nach Westfalen und dem Rheinland anfang immer größere Ausdehnung anzunehmen und wo die Polen anfangen, in verschiedenen Orten neue Wohnsitze aufzuschlagen und sich mit ihren Familien anzusiedeln, da begannen auch die Handwerker, und besonders solche, denen es leichtmöglich war, irgend eine Werkstätte zu gründen, in die deutschen Gegenden auszuwandern. Zu den ersten

Pionieren des polnischen Handwerks in der Fremde, kann man dreist die Schneider zählen, denn dieser Beruf war in der Fremde zuerst vertreten.

Als es dem Schneiderhandwerk anfang, ziemlich gut zu gehen, fingen auch andere Handwerker an zu zuströmen und ich könnte heute nicht sagen, welcher Handwerker uns noch hier fehlen sollte. Heute ist hier fast jeder Zweig des Handwerks vertreten, es handelt sich nur darum, daß die Polen alles nur bei den Ihrigen kaufen möchten und unsere Industrie in der Fremde dadurch zur größeren Ausdehnung und zum Wohlstand gelangen könnte. Wir haben in der Fremde außer den Handwerkern eine ganze Schar Kaufleute, welche, nachdem sie ausreichende Mittel hatten und vordem in großen Industrien beschäftigt waren, verschiedene Geschäfte gegründet haben. Diese Leute haben sich vor allen Dingen schon aus dem Grunde den Namen eines Kaufmannes verdient, da sie, wenn sie auch von Jugend auf in einem Kolonial- oder anderen Geschäft nicht gelernt haben, heute doch große Geschäfte besitzen, welche mit solchen Geschäften wetteifern können, deren Inhaber schon von Jugend auf gelernt haben. Diese Leute von der schweren Arbeit verdienen gerade das Lob, daß sie es heute durch ihre Kenntnisse so weit gebracht haben, und es dürfte deshalb hier in der Fremde nicht vorkommen, daß andere Industrielle, welche irgend eine Lehre genossen haben, diese Leute als nicht ihresgleichen betrachteten sollten.

Trotzdem, wie ich schon angedeutet habe, die polnische Industrie in der Fremde ziemlich zahlreich vertreten ist, so kann ich doch nicht sagen, daß es es ihr gut ginge. Es gibt eine große Anzahl polnischer Handwerker, denen es gut geht, es gibt aber auch dreimal soviel solche, welche ein sehr einfaches Leben führen.

Ich habe mich sehr darüber gewundert, wo hier der Grund zum Bösen liegt und ich kam zu der Überzeugung, daß der Grund darin liegt, daß unsere Gewerbetreibenden zu wenig Reklame machen und deshalb können sie die kaufenden Polen nicht so heranziehen, wie es die Juden und Deutschen machen und infolgedessen hören unsere Landsleute so wenig von der polnischen Industrie, sie verlieren das Vertrauen zu den Ihrigen und meiden deshalb ihre Geschäfte.

Es gibt unter uns Polen sehr viel Neider.

Wenn es einem ziemlich wohl geht, dann findet sich oft ein „Kollege“ aus der Industrie und wiegelt seine Landsleute auf, damit sie den oder jenen, oft vielleicht aus persönlichen Gründen, meiden sollen. Es würde zu weit führen, wenn ich hier die Einzelheiten auseinanderlegen sollte, meine Absicht ist die Beschreibung der Ausstellung, welche auch hier in der Fremde veranstaltet werden müßte. Das Projekt wird vielleicht manchen verwundern, die Mehrzahl hat schon darüber in ihren Versammlungen diskutiert, deshalb wird das Projekt nicht mehr neu sein, es handelt sich bloß heute darum, daß wir gemeinschaftlich beratschlagen, ob solche Ausstellung einen Zweck hätte.

In Anbetracht dessen, daß die polnische Industrie in der Fremde erst in der Entwicklung steht und das traurigste noch, daß so viele hiesige Kaufleute und Industrielle die Industrievereine meiden, erscheint die Veranstaltung einer Ausstellung wirklich wenig vorteilhaft. Jedenfalls ließe sich diese Angelegenheit bei gutem Willen durch die tatkräftige Unterstützung der Presse auch in unserem Bezirk durchführen. Es wird viel Mühe und Ausdauer nötig sein, denn es ist richtig, was der Mensch will, führt er auch durch und diese Meinung bezieht sich nicht nur auf die einzelnen, sondern auf die ganze Gesamtheit. Nur der feste Wille

und Ausdauer schaffen prachtvolle Werke, wie unser unsterblicher Dichter Adam Mickiewicz treffend sagt: „Messe nicht die Kräfte nach der Absicht, sondern die Absicht nach den Kräften.“

Während ich nun heute über die Ausstellung in der Fremde gesprochen habe, kann ich behaupten, daß ich mich, nachdem ich Gelegenheit hatte, an verschiedenen Versammlungen der Industrievereine teilzunehmen, genau überzeugt habe, daß die Gesamtheit der hiesigen Industriellen den Gedanken sehr sympathisch aufgenommen hat und daß sich viele hiesige bedeutende Handwerker und Industrielle für die Ausstellung interessieren. Der Gedanke, eine Ausstellung zu veranstalten, beschäftigt mich selbst schon seit langer Zeit. Ich habe heute die Absicht, den geehrten Herren, wenn auch nur in wenigen Worten, die Skizze vorzutragen, ich kann aber eine Ausstellung nicht veranstalten, weil ich nicht weiß wann und wo. Das hängt vielleicht nur von weiteren Beschlüssen und von der Mehrheit ab. Heute geht es mir um den Nachweis, ob die Ausstellung einen idealen und materiellen Erfolg haben wird. Daß die Ausstellung einen idealen Erfolg haben wird, kann schon heute jeder sagen, ob sie aber materiellen Erfolg haben wird, das läßt sich heute schwer sagen, und es kann nur von den Veranstaltern der Ausstellung und von der Unterstützung durch zahlreiche Besuchen abhängen.

Ich habe schon am Anfang erwähnt, daß das polnische Volk in der Fremde garnicht weiß, wie es vorteilhaft und ausgezeichnete Ware bei den Einigen kaufen kann, denn die Gesamtheit der Industriellen erkennt das nicht an, daß die fortwährende Ankündigung und Reklame ihrer Erzeugnisse ihr mehr Abnehmer zuführt. Durch das Ausstellen der Waren werden viele Landsleute nach der Ausstellung eilen, so mancher wird das sehen, was er noch nicht gesehen hat, und sie werden sich überzeugen, daß die Industriellen sich mit Andersgläubigen messen können.

Wir wissen oft nicht, was wir besitzen. So mancher polnische Industriezweig kann als bescheiden blühendes Weilchen, dadurch, daß es zur Schau ausgestellt wird, zu einer üppigen Blume aufwachsen. Durch die Ausstellung werden wir näher bekannt und wir stellen fest, was wir haben und was uns noch fehlt. So mancher Handwerker, der irgend einen Gegenstand ausstellt und mit irgend einer Auszeichnung belohnt wird, rafft sich mit größerer Lust zur Arbeit, und er wird immer mehr vervollkommen, um zur immer größeren Vollkommenheit zu gelangen. Daselbe wird auch mit dem Publikum sein.

Es wird oft jemand infolge persönlicher Mißgriffe nicht geringe Klatschereien in die Welt loslassen, daß dieser oder jener geringe Ware hat, oder daß er ein schlechter Handwerker ist, und dadurch meiden ihn sehr viele. In der Ausstellung kann ein solcher Handwerker zeigen, was er kann, und solch ungehörige, ihn schädigende Behauptungen trefflich zurückweisen. Wenn ich ähnliche Einzelheiten besprechen sollte, so würde die heutige Zeit zu kurz sein. Ich kann dreist behaupten, daß die Ausstellung in der Fremde uns große Vorteile bringt; das polnische Volk in der Fremde unterstützt wirklich solche Handwerker, welche es mit guten Waren bedienen und überzeugend nachweisen, daß sie mit den Fremden konkurrieren und daß sie ausgezeichnete Ware usw. haben.

Der amerikanische Millionär Vanderbilt hat gesagt: Wie kann die Welt erfahren, daß Du etwas Gutes hast, wenn Du es ihr nicht verkündest?

Eine Ausstellung ist eine greifbare Reklame. Dort stellt mir jener Kaufmann oder Handwerker seine Ware, seine Erzeugnisse usw. vor und überzeugt mich augenscheinlich, daß es sich lohnt bei ihm zu versuchen zu kaufen oder zu bestellen. Daher wird sich gewiß die Mehrzahl der Kaufleute mit der Zeit überzeugen, daß sie Fehler begeht und ihre Gegenstände in der Ausstellung ausstellen und mehr ankündigen. Wenn die Ausstellungen überflüssig sein sollten, dann würden sie alle zivilisierten Nationen nicht veranstalten, aber ich habe mich überzeugt, daß die Ausstellungen der Gesamtheit ungeheure Vorteile bringen; deshalb veranstaltet man überall so viele Ausstellungen. Ich habe wirklich nicht die Absicht, in der Fremde eine Ausstellung in den Mäßen zu veranstalten, daß sie mehrere Hunderttausend Mark kosten sollte.

Zu Anfang würde uns z. B. in einem kleinsten Orte mit guter Bahnverbindung und in welchem viele Polen wohnen ein größerer Saal auf etwa zwei Wochen ausreichen. In diesen Saal veranstalten wir die Ausstellung. Die Kaufleute können ihre Waren, die Handwerker ihre Handarbeiten usw. ausstellen.

Wir haben so viele tüchtige Handwerker, daß es uns an Ausstellern gar nicht fehlen kann. Die Pacht eines solchen Saales kann uns meiner Ansicht nach gar nichts kosten. Die entstehenden Kosten können durch ein bescheidenes Eintrittsgeld, an welchem sich die ganze Gesamtheit aus der nahen und weiten Umgegend beteiligt, gedeckt werden. In die weiteren Geheimnisse dieser Ausstellung werde ich mich nicht vertiefen, sondern ich überlasse das der Kommission, welche das spezielle Projekt und die Berechnung solcher Ausstellung ausfertigen müßte. Der Bezirksvorstand müßte dann auf Verlangen dieser Kommission eine Delegiertenversammlung der Industriellen einberufen, in welcher die Kommission das ganze Programm über die Veranstaltung der Ausstellung bekannt geben wird, und diese Delegierten können dann beischließen, welche Zeit für die Ausstellung die entsprechendste sein wird.

Das wäre so die kurze Skizze über die Veranstaltung einer Ausstellung. Ich appelliere an die Herren Kaufleute und Industriellen, daß sie aufrichtig darüber nachdenken und prüfen, in welcher Weise uns eine solche Ausstellung gelingen wird, und wenn wir dieses Werk zur Ausführung gebracht haben werden, dann können wir auf uns stolz sein, daß wir in der Fremde ein Fundament für die heimische Industrie angelegt haben, auf welchem wir ein großes Gebäude aufbauen werden, welches niemals zusammenstürzen kann.

Viel Glück!

Aus Nr. 6 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 8. Januar 1911:

Rafel, den 6. Januar.

Bei ziemlich zahlreicher Beteiligung fand heute im Bukowski'schen Hotel die Generalversammlung des hiesigen Sokolvereins statt. Den Vorsitz führte der Veteran auf dem Felde der nationalen Arbeit in unserer Stadt, Kamerad Viktor Dettloff, Schriftführer war Kamerad Bzierski. Aus den Berichten des bisherigen Vorstandes haben wir erfahren, daß der hiesige Sokolverein im vergangenen Jahre eine sehr lebhafteste Tätigkeit entfaltet und sich gut entwickelt hat. Er zählt gegenwärtig 40 Kameraden, eine bedeutende Schülerabteilung und außerdem eine zahlreiche Schar eifriger Kameradinnen. Ferner hat Kamerad Zygmanski eine Sängerebene gebildet, in welcher die Kameraden entsprechende Lieder einüben.

In den neuen Vorstand wurden gewählt:

Balcerzak, Vorsitzender,
Przybylski, Schriftführer,
Jaroch, Kassierer.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt:

Zygmanski, Vertreter des Vorsitzenden,
Kameradin M. Dettloff, Vertreterin des
Schriftführers,

Johann Ronka, Turnwart,
Winklowski, Vertreter des Turnwarts,

ferner die Kameraden

Rybarczyk, Galas und Depta, sowie
Vincent Dettloff zum Turnwart der Damen-
riege.

Nach Vollziehung der Wahlen sprach zu den Versammelten Kamerad Teska aus Bromberg, der sie zu weiterer, ausdauernder Arbeit unter der Standarte des Sokol ermunterte. Er drückte seine Anerkennung jenen aus, die, ohne auf die Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten zu achten, für die Sokoliden arbeiten, und er bedauerte, daß sogar in unsern Institutionen Leute vorhanden seien, die den Sokol nicht unterstützen. Von den „geborenen“ örtlichen Führern lohne es sich überhaupt nicht mehr zu sprechen. Mit dem Wunsche, daß das neue Jahr dem Sokol in Rafel ebenso günstig sein möge wie das verflossene, schloß Redner seine Ansprache. Im Anschluß an seine Worte dankte der Vorsitzende für die Ermunterung und Anerkennung. Heil!

Aus Nr. 8 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 11. Januar 1911:

Argenau.

Ein Germanisationsabend ist im Saale der Zuckerrafel in Großendorf veranstaltet worden. Der Lehrer Meyer, der alles arrangiert hat, sprach über „Schule und Haus“ und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser und „Dagezland über alles“. Die Schulkinder deklamierten, sangen und spielten auch ein Theaterstück.

Solche Abende können gut sein, aber nicht für polnische Kinder. Für diese letzteren ist es wirklich ein Glück, daß sie nicht so viel deutsch verstehen, um alles zu begreifen. Anstatt solcher Abende ist unsern Kindern polnischer Unterricht und Religionsunterricht in polnischer Sprache notwendiger, denn nur dann werden sie sich das aneignen, was sie im Leben gebrauchen. In anderen Ländern erkennt man die Notwendigkeit eines solchen Unterrichts an, nur in dem kulturellen Preußen urteilt man hierüber anders.

Aus Nr. 9 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 12. Januar 1911:

Eine merkwürdige Anordnung

haben die Lehrer der Schule in der Kaiserstraße in Bromberg erlassen. Wie uns manche Eltern klagen, haben die Lehrer angeblich den Kindern befohlen, die Mütter zu ihnen zu bestellen, um Erklärungen darüber abzugeben, in welcher Kirche und in welcher Sprache ihnen der Vorbereitungsunterricht für die heiligen Sakramente erteilt wird. Viele abhängige Leute, deren Kinder zum polnischen Religionsunterricht gehen, fürchten, daß man sie zwingen wird, ihre Kinder in die Jesuitenkirche zu schicken. Unserer Ansicht nach sind die Eltern nicht verpflichtet, in dieser Angelegenheit den Lehrern Erklärungen abzugeben, die für sie doch keine Obrigkeit bedeuten.

Aus Nr. 9 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 12. Januar 1911:

Goscieradz, den 10. Januar.

Bei uns hat die Wahl des Schulzen stattgefunden, und wir haben für dieses Amt den allgemein geachteten und aufgeklärten Wirt Wl. Kozłowski gewählt. Indessen hat der Kreisausschuß mit dem Landrat an der Spitze die Bestätigung verweigert. Anstatt nun neue Wahlen auszuscheiden, wie dies die Landgemeindeordnung vorschreibt, hat der Landrat mit Übergehung angesehener und zur Verwaltung des Schulzenamtes befähigter Leute als Vertreter des Schulzen einen Häusler bestellt, der hier kaum dem Namen nach bekannt ist und weit hinter dem Dorfe dicht bei Okolko wohnt. Sowohl der Vertreter, als auch die beiden vom Landrat ernannten Schöffen sind Andersgläubige, wenn es auch in unserer ganzen großen Gemeinde nur vier lutherische Familien gibt. Aus diesem Grunde ist die Entrüstung allgemein und groß. Augenscheinlich sollten die 600 M. Gehalt, die der Schulze erhält und zu denen wir beitragen, zusammen mit den fünf Morgen Acker einem Andersgläubigen zufallen. Nicht besser geschieht es in den benachbarten Dörfern Tryszyn und Wielno. Auch dort sind die Schulzen Deutsche und Andersgläubige. Es ist also zu sehen, daß man nicht nur der Herrngunst, sondern auch der Gerechtigkeit nicht trauen darf.

Aus Nr. 9 des Lech (Gnesen)
vom 12. Januar 1911:

Polen auf deutschen Hospereien.

Man schreibt uns aus Janowitz:

Am letzten Sonnabend veranstaltete das Personal des „Kaufhauses“ in einem jüdischen Saal ein Vergnügen. An diesem Vergnügen beteiligten sich leider auch zahlreiche Polen, und zwar aus den Kreisen der Intelligenz (der Korrespondent führt auch die Namen auf), was um so mehr zu bedauern ist, als bekanntlich das „Kaufhaus“ zu dem Zwecke gegründet ist, die polnischen Kaufleute zu ruinieren und dem bedrückten Deutschtum zu helfen, also ausgesprochen antipolnische Ziele verfolgt.

Manche Polen vergessen augenscheinlich, was ihnen ihre Würde und ihr Nationalstolz diktiert müßte. Wahrscheinlich werden auch auf dem Ball des Herrn Kommissars manche hervorragenden Polen sein! Sehr traurig!

Aus Nr. 11 des Lech (Gnesen)
vom 14. Januar 1911:

Es wird dem polnischen Volke nicht empfohlen,

in den Dienst deutscher Ansiedler zu treten. Die Gerichte sind mit Streitsachen zwischen polnischen Bediensteten und Ansiedlern überlastet. Es beginnt mit Herausforderungen und Schimpfworten und endet mit dem Verlassen des Dienstes, der zwangsweisen Zurückführung in den Dienst und einen Zivil- oder Strafprozeß.

Polen, die bei Ansiedlern dienen, können auch die katholischen Feiertage nicht innehalten.

Aus Nr. 12 des Lech (Gnesen)
vom 15. Januar 1911:

Die Sorge um den morgigen Tag.

Die auch von uns gebrachte Nachricht über das päpstliche Dekret, das den Geistlichen verwehrt, den Vorständen und Aufsichtsräten finanzieller Institutionen anzugehören, hat in weiten Kreisen unserer Volksgemeinschaft berechtigte Unruhe hervorgerufen. Ein großer Teil unserer Genossenschaften gebraucht heute nicht nur die Arbeit der Geistlichen, sondern vor allen Dingen auch ihren moralischen Einfluß. Unsere kleineren Genossenschaften verfügen noch nicht über die nötigen Mittel, um sich fachmännisch ausgebildeter Männer bedienen zu können, d. h. solcher Leute, die ausschließlich für sie arbeiten; sie müssen sich also der am Orte vorhandenen Kräfte bedienen, unter denen in der überwiegend größten Anzahl von Fällen der Geistliche die geeignetste Person sein wird. Eine Institution, in welcher ein Geistlicher arbeitet, gewinnt auch sofort Vertrauen und entwickelt sich vortrefflich.

Wenn daher das päpstliche Dekret in der Praxis streng angewandt werden würde, könnte es die Existenz zahlreicher Genossenschaften untergraben und unserer Volksgemeinschaft nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen.

Inzwischen hat uns aber bereits der Verbandstag der Genossenschaften am Donnerstag davon überzeugt, daß dieses päpstliche Dekret für unsere Landesteile einer besonderen Interpretation unterliegen wird. Wenn wir richtig informiert sind, wird es den Geistlichen auch weiterhin gestattet sein, den Vorständen und Aufsichtsräten unserer Genossenschaften anzugehören. Der geistlichen Behörde steht indessen das Recht zu, ihnen dies zu verbieten.

Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß eine solche Sachlage durchaus nicht ideal ist. Heute haben wir eine polnische geistliche Behörde, die man schließlich von der Nützlichkeit der Geistlichen in den Vorständen und Aufsichtsräten der Genossenschaften, auch mit Rücksicht auf die Interessen der katholischen Kirche, überzeugen kann. Morgen wird eine Behörde vorhanden sein, die vielleicht das Interesse des preussischen Staates und des Deutschtums an die erste Stelle setzen und unsern Geistlichen verbieten wird, Ämter in den Vorständen und Aufsichtsräten der Genossenschaften anzunehmen. Wir müssen mit dem äußersten Falle rechnen, daß alle Geistlichen aus den Vorständen und Aufsichtsräten unserer Genossenschaften austreten werden. Wenn wir auf diesen Fall nicht gehörig vorbereitet sein werden, so kann dies leicht zur Krise in unserer genossenschaftlichen Organisation führen. Deshalb müssen wir bei Zeiten daran denken, uns unter der weltlichen Bürgerschaft eine Schar befähigter Leute zu sichern, die sich des allgemeinen Vertrauens erfreuen und eventuell jeden Augenblick diese Lücken ausfüllen könnten. Deshalb müssen dort, wo geeignete Kräfte vorhanden sind, neben den Geistlichen in die Vorstände und Aufsichtsräte durchaus weltliche Personen gewählt werden, damit diesen Gelegenheit geboten wird, sich gehörig auszubilden. Außerdem müssen häufiger als dies bisher der Fall gewesen ist, Genossenschaftskurse abgehalten werden, es muß entsprechende Literatur herausgegeben und verbreitet werden, mit einem Worte, man muß alles tun, um sich eine Schar weltlicher Leute heranzuziehen, die befähigt sind, selbständig Volksbanken, Rolniks, Kaufhäuser usw. zu leiten.

Die Vorsicht gebietet, daß wir auf alles vorbereitet sind, damit wir uns nicht unangenehm und in ihren Folgen fatalen Überraschungen aussetzen.

Aus West- und Ostpreußen

Aus Nr. 5 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 12. Januar 1911:

Graudenz.

Herr Suwalski aus Pr. Stargard hat vor drei Wochen von dem Ehepaar Kopper in Gruppe eine 211 Morgen große Wirtschaft für 57 400 Mark gekauft. Er hat sie an einen Herrn Wilowski in Bolleschin für 75 000 Mark verkauft.

Aus Nr. 6 der Nasza Gazeta (Pr. Stargard)
vom 14. Januar 1911:

Odri, Kr. Konitz.

Unser Landsmann Herr Wojak aus Neu-Pruß hat das Grundstück des Deutschen Gomoll für 6000 Mark gekauft. Dem Käufer ein Glückauf!

Aus Nr. 7 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. Januar 1911:

Aus Kl. Kommorsk

wird uns mitgeteilt, daß drei Polen dort Wirtschaften von Deutschen gekauft haben und zwar die größten im ganzen Dorfe. Und so haben gekauft: Herr Szczepanski aus Kommorsk die Besitzung des Herrn Kintop, Herr Gaca aus Dombrowko die Besitzung des Herrn Wiek und Herr Schmied aus Kommorsk die Besitzung des Herrn Altmann. — Den Käufern ein Glückauf! (Die Red.)

Aus Nr. 7 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. Januar 1911:

Aus Niedergruppe bei Graudenz

wird uns eine freudige Nachricht mitgeteilt. Die Gebrüder Szolcinski aus Warlubien haben nämlich in Niedergruppe eine 160 Morgen große Wirtschaft für 53 000 Mark aus deutschen Händen gekauft. Es muß hergehoben werden, daß es bis vor noch nicht langer Zeit in Niedergruppe keinen einzigen Polen gegeben hat, es jetzt aber ihrer schon vier gibt, und alle sind Abonnenten der Gazeta Grudziadzka. Den Deutschen paßt es natürlich nicht, daß die Polen dort Land aufkaufen, und sie behaupten, daß sie es zu billig erhalten hätten. Wie wir jene Volksgenossen persönlich kennen, sind wir überzeugt, daß sie das gekaufte Land nicht aus ihren Händen lassen werden. Den Käufern ein Glückauf! (Die Red.)

Aus Nr. 5 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 12. Januar 1911:

„Warum fordern die preußischen Polenfreßer so gewalttätig eine Massenenteignung?“

überschreibt sich ein längerer Artikel der Gaz. Grudz., in dem es u. a. heißt:

Es gibt aber noch einen dritten Grund, weshalb die preußischen Polenfreßer und die polenfreßerischen Blätter, wie die „Rheinisch Westfälische Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“ usw. sich so sehr nach einer Massenenteignung der Polen sehnen. Die oben erwähnten polenfreßerischen Blätter sind vor allen Dingen Organe der Kohlenbarone, Hüttenbesitzer, der kolossalen Fabriken und der Großindustrie im Westen, mit einem Worte der deutschen Unternehmer, die hauptsächlich von der Benachteiligung des Arbeiters leben und nur daran denken, wie sie sich in Zukunft noch mehr auf Kosten des Arbeiters bereichern könnten.

Vertreter dieser deutschen Unternehmen im Reichs- und Landtage sind die Nationalliberalen und Freikonservativen. Warum geht es nun diesen Organen und Vertretern jener deutschen Unternehmen so sehr um eine Massenenteignung der Polen? Deswegen: Wenn den Polen Hunderttausende von Hektar an Grund und Boden entzogen werden und sie von den deutschen Ansiedlern zerstückelt werden, welches werden dann die weiteren Folgen sein?

Es werden dann nämlich Hunderttausende polnischer Arbeiter, die bisher auf polnischen Wirtschaften und Gütern beschäftigt sind, beschäftigungslos werden, und sie werden sich in fremden Gegenden Arbeit suchen müssen. Deshalb sehen auch wohl die Kohlenbarone und andere deutsche Unternehmer schon im Geiste, wie diese Massen polnischer Arbeiter, die infolge der Enteignung beschäftigungslos geworden sind, sich zu den Gruben, Hütten und Fabriken im Westen drängen und wie sie die Reserve der Arbeitsarmee um ganze Hunderttausende verstärken werden. Und dann wird der Weizen der Herren Unternehmer, Kohlenbarone usw. blühen. Dann werden sie mit noch größerer Schädigung des Arbeiters ihren Gewinn vermehren, und die Arbeiter werden nicht in der Lage sein, sich der schändlichsten Ausbeutung zu widersetzen. Es ist klar, wenn infolge einer Massenenteignung Hunderttausende von polnischen Arbeitern nach dem Westen geworfen werden, daß sich dann der Arbeitswert, der Verdienst der heute dort beschäftigten Arbeiter verringern muß. Die Unternehmer werden diese Gelegenheit gewiß ausnützen und die Löhne erniedrigen, weil die Arbeiter geradezu wehrlos sein werden. Wenn sie zu dem ihnen von den Unternehmern gewährten Lohn nicht werden arbeiten wollen, dann verlieren sie die Arbeit überhaupt, und ihre Stelle werden dann die neuen Ankömmlinge aus den polnischen Gegenden einnehmen, welche um sich und ihre Familie vor dem Hungertode zu retten, für jeden Preis arbeiten werden.

Ein ungeheurer Zufluß eines derartig billigen Arbeiters kann den Unternehmern Gelegenheit geben, die Macht des organisierten Arbeiters zu brechen und die Abhängigkeit des Arbeiters in hohem Maße zu vergrößern.

Eine Massenenteignung kann also eine schreckliche Katastrophe für die in den Gruben und in der Großindustrie des Westens beschäftigten Arbeiter werden; das wissen die Unternehmer recht gut, und das wünschen sie auch. Darum fordern auch ihre Blätter und Vertreter im Reichs- und Landtage, die nationalliberalen und freikonservativen Abgeordneten, so gewalttätig eine Massenenteignung der Polen. Also das brutale materielle Interesse, die Absicht, den Schaden anderer, sogar der Ärmsten, des armen Arbeiters auszunutzen, ist ein Grund dafür, daß sie die Enteignung fordern.

Aus Nr. 10 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 13. Januar 1911:

In einem

„Unsere Jugend“

überschriebenen Artikel der Gaz. Tor. heißt es u. a.:

Wir müssen also nach drei Richtungen hin an die Arbeit herangehen. Wir müssen uns um die Schaffung irgend einer Institution bemühen, die in erlaubtem Rahmen die Jugend unter 18 Jahren unter ihre Fittiche nimmt. Solche Institutionen bestehen schon in den anderen Gebietsteilen Polens, und das sind die Handwerkerlehrlingsvereine. In ihnen wird die aus der Schule entlassene und ins praktische Leben eintretende Jugend von den Grundsätzen durchdrungen, die auf ihrem weiteren Lebenswege zu Bürgertugenden werden.

Ein Jüngling, der einem Lehrlingsverein, welcher unter der Obhut eines weltlichen oder geistlichen Patrons steht, angehört hat, wird, wenn er 18 Jahre alt geworden ist, zweifellos nicht für sich allein gehen, sondern sich einem Berufs- oder politischen Verein anschließen und ein nützliches Mitglied dieses Vereins werden. Damit werden sich auch die Klagen über die Gleichgültigkeit der Jugend gegenüber polnischen Vereinen verringern. Es müßten aber unsere Vereine hinsichtlich der Aufklärung reformiert werden.

Aus Nr. 6 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 14. Januar 1911:

„Etwas über das Sokolturn“

überschreibt sich ein längerer Artikel der Gazeta Gdańska, indem es u. a. heißt:

Am traurigsten stellt sich die Sache in Westpreußen dar, obwohl sich auch hier in den letzten Jahren die Verhältnisse bedeutend gebessert haben. In Westpreußen bestanden bzw. bestehen noch Sokolvereine in folgenden Ortschaften: Thorn, Briesen, Schönebeck, Löbau, Kulm, Graudenz, Pöplin, Fr. Stargard, Berent und Danzig. Leider besteht der größte Teil dieser Vereine nur auf dem Papier. Günstig entwickeln sich nur die Vereine Thorn, Löbau, Graudenz und Kulm. Im Oktober v. Js. haben wir den Danziger Sokolverein aus der Lethargie erweckt, und wir hoffen, daß sich dieser Verein halten wird und daß keine Schwierigkeiten ihn in seiner Entwicklung werden aufzuhalten vermögen. Dagegen führen alle anderen Turnvereine in Westpreußen entweder ein schwindsüchtiges Dasein oder sie sind ganz eingegangen. Die Ursache für diese schlechte Entwicklung muß in den inneren Verhältnissen der betr. Ortschaften oder in dem Mangel an Energie und Verständnis für die Sokolziele der Mitglieder und Vereinsvorstände gesucht werden.

Aus Nr. 6 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 14. Januar 1911:

In der Angelegenheit des päpstlichen Dekrets über die Beteiligung der Geistlichen an Finanzinstituten

schreibt die Gazeta Gdańska u. a.:

Und welche Wendung wird diese Angelegenheit bei uns nehmen? Von den Diözesanverwaltern wird es abhängen, ob unsere Geistlichen in unseren Genossenschaften werden weiter arbeiten können oder nicht. Was wird aber dann werden, wenn die Bischofsstühle im preussischen Teilgebiet von uns nicht geneigten Bischöfen besetzt sein werden? Alles das muß bei Zeiten in Erwägung gezogen werden, damit später die Gesamtheit darunter keinen Schaden leidet.

Aus Nr. 7 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 17. Januar 1911:

Ein schweres Schicksal für die Zeitungen.

Der Reichstag hat am Donnerstag einen Beschluß gefaßt, der sich als ein schrecklicher Schlag für die Zeitungen und besonders für die polnischen Zeitungen darstellt, die dank der Machenschaften der preussischen Polenfreier in so unerhörter Weise verfolgt werden.

Der Reichstag hat nämlich eine Änderung des § 186 über Beleidigungen (bzw. Verleumdungen) und eine Erhöhung der Geldstrafe für eine nicht öffentliche

Beleidigung bzw. Verleumdung von 600 auf 1000 Mk. und Haft- oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr beschlossen.

Im Falle einer öffentlichen Beleidigung und einer Beleidigung durch die Presse hat der Reichstag die Strafe von 1500 auf 10 000 Mark erhöht und eine Gefängnisstrafe von bis zu 2 Jahren festgesetzt.

Wenn man erwägt, wie die preussischen Polenfreier nur so darauf lauern, um den Staatsanwalt zum Einschreiten gegen polnische Blätter wegen Beleidigung zu veranlassen, so kann man sich denken, wie sie jetzt durch das Hervorrufen zahlreicher Prozesse die polnischen Zeitungen zu vernichten bemühen werden.

Und das wird garnicht so sehr schwierig sein, wenn man erwägt, wie häufig die preussischen Gerichte in Prozessen gegen polnische Blätter in den zur Verteidigung der nationalen Sache geschriebenen Artikeln eine Beleidigung feststellen.

Es können also schreckliche Zeiten für die polnischen Zeitungen kommen. Darum müssen schon heute besonders die Korrespondenten darauf aufmerksam gemacht werden, wie sehr sie darum besorgt sein müssen, die aufrichtigste Wahrheit zu schreiben.

Aus Nr. 5 der Gazeta Olsztynska (Allenstein.)
vom 1. Januar 1911:

Das Zentrum und die Polen im Ermland.

Bei Besprechung eines Artikels des Allensteiner Volksblattes „Der polnische Maulwurf in Allenstein bei der Arbeit“ führt die Gaz. Olsztynska u. a. aus:

Der ganze Artikel ist vor allen Dingen auf Wahlagitation berechnet. Es soll dadurch daß die Gazeta Olsztynska als unkatholisch und ein gegen die Geistlichkeit hegendes Blatt hingestellt wird, das nicht wert sei, den katholischen Gruß in seiner Überschrift zu tragen, dem polnischen Volke gezeigt werden, daß die Polen und ihre Gaz. O. Feinde des Volkes um des Glaubens seien, und daß man die „Gazeta“ deshalb aufgeben und bei der Wahl für den Zentrumsmann stimmen müsse. — Um das zu erreichen, darf man auch keine Lügen scheuen.

Diesen Augenblick werden aber die Herren Zentrumslente nicht sobald erleben, denn das polnische Volk ist nicht mehr so dumm, als wie es die schlaunen Zentrumslente halten. Es weiß gut, woher der Wind weht und es kann einen Wolf von einem Schaf unterscheiden. Wir hoffen auch, daß es immer mehr zu der Erkenntnis kommen wird, daß es nicht mit den Deutschen gehen darf, sondern daß es sich mit Landsleuten verbinden muß, denn die ersteren lauern doch nur früher oder später auf seine Vernichtung.

Mögen also die Zentrumslente schreien und lügen und die Gazeta Olsztynska als ein gegen die Geistlichen hegendes Blatt und als unkatholisch hinstellen. Lasset uns nur fest zusammenhalten, denn nur durch Einigkeit werden wir stark werden. Die Gazeta Olsztynska wird dagegen nach wie vor die Kunstgriffe der Zentrumslente und der Germanisatoren des polnischen Volkes eifrig erfolgen und, sei es nun ein einfacher Bauer oder ein Besitzer oder Geistlicher, ihre Germanisationsgellüste mit dem gleichen Maße messen in der Überzeugung, daß sie, so vorgehend, im Sinne des Volkes in Ermland und der ganzen polnischen Gesamtheit handelt.

Aus Nr. 8 des Lech (Gnesen)
vom 11. Januar 1911:

Die polnische Volksgesamtheit und die Masuren.

Schon häufig haben wir unsere Volksgesamtheit darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns allzuwenig um das Schicksal unserer kassubischen und masurischen Grenzmarken kümmern und die Reste des Polentums, die sich noch retten lassen würden, nicht retten. Neuerdings haben wir wieder erst aus dem masurischen Ortelsburg eine Reihe treffender Bemerkungen über die germanisierende Arbeit in Preußisch-Masovien erhalten, die wir nachstehend in der Hoffnung veröffentlichen, daß es vielleicht gelingen wird, die Aufmerksamkeit der Volksgesamtheit auf diesen vernachlässigten, und von uns völlig stiefmütterlich behandelten, dabei aber für unsere Sache überaus wichtigen polnischen Posten zu lenken.

Jeder, der unseren schon seit Jahrzehnten dauernden Kampf gegen den germanisierenden Ansturm aufmerksam beobachtet, muß zugeben, daß wir, trotz der übermenschlichen Anstrengung unseres Gegners zum Zweck unserer Erdrückung, noch leben, ja, uns sogar entwickeln und uns in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung heben. Es ist dies eine erfreuliche Erscheinung. Wir können indessen nicht behaupten, daß einzig infolge unserer nationalen Aufklärung, unseres angeborenen Nationalstolzes, alle Anstrengungen unserer Gegner, uns zu erdrücken, vergeblich sind und von uns abprallen, wie die Wogen von dem Felsen.

Diese nationale Aufklärung, dieser angeborene Nationalstolz war in dem Augenblick, als die Regierung uns den Krieg erklärte, bei uns nicht vorhanden, er war namentlich nicht in unserm Volke vorhanden, das jetzt das Fundament unseres sozialen Lebens geworden ist; erst infolge der ungeheueren Aktion des Gegners sind wir das geworden, was wir gegenwärtig sind. Die Regierung nämlich, die in dem Kampfe gegen uns allzu offen und allzu hitzig auftrat, erweckte wider ihren Willen das in uns schlummernde Nationalgefühl, das Gefühl der eigenen Würde, und sie gab uns hierdurch zum Zwecke der erfolgreicherer Verteidigung gleichsam die Waffe in die Hand. Heute verteidigt schon ein jeder, sei er groß oder klein, seine nationale Würde. Von dem Grundsatz ausgehend, daß jeder Nation das gleiche Recht auf Existenz und Entwicklung zusteht, kämpfen wir um unsere bedrohte nationale Existenz, und da wir hierdurch auch zugleich das moralische Übergewicht über den Gegner besitzen, glauben wir, daß die gerechte Sache schließlich siegen muß.

Optimisten behaupten sogar, daß wir uns in diesem Kampfe schon nicht mehr allein auf die Defensive beschränken, sondern daß wir aggressiv vorgehen; als Beweis hierfür führen sie das Erwachen Oberschlesiens aus der nationalen Erstarrung an und das immer mehr wachsende aufgeklärte polnische Element im Westen Deutschlands, in Westfalen und im Rheinland. Eine gewisse Berechtigung kann man den Ausführungen dieser Leute nicht abstreiten, indessen muß man vor übertriebenem Optimismus warnen, der leicht zum Dünkel führt; Dünkel aber führt zur Blindheit. Was bedeutet es denn, wenn wir uns mit dem Westen befaßen, wenn wir uns eventuell allzuviel von ihm versprechen, wenn wir die am meisten nach Osten vorgeschobenen Landesteile vergessen und hierdurch das dort seit Jahrhunderten wohnende polnische Volk dem Deutschtum als Beute überlassen.

Ich denke hierbei an Ermland und Masovien, vor allem an das am meisten bedrohte Masovien, und

auf dieses gerade möchte ich heute die Aufmerksamkeit der Gesamtheit lenken.

Die preußische Regierung, die mit ihrer Politik bei uns **Fiasco** gemacht hat, hat sich in Masovien auf völlig andere Art an ihr germanisatorisches Werk gemacht. Anscheinend bekämpft man hier nicht die polnische Sprache, im Gegenteil, man bedient sich derselben sogar bei den Behörden, wie z. B. vor Gericht, bei der Post, der Eisenbahn, in den Kirchen, und was noch mehr ist, man gibt sogar eine polnische Zeitung heraus, den *Pruski Przypiel Ludu*, der natürlich, wie man schon aus dem Titel folgern kann, von preußischem Geiste durchdrungen ist.

Dies alles tut die preußische Regierung nicht aus großer Liebe zum masurischen Volke, o nein, alle diese „Wohltaten“ bilden nur das Mittel, mit dessen Hilfe die Regierung umso sicherer, ohne auf Widerstand zu stoßen, das ersehnte Ziel erreichen wird. Die Regierung gewinnt als Entgelt für diese „Wohltaten“ das Vertrauen und die Dankbarkeit der Masuren, bekommt sie mit Hilfe der Kirche und des vorerwähnten *Pruski Przypiel Ludu*, mit dem man ganz Masovien förmlich überschwemmt, auf ihre Seite, und die ganze Flut der Beamten arbeitet sie allmählich nicht zu deutschen, sondern zu polnisch sprechenden preußischen Patrioten um; diesen erzählt man dann von der Macht und der Herrlichkeit der deutschen Kultur, beschmußt alles, was polnisch ist, und stellt die Polen als eine Nation ohne Kultur dar, die sich nur aus Revolutionären zusammensetzt und aus solchen Leuten, die in ihrem Lande nichts zu essen haben und deshalb des Verdienstes wegen abgerissen, mit Ballschuhen, nach Preußen kommen. Es ist also kein Wunder, daß der Masure, der sein ganzes Wissen nur aus dieser Quelle schöpft, den Polen verachtet und ihn haßt. Vor dem Deutschtum dagegen, das ihm durch seine Pracht und seine Macht imponiert, beugt er in Demut das Haupt und bietet ihm seine Dienste an. Dem so bearbeiteten Volke legt man ans Herz, daß Eltern, die ihre Kinder wahrhaft lieben, sie deutsch erziehen müßten, weil sie dann wahre Preußen werden und dadurch Ansehen und Bedeutung gewinnen würden. Das dortige, auf diese Weise verdummte Volk steht der Germanisierung seiner Kinder gleichgültig gegenüber, hilft sogar direkt hierbei der Regierung. Die Regierung nun, die von den Eltern die Genehmigung zum Verdeutschen erhalten hat, hat sich mit verdoppeltem Eifer an die Durchführung ihrer Absichten gemacht und verdeutscht gegenwärtig mit Hilfe von Bitten und Drohungen die armen masurischen Kinder. Als Beweis dafür, auf welche Art man den polnischen Kindern die polnische Sprache verefelt, kann eine Tatsache dienen, über welche der in Ortelsburg erscheinende *Mazur* seinerzeit berichtet hat: Ein Lehrer nannte in der Schule ein Stück Stock „*Pole*“. Das Kind, welches wagte, polnisch zu sprechen, erhielt mit jenem „*Pole*“ Hiebe. Das Kind, das sich von dieser Schande frei machen wollte, denunzierte wieder andere Kinder, die dieses „Verbrechen“ begangen hatten.

Nicht nur die Schule, sondern auch die Eltern verdeutschen ihre Kinder. Es ist hier der Brauch eingedrungen, der für uns unbegreiflich, für die Masuren aber verständlich ist, daß sich die Eltern unter einander in polnischer Sprache verständigen, mit den Kindern aber nur deutsch sprechen.

Gegenwärtig hat sich in Masovien ein polnisch-deutscher „*Mischmasch*“ gebildet, den man sich nur schwer vorstellen kann. Trotz alledem ist in dem Volke noch eine gewisse Liebe zur polnischen Sprache vorhanden. Es steckt in ihm noch ein Fünkchen des polnischen Geistes. Dieses Fünkchen anzufachen, damit es zu lebhaftem Feuer entflammt, ist unsere heilige Pflicht.

Allerdings erscheint in Ortelzburg schon seit 5 Jahren eine polnische Zeitung Mazur, die bemüht ist, unter der dortigen Bevölkerung polnische Kultur und Aufklärung zu verbreiten, im Vergleich zu dem mächtigen Gegner bildet sie indessen nur einen entschieden zu schwachen Posten. Leider fehlt es bei uns am Verständnis für die masurische Frage. Es fehlt dies Verständnis namentlich bei uns Polen im preussischen Anteil und es ist deshalb kein Wunder, daß die ganze Aktion, die bei uns ausschließlich auf den Schultern einzelner Personen ruht, lahmt und die erwünschten Ergebnisse nicht bringt. Es ist die höchste Zeit einzusehen, daß die Wiedergewinnung der Masuren für das Polentum im Interesse der ganzen polnischen Volksgeamtheit liegt. Die Mißachtung einer so wichtigen Angelegenheit unsererseits wird uns einst nicht nur nicht wieder gut zu machenden Schaden bringen, sondern wird auch in hohem Maße unsere nationale Würde erniedrigen.

Es ist wahr, daß die Verbreitung des Polentums in einem halb verdeutschten Volke keine leichte Sache ist, aber man muß beachten, daß noch vor einigen Jahren die polnischen Bewohner Oberschlesiens sich ebenfalls als Preußen polnischer Zunge ansahen und die Bezeichnung „Pole“ als Beleidigung galt. Heute sendet ebendasselbe Volk mehrere polnische Abgeordnete in den Reichstag und in das Abgeordnetenhaus. Bei guten Willen kann man auch in Masovien etwas tun. Es ist nur eine gemeinsame, planmäßige Aktion erforderlich. Für den Anfang wäre es gut, an die Niederlassung einiger polnischer Ärzte und Rechtsanwälte zu denken, die, wenn sie dort eine gesicherte Existenz haben würden, viel für das Polentum tun könnten. Ferner müßte jeder Pole den Mazur abonnieren, weil er dann nicht nur einen klaren Überblick über die masurische Frage erhalten, sondern auch gleichzeitig den einzigen polnischen Posten in Masovien unterstützen würde, der mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Denken wir daran, daß, wenn wir uns jetzt nicht gehörig des dortigen Volkes annehmen werden, es nach 20 Jahren keine polnischen Masuren mehr geben wird, sondern nur noch allein Deutsche.

L. Ik.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 13 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 17. Januar 1911:

Polnische Partei in Schlesien.

Sonntag, den 15. d. Mts., fand in Königshütte im Saale der Berufsvereinigung eine Zusammenkunft von etwa 300 Personen, Abgeordneten, Vertretern der Intelligenz und Männern statt, die in verschiedener Organisation tätig sind. Den Vorsitz führte Herr Rechtsanwalt Kobylinski aus Zabrze, Schriftführer war Herr Rechtsanwalt Wolny aus Gleiwitz. Nach Ansprachen des Abgeordneten Korfanty, Grafen Mielzynski und Rapierski beschloßen die Anwesenden die Gründung einer politischen Organisation unter dem Namen „Polnische Partei in Schlesien“. Herr Basista aus Rybnik legte folgende Entschließung vor:

„Wir am 15. Januar 1911 in Königshütte aus allen Gegenden Oberschlesiens versammelten Polen beschließen für Oberschlesien die Gründung einer politischen Organisation auf polnischen, katholischen und völkischen Grundsätzen zur Vertiefung des nationalen Bewußtseins, zur politischen Schulung des polnischen Volks und zur Verteidigung unserer nationalen und bürgerlichen Rechte. Die Organisation soll den Namen „Polnische Partei“ führen.

Wir fordern die Landsleute auf, nicht nur möglichst zahlreich dieser Organisation beizutreten und in allen Städten und Dörfern Vereine der Polnischen Partei zu gründen, sondern vor allem auch für unsere heilige Sache und zum Wohle des polnischen Volkes mitzuarbeiten! — Glückauf unserer Arbeit!“

Die Entschließung wurde angenommen.

Auch Herr Polak aus Bobrek unterbreitete eine Entschließung, die gleichfalls mit Begeisterung angenommen wurde.

„Wir in der Zahl 300 am 15. Januar 1911 in Königshütte versammelten Männer aus allen Gegenden Oberschlesiens drücken unsere lebhafteste Befriedigung über das im polnischen Lager von den Abgeordneten Rapierski und Korfanty geschaffene Friedenswerk aus, wir drücken hiermit unser Vertrauen zu der von ihnen betriebenen, den nationalen und sozialen Interessen des polnischen Volkes in Schlesien entsprechenden Politik aus. An dieser Arbeit zum Wohle des polnischen Volks wollen wir uns alle beteiligen, und wir fordern dazu alle aufgeklärten Landsleute auf. Es lebe unser Friede!“

Die Partei wird das polnische Schlesien politisch organisieren. In den Vorstand der „Polnischen Partei“ wurden gewählt die Herren: Kobylinski aus Zabrze, Korfanty und Szypperski aus Kattowitz, Dombek aus Bentzen, Gwozdz aus Schwientochlowitz, Müller aus Radzionkau und Basista aus Rybnik. — In den Aufsichtsrat der „Polnischen Partei“ wurden gewählt die Herren Wolny aus Gleiwitz, Rapierski aus Bentzen, Drenza aus Siemianowitz, Polak aus Bobrek, Hanak aus Königshütte, Niedurny aus Friedenshütte und Gracel aus Piekar. — Die Begeisterung war groß. Glückauf der „Polnischen Partei“.

Hieran knüpft die Gazeta Polska die Bemerkung: Zu der Versammlung, von welcher die Rede ist, war unfres Wissens aus der Oppelner Gegend niemand eingeladen; jedenfalls hatte die Redaktion unfres Blattes eine Einladung nicht erhalten, wiewohl in dem Bericht von ganz Oberschlesien die Rede ist. Es ist sehr verständlich, daß wir zur „Polnischen Partei“ sowieso gehören.

Aus Nr. 14 der Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. Januar 1911:

Polnische Partei in Schlesien.

Die Abgeordneten Rapierski und Korfanty gründeten am Sonntag in Königshütte eine politische Organisation unter dem Namen: Polnische Partei in Schlesien (Stronnictwo Polskie na Slonsku).

Jedem Bürger steht das Recht zu, eine politische Organisation ins Leben zu rufen; dieses Recht haben also auch die Abgeordneten Rapierski und Korfanty. Es könnte jemand die persönliche Bemerkung machen und seine Verwunderung ausdrücken, daß der Abgeordnete Korfanty einige Tage vor seiner „Versöhnung“ mit dem Abgeordneten Rapierski den Entwurf einer breiten, politischen, völkischen Organisation ausgearbeitet habe, um den Einfluß des Katolik „vollends zu brechen“, heute aber, die Fahne des Katolik hochhaltend und die Spitze gerade nach entgegengesetzter Richtung kehrend, eine solche Organisation aufbaue. Wir halten indes hier eine Verwunderung für unbegründet; darf man sich doch nach den letzten Vorfällen überhaupt nicht mehr wundern. Übrigens wäre dies ein Vorbehalt mehr persönlicher Natur, uns kommt es aber auf die grundsätzliche Seite, auf den Charakter der neuen schlesischen Organisation an.

Politische Organisationen, deren Aufgabe eine Einwirkung auf die Richtung unserer Politik ist, können unter normalen Verhältnissen zweifach sein: entweder haben sie die Merkmale einer politischen Partei mit einem parteipolitischen Programm, oder sie bilden eine Art des von uns oft besprochenen Nationalrats, mithin einen Zusammenschluß verschiedener Parteien, dessen Aufgabe ein Meinungsaustausch unter den Vertretern der verschiedenen politischen Richtungen ist, um zu einer kompromißartigen, gemeinsamen, übereinstimmenden Anschauung zu gelangen.

Was ist die Polnische Partei in Schlesien?

Der Abgeordnete Napieralski sagte in Königshütte, verschiedene polnische Parteien seien unnötig, es solle nur eine einzige polnische Partei bestehen. Darum sei die neue Organisation „Polnische Partei in Schlesien“ benannt worden. Die Beweisführung des Abgeordneten Napieralski hält gar keine Kritik aus, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn in unserer Volksgesamtheit für verschiedene Parteien kein Platz sein soll, dann gibt es für keine Partei einen Platz, der Volksgesamtheit muß die Bezeichnung Volksgesamtheit belassen werden, sie darf nicht zur Bedeutung einer „einzigen Partei“ herabgedrückt werden — gleich der deutschen Zentrumsparlei, der liberalen Partei usw.

Wie wir sehen, ist bei gewissen Politikern immer noch ein Bodensatz des Zentrumsgebanten zurückgeblieben, nicht in der Bedeutung der Zentrumsüberzeugungen, sondern in der Bedeutung der Denkart des schlesischen Zentrums, die in der polnischen Volksgesamtheit Schlesiens eine „polnische Partei“ — wir fügen hinzu: eine schlesische polnische Partei — erblickt. Ist doch eine polnische Partei in Schlesien gegründet worden; so lautet der Name, und dem Namen entspricht der ganze Bau und Wirkungskreis der neuen Organisation. In politisch-ideeller Beziehung bedeutet also die neue Organisation einen Hauptschritt nach rückwärts.

Eine ganze Reihe der letzten Jahre wurde an der Verschmelzung Schlesiens mit dem übrigen Lande gearbeitet; wir erinnern daran, daß die Bildung des Zentralkomitees für das ganze Reich der letzte Ansporn war, das Katolik-Lager von der Zentrumsgrundlage abzustößen und in das nationale Lager hinüberzuziehen. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß eine politische Partei gegründet worden ist, die einerseits — soweit die Ausführungen des Abgeordneten Napieralski und der Name der Organisation maßgebend sind — die Volksgesamtheit zu der Rolle „einer Partei“ herabdrückt, andererseits außerdem ausschließlich an den schlesischen Grenzen festhält.

Nach den Ausführungen des Abgeordneten Napieralski und dem Namen der Organisation soll die Polnische Partei in Schlesien eine unparteiische Partei sein. Der Kurjer Slonski und Polak lachten seinerzeit mitleidig über den „unparteiischen“ Nationalbund, aber dem Nationalbund muß so viel Logik eingeräumt werden, daß er den Namen „Partei“ ableugnet, den die neue schlesische Organisation führt.

Etwas anderes aber als der Abgeordnete Napieralski und der Name der Organisation sagen die Satzungen, die von dem Abgeordneten Korfanty zusammengestellt worden sind, und etwas anderes sagt auch das Leben.

Die den Satzungen des national-demokratischen Vereins nachgebildeten Satzungen besagen ausdrücklich, daß ein „Mitglied einer anderen parteipolitischen Organisation nicht angehören darf.“ Die Satzungen geben also zu, daß die Polnische Partei in Schlesien keine „unparteiische Partei“ ist, die angeblich die polnische Allgemeinheit in Schlesien umfaßt, daß

sie vielmehr eine von unseren politischen Parteien ist und sich den anderen gegenüberstellt. Im Einklang hiermit haben zu den Versammlungen und Parteitagen unter den Abgeordneten nur diejenigen Zutritt, die Mitglieder der Polnischen Partei in Schlesien sind. Das ist verständlich, aber es spricht ausdrücklich von dem ausschließlichen Parteicharakter der Organisation im gewöhnlichen Sinne dieses Wortes.

Und weiter: Pressorgane der Partei sind nach den Satzungen — der Kurjer Slonski, der Dziennik Slonski und der Gornoslonszak, also die drei Katolik-Blätter. Schon die in Schlesien erscheinende Gazeta Opolska des Herrn Koraszewski war den Schöpfern der „unparteiischen Partei“ unbequem. Auch das ist verständlich, spricht aber gleichfalls deutlich. Wir fügen hinzu, daß eine der Hauptaufgaben des Vorstandes der polnischen Partei in Schlesien die „Kontrolle der Parteipresse in grundsätzlicher Beziehung“ ist — lies: der Katolik-Presse. Hier liegt der Kern der Frage: Es handelt sich für die Katolik-Presse darum, eine Stütze in einer völkischen Organisation zu schaffen; der Abg. Napieralski aber nennt dies die Schaffung einer einzigen Partei, welcher gegenüber es für verschiedene Parteien keinen Platz gibt. Offenbar sind mit Rücksicht auf diesen „Platzmangel“ für andere Parteien zu der Gründungsversammlung Mitglieder des national-demokratischen Vereins, dem der Abg. Korfanty selbst noch unlängst angehörte, nicht eingeladen worden. So sieht die Praxis der „unparteiischen Partei“ aus.

Der Organisation, welche eine völkische Grundlage für die Parteipresse des Katolik sein soll und welche die Satzungen selbst als Parteiorganisation kennzeichnen, ist der Name „Polnische Partei in Schlesien“ gegeben worden. Dies ist in Polen wohl der erste Fall eines so krassen politischen Mißbrauchs, daß ausdrücklich einer Parteiorganisation nicht eine parteipolitische Eigenschaft, sondern ausschließlich der Name beigelegt wird, welcher der ganzen Nation zukommt, der Name: polnisch. Und dieser Mißbrauch nimmt uns nicht wunder, denn er ist nur eine Fortsetzung der seit dem „Friedensschluß“ geübten Ausbeutung der öffentlichen Sache.

Die Satzungen schreiben offen, daß die „Grundlage der Partei“ polnische Vereine sind, die in jeder Ortschaft bestehen sollten und denen anzugehören jeder Pole die Pflicht hat. Es ist viel, daß nicht noch Drohungen an die Adresse derjenigen hinzugefügt worden sind, welche diese „Pflicht jedes Polen“ nicht werden anerkennen wollen.

Aus Nr. 14 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. Januar 1911:

Auf Gottes Welt geht es sonderbar zu.

Nachdem der Abgeordnete Graf Mielzynski „an den Toren“ der Regierung in Berlin Erfolge nicht davongetragen hat, ist er nach Schlesien den Abgeordneten Napieralski und Korfanty zu Hilfe geeilt und hat die „unparteiische Partei“ zur Taufe gehalten, wobei er die Gegner der „Versöhnung“ massakrierte, indem er sie als „nationale Verräter“ brandmarkte.

Auf Gottes Welt geht es sonderbar zu . . . Kurz vor der „Versöhnung“ bat der Abg. Graf Mielzynski die „nationalen Verräter“, sie möchten ihm den Abgeordneten Korfanty vom Polak, überhaupt aus Schlesien und aus der Reichstagsfraktion, um deren Vorsitz sich der Abg. Graf Mielzynski bewerben will, entfernen helfen. Der Abg. Graf Mielzynski bat damals die „nationalen Verräter“ zwar vergeblich,

aber er hat sie zweimal, indem er den Abg. Korfanty nicht nur als den „größten politischen Schädling“, sondern auch als eine solche Privatperson hinstellte, die durch gewisse Dinge die Volksgesamtheit jeden beliebigen Tag der „schimpflichsten Kompromitation“ aussetzen könne. Heut hält der Abg. Graf Mielzynski eine begeisterte Rede zu Ehren der zwischen den Abgeordneten Korfanty und Rapieralski erfolgten „Versöhnung“ . . . Auf Gottes Welt geht es sonderbar zu . . .

Aus Nr. 9 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 12. Januar 1911:

Wahlangelegenheiten.

Aus dem Kreise Kosel.

Das polnische Wahlkomitee für den Kreis Kosel wollte im September v. J. eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel in Kłodz veranstalten. Der Koseler Bürgermeister Kremser verweigerte als Vertreter des Amtsvorstehers über Kłodz die Genehmigung, weil angeblich die Gefahr vorlag, daß der Verkehr (auf einem Feldwege) gehindert und fremde Gesundheit und fremdes Eigentum gefährdet würde. Eine Beschwerde wies der Herr Landrat ab, indem er die Ausführungen des Herrn Bürgermeister bestätigte. Deshalb wurde eine Beschwerde an die Regierung gerichtet. Die Regierung hob die Verfügungen des Bürgermeisters und Landrats mit der Begründung auf, daß die von dem Amtsvorsteher angeführten Gründe für die Versagung der Genehmigung nicht genügt hätten. Die Antwort der Regierung ging nach zwei Monaten ein.

Zentrumsversammlung in Kosel.

Eine am Sonntag, dem 8. d. Mts., einberufene Zentrumsversammlung eröffnete Herr Pfarrer Kollar. Der Fürstbischöfliche Kommissar und Abgeordnete Glowakly erstattete über seine parlamentarische Tätigkeit oder vielmehr über die der Zentrumsparlei Bericht. Er ließ sich ausführlich über die Finanzreform, die Politik Deutschlands, die Kaiserreden, die päpstlichen Enzykliken sowie über die Angriffe der Protestanten und der sozialdemokratischen sowie liberalen Partei auf den heiligen Vater aus.

Die Rede des Pfarrers Glowakly mag für die deutschen Zentrumsleute gut sein, aber für die polnischen Bürger war sie nicht angebracht, weil heute kein Pole seine Ansichten teilen kann, z. B. daß Heer und Flotte vermehrt werden müssen, daß die Abgeordneten die der Regierung hierzu erforderlichen Gelder auf dem Wege direkter oder indirekter Steuern bewilligen müssen. Pfarrer Glowakly sagte u. a., daß jeder, der uns die Sache anders darlege, wie er, ein Lügner sei. Das klingt so, als ob Pfarrer G. unfehlbar wäre. Er behauptete, daß wöchentlich 22000 Stück Schweine aus dem Ausland ausgeführt werden können, daß aber von dieser Erlaubnis kein Gebrauch gemacht werde, weil offenbar genug Fleisch vorhanden sei. Wenn Pfarrer G. die Zeitungsartikel vor einigen Wochen gelesen hätte, hätte er erfahren, daß die Schwarzviehhändler in Sosnowitz unter sich einen sogenannten Ring geschlossen haben; weil sie wissen, daß der nicht angekaufte Rest der wöchentlich zur Ausfuhr zugelassenen Zahl von Schweinen nicht auf die nächste Woche übertragen wird, bringen sie absichtlich nicht eine solche Anzahl auf den Markt, wie sie notwendig, und sie schrauben die Preise, so daß die Fleischer von dieser Erlaubnis keinen Gebrauch machen können und daß Fleisch trotz der Einfuhrerlaubnis teuer ist. Von den Kaiserreden sagte Pfarrer Glowakly, der Kaiser sei sehr

religiös, wir sollten uns freuen, daß er sich einen Monarchen von Gottes Gnaden und einen Diener Gottes nenne, aber er verschwieg, daß der Kaiser in Königsberg auch gesagt habe, daß er weiter so handeln werde wie bisher, und daß er auf die öffentliche Meinung keine Rücksicht nehmen werde. Und wir leben doch in einem Verfassungsstaate!? Weiter pries er das deutsche Heer, es sei das beste auf der Welt usw. Pfarrer Glowakly versprach, er werde wie bisher seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen suchen. Ich dachte bei mir, das ist überflüssig, denn er wird gewiß nicht mehr gewählt werden.

Die Zentrumsdeutschen haben einen Wahlverein gegründet. Bis jetzt haben sie „schon“ 13 Mitglieder.

Landsleute im Kreise Kosel! Seitdem wir in Oberschlesien Polen in die polnische Fraktion wählen, müssen wir Versammlungen der Zentrumsparlei meiden. In religiösen Fragen werden die polnische Fraktion und das Zentrum stets zusammengehen, aber in Nationalitätenfragen kann nur ein Pole die polnische Nation gewissenhaft und gut vertreten. Pfarrer Glowakly rühmte sich, daß die Zentrumsparlei bei den letzten Wahlen 5 Mandate gewonnen habe. Wir gönnen dem Zentrum einen Zuwachs. Mögen sie aber ihre Mandate bei den Deutschen suchen, denn wir Polen haben genug eigene Kandidaten. Obgleich Pfarrer G. versprach, er werde nach Möglichkeit die Bedürfnisse aller Wähler gerecht berücksichtigen, so bin ich doch der Ansicht, daß ein Zentrumswähler die Bedürfnisse der polnischen Wähler nicht verstehen kann, und darum müssen wir bei den nächsten Wahlen unsere Stimmen dem polnischen Kandidaten geben, den uns unsere Wahlbehörde empfehlen wird. Pfarrer G. ermunterte schließlich zur Gründung von Wahlvereinen in jeder Ortschaft. — Polen dürfen diesen nicht angehören.

Pfarrer G. jagte, daß ein Kampf zwischen den Katholiken und den nicht katholischen Parteien, den Liberalen und Sozialdemokraten ausgefochten werden wird. Das ist mir unklar. Ich nehme nicht an, daß er den Wahlkreis Kosel im Sinne hat, denn hier kann weder ein Liberaler noch ein Sozialdemokrat im Ernst kandidieren. Da sich Pfarrer G. ausdrückte, die polnische Fraktion sei eine katholische Partei, müßte man aus seinen Worten folgern, daß entweder die Polen oder das Zentrum den Wahlkreis Kosel-Großstrehlitz in einem Kompromiß abtreten werden. Pfarrer G. täuscht sich, wenn er so denkt. Den Wahlkreis Kosel-Großstrehlitz müssen wir bei den nächsten Wahlen mit eigenen Kräften erobern, und von einem Zugeständnis kann keine Rede sein.

Alle aufgeklärten Polen im Kreise Kosel müssen schon jetzt unter ihren Bekannten zu agitieren anfangen. Wenn nicht bei den letzten Wahlen Verwirrungen vorgekommen wären, hätten wir schon unseren Abgeordneten. Der Kreis Großstrehlitz hatte sich gut bewährt, dafür aber fehlte noch viel im Kreise Kosel. Es ist für uns Bürger aus dem Kreise Kosel einfach eine Schande, daß wir bei den letzten Wahlen nicht alle unsere Pflicht erfüllten, indem wir teilweise für die Zentrumsleute stimmten. Lesen wir also Zeitungen, und verbreiten wir sie, damit ein anderes Leben platzgreife. Scheuen wir die paar Groschen zum Abonnement einer Zeitung nicht; sagt nicht, die Zeitungen seien Lumpen, für die man noch zahlen müsse. Wenn ihr ein polnisches Blatt lesen werdet, werdet ihr viele Neuigkeiten erfahren und aus den Zeitungen viel Gutes lernen.

Wir haben in Kosel (Stadt) über 50 Kneipen. Nehmen wir an, daß jeder Gastwirt nur 1000 Mark jährlich verdient, so macht dies jährlich 50000 Mark aus. Müssen wir uns nicht schämen, daß wir für

den unnötigen Fufel Zehntausende von Mark ausgeben, während die polnischen Zeitungen im ganzen Kreise nicht mehr als 300 Abonnenten haben werden?

Verbreiten wir also die polnischen Zeitungen. Jeder sollte im Jahre wenigstens zwei Leser seinem Blatte zuschanzen, dann wird es bei den Wahlen mit uns besser aussehen. An die Arbeit also!

Ein Nationaler.

Aus Nr. 6 der Gazeta Opolska (Oppeln).
vom 14. Januar 1911:

Lehrer und Eltern!

Die Schule erleichterte uns Eltern früher die Schule. Sie erklärte ihnen nicht nur die Glaubenswahrheiten in der Muttersprache, sondern sie hatte außerdem bei dem Unterricht der anderen Gegenstände neben der ausschließlichen Kenntnis auch die Einprägung der Grundsätze der Moral im Auge. Der Lehrer war im kirchlichen Leben ein Beispiel und Muster für die Schüler. Er vertrat voll und ganz die Eltern, und die Kinder gehorchten ihm in jeder Beziehung.

Die Schule ging also in dem schönen Werk der Erziehung Hand in Hand mit den Eltern. Sie wirkte also in dieser Hinsicht nicht nur auf die Kinder und die Jugend, sondern sehr oft auch auf die Eltern ein. Die Schuljugend besuchte unter Aufsicht ihrer Lehrer die Kirchenandacht und legte dann in der Schule über die Predigten und kirchlichen Lehren Rechenschaft ab. Der Lehrer war nicht nur von den Kindern und der Jugend, sondern auch von den Eltern gern gesehen und verehrt. Nach der Entlassung aus der Schule war die Jugend ihrer Lehrer eingedenk.

So war es früher, heute ist es anders. Der Unterricht wird in deutscher Sprache erteilt. Niemand kümmert sich darum, ob selbst das jüngste Kind die deutsche Sprache kennt und die in ihr gelehrtten Wahrheiten unseres hl. Glaubens versteht. So lautet die Verfügung der Schul- und Regierungsbehörden, nach welchen die Lehrer ganz genau verfahren. In dem Gemüte des Kindes entsteht infolgedessen Verwirrung und im Herzen Unruhe. Da die polnischen Kinder die deutsche Sprache nicht verstehen, plappern sie wie die Papageien, wovon der polnischen Jugend eine große Gefahr in religiöser und geistiger Beziehung droht.

Die Lehrer haben von oben den Befehl, den Kindern das Deutschtum einzupfropfen. Für diese ihre Tätigkeit erhalten sie von der Regierung eine außergewöhnliche Geldzulage, die sogenannten „Ostmarkenzulagi“. Die Regierung ist mit ihrer Tätigkeit ganz zufrieden; diejenigen aber, die nach der Regierungspfeife nicht genügend tanzen, verfehlt sie in ferne Gegenden, wo es keine Polen gibt. Die Lehrer meiden jeden Verkehr mit den Eltern, und von der katholischen Geistlichkeit halten sie sich fern, manchmal leben sie mit den Geistlichen sogar in Unfrieden.

Für die erhaltenen Ostmarkenzulagen und oft auch der „Wunsch“ der Regierung sind die Lehrer Mitglieder der Kriegervereine, und sie ermuntern sogar die Polen, sich als Mitglieder dieser germanisatorischen Vereine aufnehmen zu lassen. Der Religionsunterricht in der Schule und mit ihr auch in den Gegenden, wo es keine Polen gibt. Die Lehrer meiden jeden Verkehr mit den Eltern, und von der katholischen Geistlichkeit halten sie sich fern, manchmal leben sie mit den Geistlichen sogar in Unfrieden.

Für die erhaltenen Ostmarkenzulagen und oft auch auf „Wunsch“ der Regierung sind die Lehrer Mitglieder der Kriegervereine und Ostmarkenvereine, und sie ermuntern sogar die Polen, sich als Mitglieder

dieser germanisatorischen Vereine aufnehmen zu lassen. Der Religionsunterricht in der Schule und mit ihr auch die Lehrer sind demnach in den Dienst des polenfeindlichen Systems getreten. Polnische Lehrer haben wir sehr wenig, und die vorhandenen müssen nach der Pfeife der Regierung tanzen. Viele ändern ihre Familiennamen in deutsche.

Was sollen wir denn also tun? Die Mauer werden wir mit dem Kopf nicht einrennen, und plötzlich wird es nicht besser werden. Unsere Abgeordneten bemühen sich mit allen Kräften danach, wenigstens den polnischen Religionsunterricht wieder einzuführen, aber bei der heutigen hafatistischen Strömung können sie keine Erleichterungen erlangen. Wir müssen darum zur Selbstverteidigung und Selbsthilfe greifen. Das ist das einzige Mittel, welches uns Vorteile bringen kann. Wir müssen in unserer Jugend den katholischen Geist entflammen, damit sie im späteren Leben den Glauben und die Sprache der Väter nicht aufgeben. Es ist eine klare und festgestellte Sache, daß die Germanisierung und Protestantisierung hauptsächlich dort erfolgt, wo die religiöse und nationale Erziehung in der Jugendzeit nicht gehörig war.

Viele unserer Landleute fallen Jahr für Jahr von unserem nationalen Stamm ab. Jeder solche konfessionelle oder nationale Abfall ist eine schwere Anklage der Eltern. Sie haben offenbar ihre Pflichten gegen ihre Kinder nicht erfüllt. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß ihre Kinder mittels des polnischen Katechismus und der biblischen Geschichte die von der Kirche vorgeschriebenen Lehren kennen lernen. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß sich das polnische Kind mit dem Leben der Heiligen, mit der Bedeutung des Kirchenjahrs vertraut mache, daß es die unsre Herzen durchdringenden Kirchenlieder, die Geschichte der polnischen Nation kennen lerne, mit einem Worte, daß es polnisch fühle und denke, daß es wisse, es sei polnisch und katholisch.

Aus Nr. 15 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Januar 1911:

Aufklärungsvorträge in polnischer Sprache in Schlesien verboten!

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht in Berlin als höchste Instanz entschieden, daß unter das Sprachverbot des § 12 des Reichsvereinsgesetzes nur öffentliche Versammlungen fallen, in denen unmittelbar auf politische Angelegenheiten eingewirkt wird, daß also öffentliche Aufklärungsversammlungen in polnischer Sprache abgehalten werden dürfen. Auf Grund dieses Erkenntnisses nahm das Mickiewicz-Komitee für volkstümliche Vorträge in Kattowitz seine im Mai 1908 unterbrochene Tätigkeit wieder auf und kündigte öffentliche Lichtbildervorträge an. Obgleich der Komiteevorsitzende vorher der Kattowitzer Polizei eine Abschrift des Erkenntnisses des Oberverwaltungsgerichts übersandt hatte, löste ein Polizeikommissar die Versammlung unmittelbar nach der Eröffnung wegen Gebrauchs der polnischen Sprache auf. Die Auflösung erfolgte auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Oppeln.

Gegen die Auflösung wird das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden. Außerdem veranlaßte das Komitee, wie wir erfahren, eine Besprechung dieser Gesetzeswidrigkeit im Landtage. Mit welchem Recht kann unter diesen Umständen die Regierung von der polnischen Bevölkerung Vertrauen zu der Tätigkeit der Regierungsorgane verlangen, wenn ein hoher preussischer

Beamter über ein von dem höchsten Verwaltungsgericht gefälltes Urteil zur Tagesordnung übergeht?

Bekanntlich finden in Posen seit Ergebung des Urteils ebensolche Vorträge ganz unbehelligt statt.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 6 der Osa (Herne-Horsthausen).

Aus dem Lager des Kampfes zweier Abgeordneten.

Die polnische Nation kann auf solche Autoritäten und Vertreter, wie es die Herren Kulerski und Brejski sind, „stolz“ sein.

Ihre Kampfesart charakterisiert ihren moralischen Wert als Menschen, Polen, Verleger und Vertreter der Nation.

Beide haben sich mit Hilfe unwürdiger Mittel Abgeordnetenmandate angeeignet, wie ich dies von Herrn Kulerski beweisen kann und wie es Herr Kulerski in Nr. 157 seiner Zeitung von Herrn Brejski behauptet.

Beide haben die abscheulichsten Mittel benutzt und benutzen sie noch, um für ihre Zeitungen Abonnenten unter dem leider naiven Volke zu werben, das auf geradezu götzendienerische Art seine Augen zu den göttlichen Höhen erhebt, auf welchen die Herren Kulerski und Brejski thronen.

Alle Anstrengungen dieser Herren sind lediglich darauf gerichtet, Schätze zu erwerben; daher bilden auch die List und Heuchelei, die sich hinter Frömmigkeit, Religiosität und dem Dienst für Nation und Vaterland verbergen, sowie ferner die Verleumdung, die unerhörte Verletzung der Ehre und des Glaubens des Gegners, die erprobte Waffe in ihrem „würdigen“ Kampfe.

Wenn Herr Brejski auch während der Finanzreform eine korrekte Haltung eingenommen hat, so hat er mit einem Schlage wieder seinen reparierten guten Namen vernichtet, indem er — und dazu noch ohne Veranlassung — über den Kollegen Herrn R. schmutzige Lügen verbreitet hat. Man kann hieraus ersehen, daß er auch damals, als er mit Herrn Wr. in Berlin und dem Goniec sowie dem Kurjer ganze Jahre hindurch kämpfte, so wie jetzt seiner Erbitterung und seinem Haß die Zügel schießen ließ, ohne in seinen Mitteln wählerisch zu sein.

Weiße Herr Brejski nicht, daß eine schmutzige Tat tausend gute auslöscht, und daß der Haß nicht in einem edlen Herzen geboren wird?

Zimmerhin übertrifft Herr Viktor Kulerski durch seine rücksichtslosen Drehereien, durch seine Schwindeleien und grenzenlosen Lügen seine gegenwärtigen Gegner, indem er sich in das Gewand der Unschuld, das Lammfell, hüllt. Wer Charaktere zu beurteilen versteht, hat erkannt, daß sich Herr Kulerski seinen Gegnern, die ihm angeblich „das Wasser trüben“, stets als Wolf gezeigt hat, und er ist die unglückselige Persönlichkeit, die in der Volksgesamtheit gewählt hat und noch wählt, die moralischen Grundlagen dieses Volkes vergiftet, dessen Wohltäter sie sich nennt und von dem sie annimmt, daß sie es auflärt und zu neuem geistigem Leben erweckt.

Nach der Losung „Der Zweck heiligt die Mittel“ verteilt er reichlich die dem armen Volke ausgezogenen Groschen an Leute, die geldgierig sind, und er kauft sich „Vertrauensleute“, die ihm Heroldsdienste leisten und den Triumphwagen ihres „Götzen“ ziehen, indem sie dem Volke befehlen, dem Herrn Kulerski göttliche Huldigungen und Dankfagungen zu erweisen!

Mit der Phalanx dieser Schmaroger und mit Hilfe materieller Mittel hat er mit Leichtigkeit alle Hindernisse beseitigt und vernichtet, die ihm den Weg zum Ruhm versperren, und wenn er sich nur irgendwo zeigt, dann hat das ungebildete Volk für ihn nur einen Ruf: Hosanna! Hosanna!

Den Herrn Kulerski und unsern andern Autoritäten habe ich in meiner Broschüre „Die Reichsfinanzreform“ so geschildert, wie sie in Wirklichkeit sind. Es schwiegen damals alle, da sie gegenüber meiner unerbitterlichen genauen Kritik keinen Ausweg aus ihrer fatalen Lage erblickten, oder sie verkündeten der Welt, daß ich mit politischen Wizen die Volksgesamtheit unterhalte, wie dies der verehrte Kurjer Pognanski getan hat.

Mein Witz verwandelte sich indessen bei jenen, denen er so viel „Vergnügen“ bereitet hatte, in bittere Galle.

Herr Abgeordneter Napieralski führte mit dem Abgeordneten Korjanty einen ekelhaften Kampf auf Leben und Tod. Herr Korjanty unterlag, und indem er seine Heldenhand seinem Gegner entgegenstreckte, verkaufte er sich ihm und entsagte gleichzeitig allen seinen Überzeugungen, mit denen er Jahre hindurch naive Leute geblendet hatte. Hatte der „bekannte Prophet aus Steglitz“ nicht recht, als er schrieb, daß Herr Korjanty sogar zum preußischen Miquel werden könnte?

Seitdem hat die Zentrumsbewegung des Herrn Napieralski das ganze Tätigkeitsgebiet in Schlesien ungeteilt in Besitz; in Großpolen hat der gleiche reaktionäre Geist begonnen, der höheren Kultur Denkmäler zu setzen, die die akademische Jugend betrachten soll, um gleichzeitig zu lernen, das Andenken der Helden unserer Freiheitskriege mit Füßen zu treten!

Die Posener Säulen haben ihre Vergangenheit mit dem Flecken der Niederträchtigkeit beschmutzt. Wer hat ihnen diese Niederträchtigkeit vorgeworfen, wenn nicht „der Prophet aus Steglitz“? Der Verein Straßtraurigen Angedenkens ist noch nicht in vollem Umfange hervorgetreten. Sein „bester“ Starost, der über die „wackeren“ Taten des Herrn Dr. T. J. geschwiegen hat, hat gewußt, daß es das sicherste ist, den „sterbenden“ Löwen nicht zu reizen. Auch für andere naht die Stunde, in welcher ihre Schande offenkundig werden wird.

So wie Herr Kulerski zur Zeit der Finanzreform fast alle polnischen Zeitungen mit Schmutz beworfen hat, weil sie ihn und „die bis jetzt am meisten um das Wohl des Volkes besorgte polnische Fraktion im Reichstage“ nicht in den Himmel erhoben, sondern, wenn auch verspätet, die Finanzreform einer sachlichen Kritik unterzogen hatten, so wirft er auch weiterhin auf eine nur ihm eigentümliche Art mit stinkendem Schmutz um sich.

Im Sinne seiner irrigen Anschauungen verlegt er auch jetzt noch fortwährend anders denkende Leute und er läßt im Westen, an den Sammelstätten des ungebildeten Volkes, Resolutionen annehmen, in welchen der polnischen Fraktion völliges Vertrauen geschenkt wird, trotzdem der bekannte Speichellecker dieser Fraktion, Graf Mielzynski, der sich den Junkern und der preußischen Regierung mit „neuer positiver Arbeit“ und „Dienst für das preußische Vaterland“ angeboten hat, neue Anschläge auf die Taschen des Volkes, auf die Ehre der Nation, angekündigt hat! Herr Kulerski hielt es bei der Veröffentlichung der Programmrede des Herrn Grafen nicht für erforderlich, dieser Rede ein Wort der Kritik hinzuzufügen, denn der „Herr Volksparteiler“ will einen solchen „Volksefreund“, wie es der Herr Graf ist, nicht verlegen!

Wahrhaftig, die Zukunft unseres Volkes unserer Volksgesamtheit, sieht immer trauriger aus.

Die moralische Fäulnis verbreitet sich bei uns und giebt in allen Richtungen unserer Bewegung in maßgebender Weise den Ton an.

Mit einer entarteten Presse, mit Redakteuren ohne Ehre und Glauben und mit Abgeordneten, die sich aus diesen Sphären rekrutieren, wird die polnische Nation niemals moralische Eroberungen machen und das polnische Volk wird sich aus den Fesseln des Jammers und des Elends nicht befreien.

Fort deshalb vor allen Dingen mit den Abgeordneten, die Verleger und Redakteure sind. Sie haben bewiesen, daß sie das Volk nicht aufklären, sondern verdummen. Trotzdem sagt aber die Gazeta Odska, daß in den projektierten Nationalrat Redakteure und nicht Vertreter der politischen Parteien gehören müßten.

Wie Herr Kulerski sich dreht und windet, wenn er entschieden behauptet, daß er nur die reinste Wahrheit spreche, dafür ein kleines Beispiel aus seinen letzten Ausführungen.

In Nr. 153 seiner Zeitung schreibt er, daß der Wiarus „einem seiner früheren Redakteure gewisse Vergehen vorgeworfen habe“. In Wirklichkeit ist dieser Herr noch bis zum heutigen Tage Redakteur der Gazeta Grudziöndzka, nur arbeitet er nicht, um den Schein aufrecht zu erhalten, in der Redaktion, sondern in seiner Privatwohnung. Die Behauptungen in Nr. 157 der Gazeta Grudziöndzka sind eben solche Lügen.

Hier erklärt Herr Kulerski ebenfalls, daß der „Herausgeber der Gazeta Grudziöndzka, der Abgeordnete Kulerski, einmal etwas von irgendwelchen Vergehen des Herrn K. gehört hat, daß er aber nicht gewußt hat und bis zum heutigen Tage noch nicht weiß, weshalb und wofür Herr J. K. bestraft worden ist“. Das ist eine freche Lüge, denn Herr J. K. hat mir seiner Zeit erzählt, daß er alle seine Vergehen Herrn Kulerski eingestanden habe.

Die weitere Behauptung in demselben Artikel, daß Herr J. K. infolge der Denunziation des Wiarus „in vorgerücktem Alter sein Stückchen Brot verloren habe“, ist gleichfalls eine ausgesprochene Lüge, würdig des Herrn Kulerski. Schon seit einer gewissen Zeit nimmt Herr Kulerski einen Wechsel seiner Redaktionskräfte vor, indem er die älteren hinauswirft und sie durch „neue“ ersetzt. Noch vor dem Angriff des Wiarus auf Herrn J. K. hat dieser geschrieben, daß er wahrscheinlich infolge der unverständlichen Veränderungen von Graudenz werde Abschied nehmen müssen. Weshalb verkündet also Herr Kulerski im Widerspruch zur Wahrheit wie ein Pharisäer dem Volke sein christliches Erbarmen? Freilich ist die „Schale“ so von Lüge und Heuchelei durchtränkt, daß sie stinkt. Herr Kulerski wird übrigens Herrn Brejski unendlich dankbar dafür sein, daß er ihm Grund gegeben hat, vor der Welt den vorgenommenen Wechsel der Redaktionskräfte zu rechtfertigen.

In Nr. 154 hat nach dem Bericht des Wahlvereins in Essen Herr Kulerski auf die Ausführungen des Herrn Merczynski erklärt, „daß die Gazeta Grudziöndzka zum Frieden geneigt war und ist; da aber sie und ihr Verleger von den Gegnern angegriffen werde, habe sie das Recht und die Pflicht, sich von den Vorwürfen zu reinigen.“ Ferner „bediene sich die Gazeta Grudziöndzka nicht brutaler Angriffe, sondern unwiderleglicher Beweise.“

Jedes Wort ist eine Lüge. Mit brutalen Angriffen auf fast alle polnischen Zeitungen ist das zweite Halbjahr der Gazeta Grudziöndzka aus dem Jahre 1909 gespickt. Mit brutalen Angriffen hat die Gazeta Grudziöndzka jene behandelt, die an ihre Drehereien und Heucheleien und an Herrn Kulerski nicht geglaubt

haben. Mich hat die Zeitung sogar mehrere Male ohne die geringste Veranlassung angegriffen. Die Frechheit des schamlosen Angreifens meiner Person reicht bis zur Nr. 95 des vergangenen Jahres.

Soviel zur Charakteristik unserer Verhältnisse und besonders unseres würdigsten Volksvertreters und Volksfreundes.

Wladislaus Grabia-Misczewski.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 552 der Nowa Reforma (Kraau)
vom 2. Dezember 1910:

Preussische Schikanen.

Zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilte das Schöffengericht in Karthaus in Westpreußen ein 15jähriges Mädchen deshalb, weil es polnisch auslagte und sich damit entschuldigte, daß es die deutsche Sprache nicht genügend beherrsche. In der Posener staatlichen Fortbildungsschule wurde für die Metallarbeiter ein Kursus eingeführt, zu dem sich auch einige Polen gemeldet hatten. Am Montag, den 28. November wurden alle zu dem Direktor bestellt, der sie mit ungewöhnlicher Sorgfalt nach Religion und Muttersprache befragte. Das Ergebnis dieser Feststellungen war das, daß zu dem Kursus kein einziger Pole, nur lauter Deutsche zugelassen wurden. Den Behörden geht es darum, den polnischen Handwerkern die gehörige Ausbildung in ihrem Berufe unmöglich zu machen.

Aus Nr. 562 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 3. Dezember 1910:

Aus Oberschlesien.

Obwohl sich die Verhältnisse zwischen der polnischen Bevölkerung und dem katholischen Zentrum gegenüber den polnischen Kandidaturen bei den Gemeindewahlen zugespitzt haben, so besteht das Kompromiß zwischen den Polen und dem Zentrum, bei den Landtagswahlen, worauf die schlesischen Blätter besonders Gewicht legen, nach wie vor zu Recht weiter. Aus diesem Grunde hatte das polnische Wahlkomitee gegen die Aufstellung einer Zentrums kandidatur bei der Landtagsergänzungswahl im Wahlkreise Kosel-Neobischütz nichts einzuwenden. Auf Grund dieses Kompromisses werden jetzt die polnischen Wähler ihre Stimmen dem Zentrums kandidaten Heißig im Wahlbezirk Gleiwitz geben.

Aus Nr. 562 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 3. Dezember 1910:

Die Stadtverordnetenwahlen in Posen.

Im Gegensatz zu Posen, wo die Polen bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen einen großen Sieg davongetragen haben, indem sie 4 neue Mandate eroberten, macht sich in der Provinz auf polnischer Seite eine große Nachlässigkeit bemerkbar, und an vielen Stellen haben die Polen ihre Mandate eingebüßt. In Bronke, Unruhstadt und Rogasen haben die mit den Juden verbündeten Deutschen gesiegt. In Patosch haben die Polen ihren Kandidaten nur in der dritten Klasse durchgebracht. In der zweiten Klasse haben infolge Nichtbeteiligung einiger Polen an den Wahlen die Deutschen gesiegt. In Krotochin haben sich die Polen an den Gewerbegerichtswahlen garnicht beteiligt

trotzdem ihnen der Sieg dort sicher war. Infolgedessen wurden lauter Deutsche gewählt, während das Gewerbegericht bis jetzt aus lauter Polen bestand.

Aus Nr. 556 der Nowa Reforma (Kraśau)
vom 5. Dezember 1910:

Preussische Nachsucht.

Die Besetzung des bekannten Drzymala in Kaiserslautern, Kreis Bismarck, kaufte im vorigen Jahre der Ansiedler Emil Conrad aus der Gegend von Berlin. Ähnlich wie den Drzymala, verfolgten die Behörden auch diesen protestantischen Deutschen mit Strafen. Man gestattete ihm nicht, sich ein Wohnhaus zu bauen, schließlich beseitigte man ihn gewaltsam aus einem Stalle, in dem er wohnte und brachte ihn im Gemeindehause unter. Der Berliner Conrad gab den Kampf jedoch nicht auf und will sich überzeugen, weshalb man mit ihm ebenso, wie mit Drzymala, verfährt. Indes ist es kein Geheimnis mehr. Seine Ehefrau ist nämlich eine geborene Strzeczak, also eine Polin und Katholikin.

Aus Nr. 332 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 5. Dezember 1910:

Die Volkszählung in Preußen.

Am 1. Dezember fand in ganz Preußen eine Volkszählung statt. Für die Polen in den preussischen Landesteilen war der Tag, mit Rücksicht auf das „Maulkorbgesetz“, das an Orten von weniger als 60 v. H. polnischer Bevölkerung die Abhaltung von Versammlungen in polnischer Sprache verbietet, von hervorragender Bedeutung. In erster Linie war Posen interessiert, wo bei der letzten Volkszählung infolge verschiedener Ursachen $\frac{1}{2}$ v. H. zu den vom Gesetz geforderten 60 Prozent fehlte. Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß Posen mehr als 60 Prozent v. H. Polen zählt.

Aus Nr. 12 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 12. Januar 1911:

Die Sachsengänger.

Der deutsche Statistiker Professor Caro, ein Spezialist in Arbeiterfragen, insofern diese irgend etwas gemeinsames mit der Statistik haben, veröffentlichte einen Rechenschaftsbericht über die Saisonarbeiterbewegung in Deutschland. Er hebt darin hervor, daß die Zahl der Arbeiter aus Galizien und dem Königreich stetig wachse. Allein die Zentralstelle der Landwirtschaftskammer in Posen habe beinahe 20000 Saisonarbeiter mehr im Jahre 1908/9 bezogen, als in der vorhergehenden Saison. Es sei dies natürlich nur ein kleiner Bruchteil der Zahl der Auslandsarbeiter, deren Gesamtziffer in der Provinz Posen über 70000 Köpfe betragen habe. Diesem notwendigen „Übel“ entsprechend, wachse die Zahl der polnischen Bergarbeiter im Westen. Der Regierungsbezirk Düsseldorf zählte deren bereits 45000, Arnberg 97700 und Münster 40000. In 67 Gemeinden bildeten die Polen die Mehrheit, in 414 überschritten sie die Zahl 25 v. H. der Gesamtbevölkerung. Im allgemeinen lieferten die vier östlichen Provinzen: die Provinz Posen, Ost- und Westpreußen und Pommern, $\frac{1}{3}$ aller Bergarbeiter in Westfalen und in der Rheinprovinz. An ihrer Stelle werde der Auslandsarbeiter immer nötiger, obwohl er in vieler Hinsicht seinen Arbeitgebern unbedeutend werde. Die Fälle des

Vertragsbruches und des Verlassens der Landarbeit, bei der lediglich polnische Arbeiter beschäftigt werden dürften, mehrten sich.

Aus Nr. 19 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 12. Januar 1911:

Gegen die traurigen Erscheinungen in der Presse

protestiert der Posener Journalisten- und Literaten-Verein in einer gestern veröffentlichten Resolution. Der Verein verurteilt aufs strengste die unwürdigen gegenseitigen Angriffe zweier polnischer Zeitschriften, der Gazeta Grudziądzka und des Wiarus Polski, die einen unermesslichen Schaden nicht nur dem Journalistenstande, sondern auch der ganzen polnischen Gesellschaft verursachen, gleichzeitig protestiert er aber auch gegen das Verhalten einiger polnischer Zeitschriften und Rechtsanwälte, die vor Gericht Prozesse nicht nur gegen die verantwortlichen Redakteure, sondern auch gegen die Chefredakteure und Mitarbeiter der Zeitschriften Prozesse anstrengen und ihre Redaktionsgenossen zu eidlichen Aussagen zwingen.

Aus Nr. 91 des Deutschen Volksblattes
für Galizien

vom 13. Januar 1911:

Deutschgalizische Mittelschulfragen.

(Polonisierung der deutschen Mittelschuljugend in Galizien. Wie erhalten wir unsere Kinder an den polnischen Anstalten deutsch? Unsere Forderung von deutschen Mittelschulen in Galizien.)

II.

Das Schwergewicht liegt hierbei in der Volksschule. Schon hier muß in die zarte Kindesseele die Liebe zur Muttersprache und zu deutschem Wesen gepflanzt werden. Die Hauptfrage des Bundes der Deutschen in Galizien muß die vollkommene Ausgestaltung des deutschen Volksschulwesens sein. Ein hoffnungsfroher Anfang ist auf diesem Gebiete durch die ergebige Hilfe des deutschen Schulvereins bereits gemacht worden. Da heißt es nicht erlahmen noch ermatten, bis in der letzten deutschen Gemeinde eine deutsche Schule mit gesinnungstüchtigen deutschen Lehrern dasteht. Ist dann der Lehrer gut deutsch, so können wir auch um das völkische Bewußtsein jener Mittelschuljugend unbesorgt sein, die er unterrichtet hat.

Hand in Hand mit der Schule muß auch im deutschen Hause ein bewußt deutscher Geist einkehren. Wenn daheim die Eltern deutsche Treue, Fleiß, Sittlichkeit und deutsche Tugend üben, so können ihre Kinder nicht anders als gut deutsch heranwachsen. Auch da erwächst dem Bunde ein weites Feld seiner versittlichenden Betätigung. Was an Deutschen unsrem edlen Ringen um unser Volkstum noch gleichgiltig ferne steht, muß durch nimmermüde Werbetätigkeit und Aufklärung dem Bunde angegliedert werden. Dann muß wacker an der kulturellen Hebung unsrer von dem Quellsprache deutscher Bildung und deutschen Wissens durch Jahrzehnte abgeschnittenen Brüder auf dem flachen Lande, ja oft in der gottverlassensten Wildnis, durch Gründung von Büchereien und durch belehrende Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten gearbeitet werden. Volksschule und Elternhaus sind die beiden Mächte, welche den sichersten Damm gegen die Gefahren der Polonisierung an der polnischen Mittelschule legen.

Kommt der Knabe auf eine solche Mittelschule, dann muß er erst recht betreut werden; wenigstens ist

ein wirksames Gegengewicht gegen den Ansturm des polnischen Geistes, in dessen Bann er gerät, zu schaffen. Es muß daher Sorge getragen werden, daß unsre deutsche Mittelschuljugend in den Städten bei gut deutschen Familien untergebracht werde. Diese Frage ist leicht lösbar und sollte sofort in Angriff genommen werden.

Allerdings wäre damit nur ein Teil der Arbeit getan. Den besten nationalen Schutz gewähren Studentenheime. Damit sind wir bei der brennendsten Frage angelangt. Die Errichtung von deutschen Studentenheimen ist dringend notwendig. Es sind Fälle bekannt, wo deutsch-katholische Eltern, in Ermangelung ähnlicher deutscher Anstalten, ihre Kinder in polnische Burzen gaben, wo sie natürlich mit offenen Armen aufgenommen wurden. Aber woher soll das arme deutschgalizische Volk die Mittel dazu aufbringen? Polnische und zum Teil auch ruthenische Studentenheime werden von den Stadtgemeinden und vom galizischen Landesauschusse freigiebigst unterstützt. Die Deutschen in Galizien haben wohl nie zu befürchten, von den Polen einen Heller zu erhalten. Dies lehrt uns die evangelische Schule in Lemberg, der die Lemberger Stadtgemeinde die geringfügige Subvention mit der Aufforderung entzog, an ihr die polnische Unterrichtssprache einzuführen. Wohl gemerkt! den Antrag unterstützte ein Renegat, der sich auch „Protestant“ schimpfen läßt. —

Also Studentenheime sind zur Deutscherhaltung unsrer Mittelschuljugend unumgänglich notwendig. —

Ein himmelschreiendes Unrecht, den deutschen Kindern angetan, sollte von der hierzu berufenen Schulbehörde endlich abgeschafft werden.

Es ist schon vom moralischen Gesichtspunkte verwerflich, daß unsre deutschen Kinder an den polnisch-patriotischen Feierlichkeiten in der Schule teilnehmen. Wir Deutschen in Galizien sind deutsch und gut österreichisch gesinnt; den polnischen Patriotismus — unsrerwegen — in Ehren, aber er steht im grellsten Widerspruch zu unsrer völkischen und patriotischen Überzeugung, und wir protestieren dagegen, daß unsre Kinder zu Verrätern am eignen Volk und zu Revolutionären an den österreichischen Schulen herangezogen werden! Wenn auf den Glauben der Schüler Rücksicht genommen wird, wenn Katholiken, Protestanten und Juden an den Mittelschulen ihre eignen Religionslehrer haben, so sollte folgerichtig auch auf das nationale Empfinden der Schüler Rücksicht genommen werden, da dies schon die österr. Gesetzgebung vorschreibt.

III.

Die Forderung der Deutschen Galiziens nach deutschen Mittelschulen.

Die angeführten Maßregeln zum Schutze unsrer Mittelschuljugend vor Polonisierung, vermögen natürlich nicht in vollem Maße Abhilfe zu schaffen. Volle Bürgschaft für die Deutscherhaltung unsrer Jugend kann uns nur eine deutsche Mittelschule gewähren. Daß eine solche für uns Deutsche in Galizien aus nationalen und kulturellen Gründen eine Lebensfrage ist, unterliegt wohl nach den bisherigen Ausführungen keinem Zweifel. Es handelt sich nur um die Berechtigung dieser Forderung.

Sind wir Deutschen in Galizien überhaupt berechtigt, die Forderung nach einer eignen Mittelschule zu erheben?

Die selbstverständliche Pflicht des Staates und des Landes bei der Berufung der deutschen Kolonisten war, insbesondere für ihre geistigen und kulturellen Bedürfnisse zu sorgen. Denn sie wurden doch nur deshalb ins Land gerufen, um als Deutsche durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur dem verrotteten Lande wieder aufzuhelfen. Folgerichtig hätte es dem

erwünschten Zwecke entsprochen, wenn die Regierung es sich zur Aufgabe gestellt hätte, für den kulturellen Fortschritt der deutschen Kulturträger in Galizien auch zeitgemäß Sorge zu tragen. Kaiser Josef II. war sich dieser Pflicht bewußt und sorgte für genügende Schulen für die Deutschen. Die Regierungen nach ihm haben aber bis auf den heutigen Tag uns Deutsche in Galizien ärger als stiefmütterlich behandelt:

Unsere Volksschulen müssen wir uns selbst erhalten. Ja noch mehr! Die Regierung schaut teilnahmslos zu, wie die polnischen Schulbehörden gegenwärtig mit drakonischen Maßregeln gegen unsere deutschen Schulen vorgehen, sie sperren, die Lehrer verjagen und die Gemeinden anweisen, polnische Schulen zu errichten! So wurden in jüngster Zeit die deutschen Schulen in Engelsburg, Diamantheim, Horocholina und Terešówka gewaltsam gesperrt, aus ganz nichtigen Gründen. Typisch für das Vorgehen der polnischen Schulbehörden gegenüber den deutschen Schulen ist folgender Fall: Die deutsch-katholische Gemeinde in Ludwikowka, Bezirk Dolina, ersucht um Bewilligung zur Gründung einer öffentlichen deutschen Volksschule (bisher besteht daselbst eine öffentliche polnische Schule!); die Gemeinde erhielt nun vom k. k. Landes Schulrat folgenden Bescheid vom 18. Oktober 1909 Z. 45.841: Der Landes Schulrat kann die Errichtung einer deutschen Schule nicht gestatten und es wird das Gemeindeamt in Ludwikowka aufgefordert, eine Vollversammlung des Gemeinderates einzuberufen und die Errichtung einer Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache zu beschließen. (!) Dabei ist die deutsche Sprache in Galizien als landesüblich gesetzlich anerkannt! Es entsteht nun die Frage: Sind vielleicht wir Deutschen in Galizien ein kulturell minderwertigeres Volk als die Polen und Ruthenen? Die Tatsachen sprechen dagegen. Die deutsche Schule ist auch in Galizien anerkanntermaßen besser als die slawische, der Deutsche in Galizien hat ein größeres Bildungsbedürfnis und eine größere Bildungsfähigkeit als der Pole und Ruthene, Beweis dessen ist, daß der Deutsche im galizischen Alphabetenheere im Verhältnisse zu jenen den geringsten Prozentsatz stellt. Der Deutsche in Galizien erfreut sich in der öffentlichen Meinung als Landmann und Handwerker, als Kaufmann, Lehrer, Beamte und Soldat eines besseren Rufes als der Slawe. Endlich haben wir schon als Zweig nicht eines Zwergvolkes, sondern des ersten und größten Kulturvolkes ein billiges Recht auf gleichwertige Behandlung in kultureller Beziehung mit den beiden slawischen Stämmen des Landes!

Aber auch der Grund der Bevölkerungsziffer ist es keine Annahme, wenn wir die Forderung nach deutschen Mittelschulen in Galizien erheben. Das galizische Mittelschulwesen im nationalen Verhältnisse der Bevölkerung ergibt ziffernmäßig folgendes Bild: Nach dem statistischen Ausweis des galizischen Landes Schulrates vom Schuljahre 1908/09 gab es in Galizien insgesamt 56 staatliche Gymnasien und 5 selbständige Filialgymnasien, zusammen 61 Gymnasien; weiter bestanden in diesem Jahre 11 vollständige Realschulen. Von diesen 72 staatlichen Anstalten waren 65 polnisch, 6 ruthenisch und ein polnisches mit deutscher Unterrichtssprache (das sogenannte „deutsche“ Gymnasium in Lemberg; siehe darüber unten). Außerdem zählte Galizien 17 Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, 8 polnische und 9 uralquistische (polnisch-ruthenisch). Im ganzen waren es also 89 Mittelschulen. Verteilt man sie auf die 3 Millionen Einwohner, so kommt auf 89 000 Einwohner eine Mittelschule obiger Typen. Nun haben aber die $3\frac{3}{4}$ Millionen Polen allein 72 solcher Schulen, das macht auf 50 000 eine Anstalt aus. Wie arg die Ruthenen, nebenbei gesagt, von den Polen auf dem Gebiete des Mittelschulwesens majorisiert werden,

erhebt daraus, daß sie bei einer Stärke von ebenfalls $3\frac{3}{4}$ Millionen nur sechs staatliche Gymnasien, keine einzige Realschule und auch keine eigene rein ruthenische Lehrerbildungsanstalt besitzen, so daß auf 620 000 Ruthenen eine Mittelschule kommt! Die 120 000 arischen Deutschen Galiziens haben natürlich keine eigene Mittelschule. Bedenkt man aber, daß die staatlichen Schulen interkonfessionell sind und sich bei der Volkszählung von 1900 in Galizien auch 130 000 Juden zur deutschen Umgangssprache bekannten, so folgt daraus, daß die Deutschen in Galizien im Verhältnis zu den Polen fünf Mittelschulen beanspruchen dürfen! Jedenfalls aber unterliegt es keinem Zweifel, daß sie schon der Stärke ihrer Bevölkerung nach berechnete Ansprüche auf eine staatliche Mittelschule haben.

Dem gegenüber sind aber die Polen um eine Antwort nicht verlegen. Sie werfen sich in die Brust und erklären im österreichischen Parlamente: „Was wollt Ihr denn von uns? Seht doch unseren Edelmüt! Wir erhalten für die Deutschen in Galizien ein deutsches Gymnasium!“ Sand in die Augen! Eine bewußte Lüge! Erstens ist es kein deutsches Gymnasium, nicht einmal dem Namen nach. Vielmehr ist es ein polnisches Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache. Dann wird es nicht dem deutsch-galizischen Volke zuliebe geduldet, sondern besteht der deutschen Militärkinder der starken Lemberger Garnison wegen. Endlich aber können wir Deutschen Galiziens ruhigen Herzens auf dieses „deutsche“ Gymnasium verzichten, weil gerade diese Anstalt eine Hochburg des polnischen Chauvinismus ist. Die Amtsführung ist polnisch. Es gibt an ihr keine deutschen Professoren. Ein Beweis dafür ist, daß das Lehrerkollegium einige tausend Kronen zur Grunwaldspende zeichnete. Die meisten Professoren radebrechen das Deutsche zum Gaudium der deutschen Schüler. Manche Lehrer versteigen sich in ihrem Deutschhass so weit, daß sie die deutschen Schüler ob ihres Deutschtums verhöhnen und verfolgen. Übrigens wird polnischerseits mit aller Gewalt daran gearbeitet, um auch diesen Rest von Deutschtum am „deutschen“ Gymnasium verschwinden zu machen. Die Anstalt wird wohl binnen kurzem daselbe Schicksal erleiden, wie 1906 das „deutsche“ Gymnasium in Brody, es wird in ein polnisches umgestaltet werden. In der Anstalt selbst wird fleißig daran gearbeitet. Ist doch die Drangsalierung der deutschen Schüler seitens einiger polnischer Professoren bereits berichtigt. Vor allem werden die Forderungen aus Polnisch derart hinaufgeschraubt, daß sich in dieser Hinsicht keine polnische Anstalt mit dem deutschen Gymnasium messen kann. Trotz allen Fleißes kann ein deutsches Kind diesen überpannten Ansprüchen des Professors nicht genügen. Die Folge davon ist dann ein allgemeines Durchrasseln der Deutschen im Polnischen.

Den Hauptstreich gegen den äußerlich deutschen Charakter der Schule suchte die Direktion selbst am Schlusse des Schuljahres 1907/08 zu führen. Die skandalösen Vorgänge bei den Einschreibungen in die erste Klasse anfangs Juli 1908 sind den Deutschen noch in Erinnerung und sie führten zu einem telegraphischen Protest der Eltern beim Unterrichtsministerium. Der Plan war nicht übel. — Die Direktion verweigerte die Aufnahme von Schülern in die 1. Klasse — Raum mangels wegen! Dadurch wäre die Parallele der 1. und in den folgenden Jahren fortschreitend in den übrigen Klassen ausgelassen worden — und eines schönen Tages hätte der Polenklub mit der unschuldigsten Miene die Umwandlung des „deutschen“ Gymnasiums in Lemberg in ein polnisches in aller Stille durchgesetzt. Aber wie gesagt, an diesem „deutschen“ Gymnasium in Lemberg ist dem deutschen Volke in Galizien wenig gelegen.

Vielmehr beansprucht es eine deutsche Mittelschule, die nicht nur dem Namen nach, sondern vor allem dem Geiste nach deutsch sei. Von den Polen haben wir keine Gerechtigkeit zu erwarten. Die übrigen Nationen in Galizien scheinen nur dazu vorhanden zu sein, um den polnischen Säckel zu füllen und mitzuheffen am Aufbau des Polenreiches. Denn das blutarme Galizien wirft schwere Tausende nach Schlesien (!) zur Gründung und Erhaltung polnischer Schulen. Für die Erhaltung des polnischen Gymnasiums in Biala allein hat der galizische Landtag 60 000 K pro 1911 bestimmt. Und dagegen konnte auch die ruthenische Obstruktion nichts tun. Wollen wir Deutsche in Galizien eine deutsche Mittelschule erhalten, dann müssen wir uns an die Staatsregierung halten, andererseits aber auch selbst opferwillig sein. Lernen wir doch von unserem Gegner nationale Realpolitik. Hat nicht der Polenklub, der politische Vertreter Galiziens, der Regierung die Verstaatlichung des polnischen Gymnasiums in Teschen und der Lehrerbildungsanstalt ebenda abgerungen? Dieser Weg, den uns die Polen weisen ist wohl der kürzeste, der zur Erreichung des gesteckten Zieles führt. Wenn erst in irgend einem galizischen Bezirke mit namhafter deutscher Bevölkerung — es kommen Strzyj, Stanislaw und Kolomea in Betracht — eine private deutsche Mittelschule entsteht, dann ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß, wenn sich unserer die deutschen Abgeordneten ebenso tatkräftig annehmen werden, wie die galizischen polnischen Abgeordneten die polnischen Forderungen in Schlesien energisch vertreten, daß die Regierung dereinst sich ihrer Pflicht dem deutschen Volke in Galizien gegenüber bewußt wird, und ihm das gibt, was diesem patriotischen, nach deutscher Kultur dürstenden, vom polnischen Chauvinismus schmächtig bedrückten und von der Regierung bisher totgezählten Teile der österreichischen Staatsbürgerschaft von Rechts wegen gebührt.

Was einem deutschen Zählungskommissar bei den k. k. polnischen Behörden vorkommen kann. Weinbergen.

Nach § 28 des Gesetzes vom 29. März 1869 ist die Gemeinde berechtigt, eine geeignete, ihr Vertrauen besitzende Person zum Zählungskommissar vorzuschlagen. So kam es, daß in Weinbergen auf Wunsch der Gemeinde der dortige Lehrer die Zählung vornehmen sollte. Am 20. Dezember wurde nun derselbe zu einer Prüfung zur k. k. Bezirkshauptmannschaft geladen. Ganz erstaunt, daß man ihn prüfen wolle, ohne ihn zuvor über seine Tätigkeit bei der Zählung unterwiesen zu haben, begab er sich nach Lemberg. Dort waren auch schon die Zählungskommissare aus andern Gemeinden versammelt, die nun alle polnisch-ruthenisch vorgedruckte Bogen zum ausfüllen erhielten. Auf die bescheidne Anfrage des Lehrers hin, ob es denn nicht auch deutsche Bogen gäbe, wurde der die Prüfung leitende Beamte sichtlich nervös und meinte, daß solche erst später eintreffen würden. Damit mußte der Lehrer sich zufrieden geben und fing nun an, die polnischen Rubriken zu studieren. Der Prüfungsbeamte gab sodann Aufgaben und die Arbeit — nein das Lamento — begann. Auch unser Lehrer war über das Ausfüllen der einzelnen Rubriken im Zweifel, denn meistens hieß es: siehe § x x der Verordnung vom so und sovielten usw. Abermals machte er nun einen untertänigen Buckel und ersuchte den Herrn Prüfungsleiter um Ausfolgung der für die Zählungskommissare bestimmten Instruktion. Wieder ein lebhaftes Bedauern, Achselzucken und die Worte: die Statthalterei hat die Instruktion selbst noch nicht er-

halten und im übrigen sind Sie ja Lehrer und werden sich schon zu helfen wissen. Also wieder zurück an das Ausfüllen der Bogen. Er schreibt nun: Galizien; Bezirk: Lemberg; Gemeinde Weinbergen usw. Plötzlich wird er am Rockärmel gezupft und einer seiner Leidensgenossen, mit großen Schweißtropfen auf der Stirne, fleht ihn an, doch polnisch zu schreiben, da er sonst nicht abschreiben könne. Er macht es ihm verständlich, daß er dann selbst dabei schwitzen würde, doch auf die wohlgemeinte Bemerkung eines Ruthenen hin, der ihm zu verstehen gab, lieber hier polnisch ausfüllen und nach der Bestätigung deutsch, als gar nicht bestätigt zu werden, läßt er sich aus Nächstenliebe herbei und schreibt polnisch. Endlich waren sie fertig. Unser Lehrer wartete auf seine Bestätigung. Doch siehe da am 31. Dezember bekommt die Gemeinde die Bestätigung, daß ein Respizient der Finanzwache die Zählung vornehmen wird. Und der von der Gemeinde gewählte Zählungskommissar — — —? Also sofort nach Lemberg in die Bezirkshauptmannschaft und was erreicht? Wieder lebhaftes Bedauern, Achselzucken und die Worte: Ja, der Herr, der die Sache unter sich hat, ist heute leider abwesend und ich bin außerstande, etwas zu verfügen. Wütend läuft unser abgeblitzte Zählungskommissar hinaus. Da klopfte ihm einer auf die Schulter und sagt: Trösten Sie sich, Sie sind nicht der erste, dem es so kam, man will eben keine deutschen Kommissare. Und damit war die Sache abgetan. So sind die Behörden in allen deutschen Gemeinden vorgegangen. In Galizien gelten die österreichischen Gesetze gar nichts; hier legt sich jeder Bezirkshauptmann sein eigenes Gesetz zurecht, nach welchem Sokolhauptidee und Ueberläufer allen redlichen Menschen deutscher Nation entschieden vorzuziehen sind. — Was sagt die k. k. Statthalterei zu solchen Vorfällen? Ist das polnische Gerechtigkeit?!

Aus Nr. 13 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 9. Januar 1911:

Das polnische Haus und seine Bedeutung.

Manchmal kam es mir in den Sinn, daß derselbe polnische Individualismus, der in so großem Maße zum Fall des Staates beigetragen hat, unser Volk vor der Vernichtung bewahrte. In dem Gemache, das sich polnische Republik nannte, lebten die schlecht gefügten Ziegeln ihr eigenes Leben — und als das Gebäude zusammenstürzte, hörten sie nicht auf zu leben. Die Mächte, die unter sich die polnischen Lande teilten, verstanden es nicht und konnten es auch nicht verstehen, daß das, was die Ursache der geringen staatlichen Widerstandsfähigkeit gewesen ist, die Veranlassung zu einer großen nationalen Widerstandsfähigkeit werden wird. Zweifelsohne würde es für uns hundertfach besser gewesen sein, wenn das Bindwerk des Gebäudes sich stärker erwiesen hätte; doch nicht minder ist es eine Tatsache, daß nach der unglückseligen Katastrophe man Polen in jedem polnischen Hause totschlagen mußte — und das ist eine alle Kräfte des Staates übersteigende Aufgabe.

Ein solcher Stand dauerte seit den Teilungen. Man löschte die große Flamme auf dem Forum aus, aber die häuslichen patriotischen Feuer brannten hell. Es zeigte sich, daß ein äußerer Druck, wenn auch der längste und unerbittlichste, der Nation die Qualen vermehren kann, — doch töten kann er sie nicht. Die polnische Idee kann nur durch Selbstmord enden oder durch eine innere Krankheit. Geschieht dies nicht, so wird sie die schlechten Zeiten überdauern und muß

nach dem persönlichen Lauf der menschlichen Dinge bessere Zeiten erleben.

Und solche Aussichten verstärken noch die Aufgabe des polnischen Hauses. Das frühere Haus hatte nur mit äußerer Gefahr zu tun gehabt — das heutige meist noch mit den innern Kämpfen. Umsonst würden wir uns und anderen einzureden versuchen, daß wir gegenwärtig ebenso gesund sind, wie wir es noch vor einer nicht allzulangen Zeit waren, und daß diese Idee welche unsere Häuser durch ein ganzes Jahrhundert in unbefleckter Reinheit bewahrt haben, nicht beschmutzt wurde im Streite und der Unklarheit der letzten Jahre. Heute gibt es nicht unter den Fremden und Feinden, sondern unter uns selbst solche, welche diese Idee hassen, es gibt solche, welche sie bespeien. Und diese innere Epidemie, verbreitet durch fremde Elemente, eine fremde Schule und auch zum Teil fremde Literatur, ist die größte Gefahr, die uns bisher gedroht hat. Besitzen wir nun Mittel zur Rettung? Zweifelsohne — nicht überall hat man sie uns genommen, und wo man dies tun wollte, dort konnte man sie uns nicht alle wegnehmen. Wir haben in einigen Landesteilen wissenschaftliche Institute, wir haben auf der ganzen Fläche der früheren Republik eine eigene Literatur, wir haben eine Presse, die der Ausdruck der öffentlichen Meinung ist — und endlich die Atome des öffentlichen Lebens, welche durch alle Risse der uns niederdrückenden Felsenblöcke an die Oberfläche gelangen. Wir dürfen es jedoch nicht vergessen, daß, wenn eine Presse, die uns gesund machen will, existiert, so existiert auch eine solche, die uns zersetzt. Wenn eine Literatur, die das Leben steigert, existiert, so existiert auch eine solche, die uns in den Tod drängt. Diese Waffe können alle Hände ergreifen, wie man auch im öffentlichen Leben neben den Baumeistern Zerstörer antrifft. Nicht in unserer Hand haben wir also die Aufklärung des Volkes und vor allen Dingen nicht die Erziehung der Jugend.

Also gegen diese inneren Bestrebungen zur Untergrabung der polnischen Idee und gegen diese Gefahr, die in der Tat drohend ist, mußte neben allen Kräften, über die wir verfügen, in erster Linie das polnische Haus auftreten.

Möge diese Festung auch dem innern Feinde standhalten. Möge sie wie bisher der Träger der Tradition und des Patriotismus sein — aber möge sie sich damit heute nicht mehr zufrieden geben.

Die Traditionen können nämlich ebenso aufbewahrt werden, wie Familienkleinodien. Gut verschlossen gehen sie nicht verloren — aber sie ersirahlen auch nicht. Die polnische Tradition mußte strahlen. Sie mußte das Leben bestrahlen und es färben. — Der Patriotismus kann passiv oder aktiv sein. Nicht genug ist es, im Polentum kraftlos zu stecken und deswegen ein Pole zu sein, weil du als solcher geboren und nicht etwas anderes sein kannst. Pflicht eines polnischen Hauses ist es, eine starke, geschlossene und tätige Familie zu schaffen, und Pflicht der Familie ist es, dem Kinde die Überzeugung einzuimpfen, daß der Patriotismus sein Führer, Wegweiser und Ziel aller Taten auf dem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen, dem sozialen und künstlerischen Gebiete — mit einem Wort: Die Feuerjähle sein müsse, von der der Dichter sagt: „Daß sie am Tage wie die Sonne, in der Nacht wie die Glut führe!“

Doch damit nicht genug. Es genügt nicht, der inneren Zersetzung, wenn auch sehr energisch, zu widerstehen. Man muß sie in ihren Herden durch Arbeit, Überzeugung, Liebe, öffentliche Tugend und das Beispiel der Opferwilligkeit zu zerstören suchen. Das polnische Haus soll die Kinder so erziehen, daß sie die volle Kraft und den Willen haben, die Ausdehnungsherde zu suchen und überall dort, wo diese in Erscheinung

treten, die ideale Desinfektion durchzuführen. Die Nation muß sich gegen die moralische Epidemie ebenso verteidigen wie die Gesamtheit gegen die physische; weil aber die gewöhnlichen Faktoren, die bei anderen Gesamtheiten zu einem solchen Kampfe berufen sind, sich nicht in unserer Hand befinden — so muß eben die Verteidigung das Haus übernehmen. Wird das Haus die Verteidigung übernehmen und durchführen, so wird es zuerst: die nationale Aufgabe und dann auch die Erziehung erfüllen. In den Seelen der Kinder eine solche erhabene Idee, wie den Patriotismus, einzupflanzen, heißt, sie veredeln und vor allen minderwertigen und niederträchtigen Einflüssen bewahren — das heißt die aller leichtesten Vergnügungen gierigen Tiere in wirkliche Menschen — und die gewöhnlichen „Brotesser“ in Ritter einer großen Sache zu verwandeln.

Im Hause kann dieses vor allen Dingen die Frau vollbringen. Den Vater reißen vom häuslichen Herd Berufspflichten; die Mutter ist immer mit den Kindern zusammen. Sie formt das Material ihrer Seelen. Das, was sie ihnen einimpft, wird auf immer in ihrem Organismus bleiben. Sie macht sie widerstandsfähig, sie gibt ihnen den Mut und den Willen zum Kampf für die Ideale, sie — den künftigen Sieg.

Und schließlich, von ihr hängt es hauptsächlich ab, daß mit der Zeit die kleinen häuslichen Feuer in ein ruhiges, großes, ebenedeities und allgemeines Feuer zusammenfließen.

Heinrich Sienkiewicz.

Aus Nr. 8 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 8. Januar 1911.

Unsere Westmarken.

Aus Posen erhalten wir folgenden Brief:

Trotz des einen politischen Grundsatzes, der im preußischen Anteil angewandt wird, ist die Art, auf welche die Behörden mit den Polen verfahren, nicht überall die gleiche. Sie hängt von der historischen und ethnographischen Bedeutung ab, an welche die Regierung ihre Politik der Germanisation und Expropriation anlegt.

Am stärksten ist die Regierung dort tätig, wo die Tradition am lebhaftesten und die Lebenskraft am wenigsten abgenutzt ist: im Großherzogtum Posen und in Westpreußen. Andere Landesteile, wie Schlesien, Ermland und Masovien kennen die Ansiedlungskommission und das Ansiedlungsgesetz nicht. Ebenfalls vom Landesteil abhängig sind die Schulvorschriften, denn ein einheitliches Schulgesetz besitzt Preußen nicht — die Art der Gemeinde- und Bezirksverwaltung, das Verhältnis der Regierung zu den Kirchenbehörden, ja sogar das neue Vereinsgesetz macht zwischen den Kreisen einen Unterschied. Vor der Zudringlichkeit des ihm mit Gewalt aufgebürdeten Deutschtums verteidigt sich Großpolen nach Möglichkeit, und die Mittel und Wege bedingen das Angriffssystem der Regierung und die wirtschaftliche und soziale Lage des gegebenen Landesteils. Die Einzelheiten dieser Verteidigung sind genau bekannt. Schlesien — oder „Alt-Polen“ — seit Jahrhunderten dem Raub des Deutschtums ausgeliefert, hat bis vor kurzem nur in seinen südlichen und östlichen Bezirken noch die Muttersprache bewahrt. Politisch dachte es gar nicht. Diese Arbeit überließ es den es leitenden Zentrumsgeistlichen. Seine Kraft und Bedeutung hat es erst dann erkannt, als nach dem Kulturkampf die Regierung die Volkssprache in der Schule,

der Kirche, im Amt und in Versammlungen — und diese waren überwiegend religiös — zu verfolgen anfang.

Die preußische Regierung hatte hier allerdings mit einer zusammenhängenden, aber politisch und kulturell nicht aufgeklärten Arbeitermasse zu tun. — Die Arbeit dünkte ihr also leicht. Die Wirkung war gerade gegenteilig. Mit dem Moment, als man die heiligsten Gefühle des Volkes antastete, als die Geistlichen die Germanisationspolitik in Schule und Kirche hineinbrachten, machte Schlesien auf. Die populären Schriften Miarkas fingen an, sich im Lande zu verbreiten, an der Aufklärung des Arbeiters arbeiteten Zeitungen in der Art des Katolik, es fanden sich Laster in der einheimischen und zugewanderten Intelligenz und heute rafft sich dieser große Bruchteil der polnischen Gesamtheit aus der Erstarrung auf, sendet Abgeordnete in den Land- und Reichstag, und läßt sich nicht mehr germanisieren. Die größte Sorge wird es sein, ihn von der Sozialdemokratie zu bewahren, die bei der verhältnismäßig großen Koalitionsfreiheit in den Fabrikzentren zu den Industriearbeitern leichteren Zutritt hat. Als Verteidigerin kann hier die Kirche auftreten. Dieses hat derjenige Teil der Geistlichkeit verstanden, der die elementare Kraft des Volkes fühlend, auf dessen Seite übergegangen ist. Diese Zahl ist vorderhand noch klein; die bischöfliche Behörde in Breslau legt auf alle nationalen Erscheinungen in der Kirche ihre schwere Hand, aber auch sie wird vor der unaufhaltsamen Bewegung von unten kapitulieren — oder auf ihren Einfluß Verzicht leisten müssen.

Schlimmer liegen die Dinge im katholischen Ermland im protestantischen Masovien. Auch hier hat die Regierung — ebenso wie in Schlesien — nur mit dem dritten Stand zu tun, aber dieser Stand hat, außer seiner völligen Abhängigkeit von den deutschen Arbeitgebern, keinerlei Koalitionseinrichtungen. Die geistliche Behörde ist dort von der staatlichen Behörde, die außerdem Beamte verschiedener Art zur Disposition hat, völlig abhängig.

Von dem Despotismus der Beamten zeugt die Tatsache, daß in Ermland schon seit vielen Jahren keine Versammlungen stattfinden können, weil der Saalbesitzer, die Polizei fürchtend, ständig die Abhaltung einer Versammlung in seinen Lokalitäten verweigert. So oft man sich in einem Privathause versammelt hatte, schritt der Gendarm oder Kommissarius ein und löste die Versammlung unter allerlei Vorwänden auf.

Der größte, weil unmittelbare Feind des Polentums ist dort die Kirche und die Schule. Klein nur ist noch die Zahl der Parochien, wo man polnische Predigten abhält, wo der Ermländer in der Muttersprache singen und beten hört. Unter der vom Leben und den kulturellen Strömungen abgeschnittenen Landbevölkerung spielen die größte Rolle der Geistliche, der Lehrer und der Organist. Die beiden ersten sind Germanisatoren aus Liebhaberei, der letzte, als von ihnen abhängig, bläst in dasselbe Horn — und die Kinder oder die Eltern unterliegen ihrer Macht und ihren Einflüssen und werden langsam deutsch.

In Masovien ist es noch schlimmer. Auch hier verpflichtet — ebenso wie in Schlesien und Ermland — nicht das Kolonisations- und Ansiedlungsgesetz, denn es gibt keinen, bei dem sie angewandt werden könnten. Dafür existieren dort private deutsche Parzellierungsgenossenschaften, die Ansiedler importieren und sie hypothekarisch zu hohen Konventionalstrafen verpflichten, falls sie ihre Güter an Polen verkaufen sollten. In der letzten Zeit bedienten sich desselben Mittels Kommissare, ja sogar Richter. Das in ethnographischer und geographischer Beziehung interessante Land, genannt das preußische Masovien, ist von einer Bevölkerung bewohnt, die einen mit Germanismen stark

durchsetzten polnischen Dialekt spricht. In diesem Land der Seen und Wälder herrschen selbstherrlich der preussische Junker und der Pastor. Der masovische Bauer ist beschränkt, ängstlich und mißtrauisch; vor allen Dingen fürchtet er für seinen „Glauben“, der äußerlich protestantisch, in Wirklichkeit aber eine mit dem Marienkultus und dem römisch-katholischen Zeremoniell verbundene Sekte ist. Die Regierung und die ihr untergebenen Organe sind bemüht, den Bauern in der Dummheit zu erhalten; sie reden ihm ein, daß die Polen ihm mit Gewalt den Katholizismus aufdrängen wollen und daß der preussische König der beste Verteidiger ihres Bekenntnisses ist.

Der typische Germanisator ist dort der Gendarm, der jeden Schritt des Einheimischen und des Gastes spioniert und jedem den „Pruski Przyjaciół ludu“, der auf Staatskosten gedruckt wird und in einem schrecklichen Polnisch in deutschen Lettern geschrieben ist, in die Hand drückt. Für den masurischen Bauern denkt Landrat und der Junker. Diese diktieren ihm bei Schnaps und Wurst für wen er stimmen soll, im Notfalle sparen sie auch nicht mit Bargeld.

Aber trogallestem wacht auch in diesen Winkeln der polnische Geist auf. Stärker in Ermland, wo die religiöse Gemeinschaft die Verständigung erleichtert und die Interessengemeinschaft mit Großpolen aufweist. Die „Gazeta Olsztynska“ weckt dort den nationalen Geist und sie konzentriert vorderhand auch die ganze Defensivbewegung.

In Masowien schimmert das Polentum bisher noch schwach durch. Der Masure ist verdorben und statt der nationalen Aufklärung verlangt er Kredit und Gewinn. Mit den „Polen“ würde er eher ein Bündnis schließen, wenn sie ihm statt einer Zeitung eine Volksbank gründen würden. In diesem schönen aber armen Lande siedeln sich langsam Landwirte aus dem Großherzogtum und Ostpreußen an, doch zu klein ist noch ihre Zahl, als daß sie die Stelle der „Volksaufwecker“ spielen könnten. Übrigens ist das Terrain überaus schwierig. Dasselbe wird vom „Masur“, welcher in Ortelsburg erscheint, studiert und vorbereitet.

Aus Nr. 7/8 der Ukrainische Rundschau (Wien):
Zulyn.

Das kleine galizische Dorf weiß nicht, wieso ihm auf einmal die Ehre zuteil wurde, durch Europa die Runde zu machen. Die Bewohner von so vielen ruthenischen Gemeinden in Galizien, wo ruthenische Schulkinder von polnischen Lehrern wegen ruthenischen Gebetes mißhandelt werden, könnten da fürwahr eifersüchtig werden. Im Grunde genommen ist beispielsweise der Fall Peniak (Bez. Zoloczyn), wo der polnische Lehrer und die polnische Lehrerin ruthenische Schulkinder für das ruthenische

„Gelobt sei Jesus Christus“ maltrattierten, nicht minder pikant. Nicht weniger der Fall Sokolówka, wo der polnische Lehrer ruthenische Schulkinder mit einem Eisenstock hieb, die Fälle Oskresinici und Silec, wo polnische Lehrerinnen ruthenische Schulkinder wundschlugen — sämtlich Fälle, wo das nationale oder religiöse Moment den Ausschlag gab. In Zulyn widerfuhr freilich dem polnischen Lehrer das Malheur, daß ein mißhandeltes Kind infolge eingetretener Komplikationen starb. Gewiß ein sehr belastender Umstand. Der Grund, warum Graf Bobrinski in der Duma, Professor Filewicz in der Presse den Zulynier Fall auf die große Glocke hingen, ist aber jedenfalls wo anders zu suchen, namentlich in dem Umstande, welcher aus dem Polenfreunde Bobrinski, mit welchem die Polen anno 1908 den neoslavischen Freundschaftsbund schlossen, einen Polenfeind gemacht hat. Entgegen den russischen liberalen Neoslawen, die „mit Selbstverleugnung die polnische Sache verteidigen“, forderten die rechtsstehenden nationalistischen Liberalen in Rußland die unbedingte Einhaltung des mit den Polen geschlossenen Paktes, das Russentum in Galizien offiziell zu machen. Dem widersehte sich die österreichische Regierung und die Förderung des Russentums in „altruthenischer Form“ konnte Bobrinski nicht zufrieden stellen. Daher entbrannte ein Kampf, der die Polen mürbe machen soll. Es ist interessant, daß sämtliche seither gegen die Polen unternommenen Schritte der russischen Regierung, von der russischen Presse und den Mitgliedern der Rechten in der Duma mit dem Hinweis auf Galizien begleitet werden. Der jüngsten Schuldebatte kam aber der Zulynier Fall zugute. Natürlich ist für Bobrinski der Schuljunge Kochanecz nichts anderes als ein „Russe“ und dieser Umstand gestattet es offenkundig, Geldsammlungen für die „russischen“ Opfer der polnischen Gewalt zu veranstalten. Die antipolnischen Maßnahmen erhalten dadurch ihre Heiligung. Das ist der Fluch der bösen Tat . . . Es gibt kein Vorwärts und kein Zurück. Das sehen manche polnische Organe der Presse in Rußland (Kurier Poranny u. a.) ein, welche die galizischen Polen zur Einsicht anrufen. Ganz richtig bemerkt eines, daß es hier kein anderes Mittel gebe, als einerseits sich davor zu hüten, in den ruthenisch-russischen nationalen Streit einzugreifen, andererseits aber dem ruthenischen Volk volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber die, wie Del. German sagte, gegen die instrumentale Obstruktion der Ruthenen im galizischen Landtage tauben Polen bleiben auch für die Vernunftsgründe ihrer Konnationalen in Rußland, die die Rückwirkung der polnischen Willkür in Galizien an ihrem Leibe zu spüren bekommen, auch taub. Ein ruthenisches Sprichwort sagt: Den Buckligen macht auch das Grab nicht gerade . . .

